

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Wiener Teuerungsrevolte vom 17. September 1911  
und ihre Nachwirkungen“

verfasst von / submitted by

Roman Kramer, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 066 804

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Geschichtsforschung, Historische Hilfswissenschaften  
und Archivwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Becker



## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	5
1.1	Ziele und Vorgangsweise.....	6
1.2	Historische Protestforschung .....	7
2	Vorkehrungen für die Demonstration.....	11
2.1	Vorkehrungen der Sicherheitsorgane .....	12
2.1.1	Agents Provocateurs .....	13
2.2	Mobilisierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei .....	17
3	Die Demonstration .....	21
3.1	Hintergrund zur Demonstration.....	21
3.2	Massenpsychologischer Exkurs .....	24
3.3	Die Teuerungsdemonstration.....	24
3.3.1	Der Aufmarsch.....	24
3.3.2	Am Rathausplatz.....	26
3.3.3	Stimmung der Demonstrierenden gegenüber den Sicherheitskräften und Aufruf zum Heimgehen .....	29
3.3.4	Gerüchte und erste Randalen.....	31
3.3.5	Verhältnis der Bourgeoisie zur Demonstration.....	34
4	Unruhe und Exzesse .....	36
4.1	Körperliche Angriffe und erster Schuss.....	37
4.2	Sachbeschädigung .....	38
4.3	Physische Gewalt.....	40
4.4	Situation in Ottakring .....	41
4.5	Situation für die Sicherheitskräfte während der Unruhen.....	44
5	Maßnahmen nach den Exzessen und weitere Auseinandersetzungen.....	45
5.1	Situation in Ottakring nach den Ausschreitungen.....	45
5.2	Waren die Exzesse geplant? .....	46
6	Die Demonstrationsteilnehmenden .....	47
6.1	Frauen bei der Demonstration .....	47
6.2	Soziale Gliederung der Protestteilnehmenden .....	49
6.3	Altersanalyse der Teilnehmenden.....	49
6.4	Opfer der Exzesse .....	50
6.4.1	Otto Brötzenberger .....	51
6.4.2	Franz Joachimsthaler .....	51
6.4.3	Franz Wögerbauer .....	52

6.4.4	Leopold Lechner .....	52
7	Nachwirkungen des Protestes .....	54
7.1	Politische Nachwirkungen des Protestes .....	55
7.1.1	Attentatsversuch am Justizminister und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei .....	56
7.1.2	Schadensaufkommen .....	57
7.1.3	Umgang der Sozialdemokratie mit den Ausschreitungen .....	57
7.2	Juristische Nachwirkungen des Protestes .....	60
7.2.1	Gerichtsverhandlungen .....	63
8	Kategorisierung der Teuerungsdemonstration .....	70
8.1	Form .....	70
8.1.1	Mittel .....	70
8.1.2	Organisationsgrad und Dauer .....	71
8.1.3	Gewaltanwendung und Beteiligung .....	72
8.2	Konfliktparteien .....	74
8.3	Ursachen .....	76
8.4	Manifestationsbedingungen .....	76
8.4.1	Konfliktaktualisierende Faktoren .....	77
8.4.2	Protestpotential .....	77
8.4.3	Ordnungspotential .....	77
8.5	Funktion und Erfolg .....	78
9	Resümee .....	80
10	Quellenangabe .....	83
10.1	Literaturverzeichnis .....	83
10.2	Zeitungen .....	87
10.3	Gesetzestexte .....	87
10.4	Online-Quellen .....	88
10.5	Primär Quellen .....	88
11	Abstract .....	89

# 1 Einleitung

Es ist kein leichtes Unterfangen die Frage zu beantworten, warum ein Protest an einem bestimmten Tag ausgebrochen ist. Solch ein Ereignis ist von mehreren Faktoren abhängig, für deren Analyse es keinen Generalschlüssel gibt.<sup>1</sup>

In der vorliegenden Arbeit werden die Teuerungs demonstration vom 17. September 1911 und ihre Nachwirkungen behandelt. Sie wird ebenso Teuerungsrevolte, Teuerungs- und Septemberunruhen genannt. Die zentrale Fragestellung untersucht die Zusammenhänge und Hintergründe der Eskalation des Protestes. Dies ist insofern von Interesse, da die Teuerung keine unmittelbare Neuerung darstellte und die Situation für die Bevölkerung bereits über einen längeren Zeitraum prekär war. Schon im Jahr 1910 gab es eine friedliche Großkundgebung, organisiert von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die sich für Fleischimporte einsetzte, um die erhöhten Lebensmittelpreise zu senken.

Jedwede Demonstration ist das Ergebnis eines kollektiven Handelns, da die dabei zusammen gekommene Masse ein gemeinsames Ziel verfolgt. Charles Tilly<sup>2</sup> unterscheidet dabei reaktive, proaktive sowie konkurrierende Handlung.<sup>3</sup>

Jene vom 17. September 1911 wird als reaktive Aktion eingestuft, da dabei auf Bedrohungen mittels Eigeninitiative reagiert wird. Findet keine Reaktion statt, gehen etablierte Ansprüche verloren, wodurch das alltägliche Leben eingeschränkt wird.<sup>4</sup>

Dem Aufruf zur Demonstration folgten die Menschen, da sie in ihr ein adäquates Mittel sahen, um ihren Unmut über die langanhaltende Teuerung sowie das Handeln der Regierung kundzutun.

---

<sup>1</sup> Vgl. Gailus, Manfred: *Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849.* Göttingen, 1990. 32.

<sup>2</sup> Charles Tilly (1929-2008) war Historiker, Soziologe sowie Politikwissenschaftler. In seinen Werken beschäftigte er sich mit der Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft. Dabei arbeitete er fächerübergreifend und war ein bedeutender Soziologe und Historiker des späten 20. und frühen 21. Jahrhundert.

<sup>3</sup> Vgl. Tilly, Charles: Hauptformen kollektiver Aktionen in Westeuropa 1500-1975. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest. Bielefeld 1977. 153-164. 153.

Proaktive kollektive Handlungen setzen sich für Maßnahmen ein die es zuvor nicht gab (156). Bei konkurrierenden Aktionen stehen sich zwei unterschiedliche Gruppen gegenüber, die dasselbe beanspruchen (153).

<sup>4</sup> Vgl. Tilly: Hauptformen kollektiver Aktionen in Westeuropa 1500-1975. 155.

Nach dem offiziellen Ende der Kundgebung kam es zu Sachbeschädigungen und Ausschreitungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Dabei wurde erstmals seit Oktober 1848 wieder auf die Bevölkerung Wiens geschossen.<sup>5</sup>

## 1.1 Ziele und Vorgangsweise

Ziel der Arbeit ist es zu erörtern, warum die Situation an dem Tag eskalierte. In Wien kam es öfters zu Großkundgebungen und Aufmärsche der Sozialdemokraten, die bis dahin ruhig verlaufen waren. Aus diesem Grund werden Besonderheiten der Demonstration betrachtet, um herauszufinden, warum die Lage bei der Kundgebung gegen die Teuerung außer Kontrolle geriet.

Zu Beginn werden die Vorkehrungen zur Demonstration Seitens der Sicherheitsorgane sowie der SDAP betrachtet. Damit soll gezeigt werden, ob es bereits bei der Planung Fehleinschätzungen gab. Dabei werden Akten aus dem Innenministerium sowie dem Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA) verwendet. Bei den aus dem Ministerium handelt es sich meist um Berichte von untergeordneten Dienststellen oder einzelnen Personen an ranghohe Beamte. Die Quellen des VGA geben vor allem Auskunft über das Vorgehen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ergänzt werden diese Informationen durch Zeitungsartikel aus der Arbeiter-Zeitung und Illustrierten Kronen-Zeitung. Eingesehen wurden sie über die digitale Bibliothek „ANNO – AustriaNs Newspaper Online“ der österreichischen Nationalbibliothek.

Bei der Beschreibung des Ablaufs der Demonstration werden einzelne Vorgänge, vom Anmarsch über den Ausbruch der Unruhen bis hin zu den Ausschreitungen in Ottakring, näher beleuchtet. Mithilfe der Massenpsychologie wird die Masse und ihre Eigenschaften erklärt sowie das Verhalten eines Individuums in derselbigen. Als Hauptquelle dienen Zeitungsartikel. Meist handelt es sich dabei um die Arbeiter-Zeitung und die Illustrierte Kronen-Zeitung. Beide Zeitungen brachten an den Tagen nach der Demonstration genaue Beschreibungen zu den Vorfällen und den Gerichtsverhandlungen. Da die Arbeiter-Zeitung das Zentralorgan der Sozialdemokratie war und die Illustrierte Kronen-Zeitungen dem Boulevard

---

<sup>5</sup> Vgl. Bauer, Otto: Die Teuerungsrevolte in Wien. In: *Die Neue Zeit*, 29. Jahrgang, 2. Band, Nr. 52, 29. September 1911. 913-917. 913.

zuzuordnen ist, muss ihre Berichterstattung bei der Analyse besonders kritisch betrachtet werden.

In einem eigenen Kapitel werden die Exzesse nach der offiziellen Kundgebung behandelt. Hier steht im Vordergrund, warum es zu solch heftigen Auseinandersetzungen kam und ob die Angriffsziele bewusst ausgewählt wurden. Ferner werden die Demonstrationsteilnehmenden analysiert. Dadurch können die Teilnehmenden der Demonstration und Randalie eingeordnet werden. Auf diese Weise wird sichtbar, ob bei beiden Ereignissen dieselben Personengruppen anwesend und tonangebend waren. Weiters wird durch die Analyse die Rolle von Frauen während der Exzesse sichtbar.

Zuletzt werden die juristischen und politischen langfristigen Folgen der Kundgebung beschrieben. Damit wird gezeigt, wie sich die Ereignisse auf die verschiedenen Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens auswirkten. Für die Analyse der juristischen Fragen wurden Unterlagen aus dem Justizministerium verwendet. Vorwiegend handelt es sich dabei um Interpellationen, also Anfragen von Parlamentariern an den zuständigen Minister.

## 1.2 Historische Protestforschung

Die historische Protestforschung ist Teil der Sozialgeschichte, deren Ziel es ist, soziale Strukturen und Prozesse zu untersuchen und zu skizzieren.<sup>6</sup>

Ursprünglich erforschte die Protestforschung jene Proteste, bei denen es zu Gewaltanwendung kam. Da sich staatliche Institutionen, wie Justiz und Polizei mit diesen Ereignissen intensiv beschäftigten,<sup>7</sup> gibt es eine gute Quellenlage zu dieser Form von Protesten. Diese Akten geben die staatliche Perspektive wieder und bieten lediglich eine einseitige Darstellung der Geschehnisse. Sie wurden von Personen und Einrichtungen erstellt, die solche Exzesse a priori verhindern respektive

---

<sup>6</sup> Vgl. Kocka, Jürgen: Sozialgeschichte. In: *Jordan, Stefan (Hrsg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart, 2002. 265-269. 266.

<sup>7</sup> Vgl. Volkmann, Heinrich; Bergmann, Jürgen: Einleitung. In: *Volkmann, Heinrich; Bergmann, Jürgen (Hrsg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Einleitung. Opladen, 1984. 9-19. 11.*

unterbinden sollten.<sup>8</sup> Deswegen wurden die Ordnungskräfte vordergründig in eine vorteilhafte Position gerückt. Erst durch Zeitungen, die keine bürgerliche Wertevorstellung vertraten, wurden diese Proteste ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr rein abwertend dargestellt.<sup>9</sup> Mit vermehrtem Aufkommen und dem Anspruch einer neutralen Berichterstattung rückten legale kollektive Aktionen stärker ins Zentrum der Wahrnehmung. Zu behördlich genehmigten Kundgebungen gibt es wenige Quellen, da Erlaubtes seltener aktenkundig wird.<sup>10</sup> Es wurden wohl Akten angelegt, jedoch bieten diese keine Informationen zur näheren Analyse der Stimmungslage Demonstrierender. Der kollektive Rechtsbruch bei Kundgebungen sorgte in der Zeit des Vormärzes dafür, dass sich die obrigkeitliche Bürokratie intensiver mit den Protestierenden auseinandersetzte und die Polizei mehr als nur Verwaltungsdaten kontrollierte.<sup>11</sup> Im Umkehrschluss bedeutet das, dass bei friedlichen kollektiven Aktionen lediglich die notwendigsten Informationen, wie Ort, Grund und Teilnehmeranzahl zum Ereignis vermerkt wurden.

Unter Berücksichtigung des erläuterten kritischen Blickwinkels können durch Quellen zum kollektiven Auftreten unterbürgerliche sowie unterbäuerliche Schichten ihre Lebenslage und ihr Alltag besser begriffen werden.<sup>12</sup> Die Protestforschung bietet einen Ansatz, um die Geschichte des Prekariats zu erforschen, ihre Bewusstseinslage und Stimmung zu untersuchen und gegebenenfalls sichtbar zu machen.<sup>13</sup> Oftmals fehlte diesem Teil der Bevölkerung die Mittel und öffentliche Wahrnehmung, um sich mit friedlichen Protesten Gehör zu verschaffen. Gewaltanwendung war daher ein Mittel, um Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu generieren.<sup>14</sup> Solche Taten zählen zu den wenigen historischen Ereignissen in denen die unteren und einkommensschwachen Klassen sichtbar werden. Aus diesem Grund sind Quellen zu derartigen Handlungen trotz des beschriebenen Bias von

---

<sup>8</sup> Vgl. Husung, Hans-Gerhard: Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution. In: *Berding, Helmut; Kocka, Jürgen; Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 54.* Göttingen, 1984. 18.

<sup>9</sup> Vgl. Volkmann; Bergmann: Sozialer Protest. 11.

<sup>10</sup> Vgl. ebd. 13.

<sup>11</sup> Vgl. Husung, Hans-Gerhard: Protest und Repression im Vormärz. 17.

<sup>12</sup> Vgl. ebd. 14.

<sup>13</sup> Vgl. Hausen, Karin: Schwierigkeiten mit dem „sozialen Protest“. Kritische Anmerkung zu einem historischen Forschungsansatz. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest.* Bielefeld 1977. 257-263. 258.

<sup>14</sup> Vgl. Haupt, Heinz-Gerhard: Zur historischen Analyse von Gewalt: Charles Tilly/Louise Tilly/Richard Tilly, *The Rebellious Century 1830-1930*, Cambridge, Mass. 1975. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest.* Bielefeld 1977. 236-256. 248.

Interesse, da Strukturen und Verhaltensmuster bei kollektiven Aktionen von jenen Gesellschaftsschichten dokumentiert sind. Meist handelt es sich dabei um Berichte von staatlichen Institutionen oder bestenfalls von Medien mit Unabhängigkeitsanspruch wie des aufkommenden Zeitungswesens. Trotz der schwierigen Quellenlage bieten diese Ereignisse einen guten Ansatz zur Analyse der „stummen Masse“.<sup>15</sup> Es gibt kaum direkte Wortmeldungen der Protestteilnehmenden aber durch ihr Handeln werden sie zu Handlungsträgern der Geschichte. Dieses Agieren kann aus unterschiedlichen Blickwinkeln gedeutet werden. Eine Möglichkeit ist es, sie aus Sicht der unteren Schichten zu analysieren und zu interpretieren.<sup>16</sup>

Ab den 1980er Jahren gab es eine Verlagerung der Forschungsziele innerhalb der Protestforschung. Dabei verschob sich der Forschungsschwerpunkt von einer primär deskriptiven hin zu einer analytischen Methode, auf das Innere eines Protestes gerichtet. So wurden mittels messbarer Daten, wie Teilnehmerzahl, Anzahl der kollektiven Aktionen sowie makroanalytischen Vorgängen - das bedeutet gesamtgesellschaftliche Entwicklung, analysiert. Damit wurde sichtbar, welche Anlässe zu Protesten führten, wie sie wahrgenommen wurden, ob sie ihre Ziele erreichten und falls ja, auf welche Weise.

Durch die Interessensverschiebung auf das Innere werden quantifizierbare Angaben nicht nur ausgewertet sondern darüber hinaus auch interpretiert.<sup>17</sup> Auf diese Art soll ein Protest möglichst genau rekonstruiert werden. Dabei werden ihre einzelnen Bestandteile, wie Ereignisse, kollektive Handlungen oder das Verhalten der Teilnehmenden genau beschrieben, um sie zu einem Ganzen zusammenzufügen. Diese Art der Darstellung wird „*dichte Beschreibung*“ genannt.<sup>18</sup> Der Vorgang kommt aus der Ethnologie und wurde vom Anthropologen Clifford Geertz entwickelt.<sup>19</sup> Bei dieser Methodik verschiebt sich das Interesse einer Beobachtung weg von den Regeln einer Funktion hin zu deren Bedeutungen. Nicht nur der Protest selbst wird untersucht, sondern ebenso dessen Strukturen und Abläufe, da sich diese bei unterschiedlichen Protestarten aber auch regional unterscheiden können. Um dies zu

---

<sup>15</sup> Vgl. Tilly, Richard; Hohorst, Gerd: Sozialer Protest in Deutschland im 19. Jahrhundert: Skizze eines Forschungsansatzes. In: Jarausch Konrad (Hrsg.): *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten*. Düsseldorf, 1976. 232-278. 233.

<sup>16</sup> Vgl. ebd. 233.

<sup>17</sup> Vgl. Gailus: *Strasse und Brot*. 32.

<sup>18</sup> Vgl. ebd. 67f.

<sup>19</sup> Vgl. Geertz, Clifford: *The Interpretation of Cultures*. London, 1975. Im Kapitel „*Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture*,“ (3-30) wird die dichte Beschreibung erläutert.

erreichen, werden die klassischen W-Fragen angewandt und mit deren Hilfe eine Fallsammlung erstellt. Ausgewählte Fälle werden gegenübergestellt wodurch auftretende Regelmäßigkeiten herausgearbeitet und mit den gängigsten Normen assoziiert werden können.<sup>20</sup> „*Dicht*“ ist dieser Vorgang, weil versucht wird so viele Zusammenhänge wie möglich zusammenzutragen, um die Vorgänge besser analysieren zu können.<sup>21</sup> Dadurch kann die historische Entwicklung der Proteste sichtbar gemacht, sowie regionale und soziale Unterschiede im kollektiven Handeln beschrieben werden.

Die Methodik der dichten Beschreibung wird in dieser Arbeit angewandt. Strukturen und Abläufe der Demonstration werden analysiert und mit früheren Zusammenkünften verglichen, um so deren Besonderheiten hervorzuheben.

---

<sup>20</sup> Vgl. Tworuschka, Udo: Religionswissenschaft. Wegbereiter und Klassiker. Köln, 2011. 320f.

<sup>21</sup> Vgl. von Trotha, Trutz: Zur Soziologie der Gewalt. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 37. von Trotha Trutz (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt*. Opladen/Wiesbaden, 1997. 9-58. 21.

## 2 Vorkehrungen für die Demonstration

Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert waren Ausschreitungen wie Krawalle und Exzesse keine Seltenheit. Auslöser waren meist soziale Probleme, da diese die Menschen in ihrem alltäglichen Leben beeinträchtigten.<sup>22</sup> Jedoch veränderte sich ab dem späten 19. Jahrhundert die Form des Protestes, insbesondere des Arbeiterprotestes, von spontan-reaktiven hin zu geplanten sowie organisierten Kundgebungen. Das bedeutet nicht, dass es spontane Proteste, wie Exzesse oder Tumulte nicht mehr gab.<sup>23</sup> Vielmehr wurde den Menschen bewusst, dass durch ein gemeinsames und organisiertes Vorgehen, langfristig Ziele nachhaltig umgesetzt werden konnten.

Für die Jahre 1910 und 1911 notierte das Innenministerium insgesamt 327 Teuerungs-oder Mieterdemonstrationen, -streiks oder –krawalle in den Wiener Zinshausquartieren.<sup>24</sup> Die hohe Anzahl an Vorkommnissen sowie ihre Spontanität und Hemmungslosigkeit zeigen, dass die spontan-reaktive Form des Protestes weiterhin gegenwärtig war und immer wieder angewandt wurde. Für solche Aktionen reichte oftmals ein Anlass von geringer Bedeutung aus. So konnten friedliche, zuvor abgesprochene Aktionen wie die kollektive Verweigerung von Mietzahlungen, in spontanen Exzessen enden.<sup>25</sup> Parallel dazu entwickelte sich die organisierte Form des Protestes.

Auf Grund der Häufigkeit der Proteste, hatte die Polizei Erfahrungen mit solchen Situationen. Meist handelte es sich jedoch um kleine, nachbarschaftliche Unruhen, bei denen die Ordnungskräfte wenigen Personen gegenüberstanden.

Trotz hoher Anzahl solcher Kundgebungen, stellte jene vom 17. September 1911 völlig andere Ansprüche an die Sicherheitsorgane. Gründe hierfür waren die Anzahl der Teilnehmenden und die vielfältigen Personengruppen, sowie der Raum und das Umfeld, in dem sie stattfand. Des Weiteren war sie bereits im Vorhinein geplant.

---

<sup>22</sup> Vgl. John, Michael: „Straßenkrawalle und Exzesse“. Formen des sozialen Protestes der Unterschichten in Wien 1880 bis 1918. In: *Melinz Gerhard, Zimmermann Susan: Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgermetropolen. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918)*. Wien, 1996. 230-244. 230.

<sup>23</sup> John, Michael: „Kultur der Armut“ in Wien 1890-1923. Zur Bedeutung von Solidarstrukturen, Nachbarschaft und Proteste. In: *Zeitgeschichte. 20. Jahr, Mai 1993 – Juni 1993, Heft 5/6, 1993, Wien*. 158 – 186. 177.

<sup>24</sup> Vgl. John: *Straßenkrawalle und Exzesse*. 235.

<sup>25</sup> Vgl. Garstenauer, Michael: *Marginalisierung in der „Vorstadt“: Sozioökonomische Entwicklung Wiens und Madrid im 19. Jahrhundert*. Diplomarbeit, Wien, 2007. 158.

Die Demonstration war im Vorfeld geplant worden, wodurch sowohl der Staat und seine Sicherheitskräfte als auch die Organisatoren der Kundgebung Zeit hatten sich darauf vorzubereiten. Beide Parteien werden im folgenden Abschnitt untersucht, um Auffälligkeiten in der Vorbereitung sichtbar zu machen.

## 2.1 Vorkehrungen der Sicherheitsorgane

Im Vorfeld der Kundgebung am 17. September wurde das Innenministerium am 14. September informiert, dass die k.k. Polizeidirektion in Wien, beim k. und k. Korpskommando um eine militärische Unterstützung von sechs Bataillonen Infanterie und sechzehn Eskadronen Kavallerie angefragt hatte. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass *„sämtliche Beamte, Aerzte, Polizeiaagenten und Sicherheitswachen [am Tag der Demonstration] in den Dienst gestellt [sind] und zweckentsprechend verwendet werden.“*<sup>26</sup> Bereits am 12. September warnte die Polizeidirektion Wien, dass *„ernstere Ruhestörungen nicht ausgeschlossen [sind].“*<sup>27</sup>

Die Politiker wussten um die Problematik der Teuerung und den daraus entstehenden Konsequenzen für die Bevölkerung. Durch zahlreiche spontane Exzesse bezüglich Lebensmittel- und Mietteuerung zuvor, war ihnen bereits bewusst, dass die Stimmung auf der Straße schnell in Aggressionen umschlagen könnte. Dass es bei einem solch aufgeladenen Thema dennoch zu einer friedlichen Kundgebung kommen kann, zeigte sich ein Jahr vor der Teuerungsdemonstration, am 2. Oktober 1910. An dem Tag hielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine Großkundgebung ab, bei der es um die Einfuhr von billigem Fleisch aus Argentinien ging.<sup>28</sup> Dabei kam es zu keinen Zwischenfällen.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> Österreichisches Staatsarchiv (OeStA); Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten Teil 2 (1900-1918): 2034 Unruhen, Exzesse, in genere (1911) – Aktennummer 9328/1911 M.I.

<sup>27</sup> OeStA; Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten, Teil 2 (1900-1918): 2130 Unruhen, Exzesse, Niederösterreich (1911-1916) – Aktennummer Z19243-1911. Begründet wird die Annahme damit, dass es keine einheitliche Führung und Ordnung der Masse gibt und dieser volle Aktionsfreiheit gewährt wird.

<sup>28</sup> Vgl. Bundschuh, Werner: Die Wiener Septemberunruhen – der „blutige Sonntag“ von 1911 im Spiegel der Vorarlberger Presse. In: *Montfort. Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs*. Jg. 44, 1992, Nr. 4. 349-361. 355.

<sup>29</sup> Die Arbeiter-Zeitung dazu: *Der Abmarsch vollzog sich wieder in musterhafter Disziplin und in sorgfältiger Ordnung, wie man es bei sozialdemokratischen Demonstrationen [...] nun einmal gewohnt ist.* (o.V.: Der Zug vom 2. Oktober. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 271, 3. Oktober 1910. 1-5. 5.). Ebenso berichtet die Reichspost, dass sich die Kundgebung ohne Zwischenfall vollzog und wie mit den Behörden besprochen ablief. (Die gestrige Demonstration gegen die Fleishteuerung. In: *Reichspost* Nr. 272, 3. Oktober 1910. 3-4. 3.).

### 2.1.1 *Agents Provocateurs*

Nach dem offiziellen Ende der Teuerungsdemonstration gab eine Person aus der Masse am Schmerlingplatz einen Schuss in die Luft ab. In einem Brief an die Arbeiter-Zeitung schrieb ein Augenzeuge, dass er mit ziemlicher Sicherheit behaupten kann, in diesem Mann einen Geheimpolizist erkannt zu haben.<sup>30</sup> Es kann daher erwogen werden, dass die Wiener Polizei sogenannte Agents provocateurs einsetzte. Deren Aufgabe war es, die Stimmung innerhalb der Menschenmenge aufzuheizen, damit diese zu Gewalttaten verleitet wurden. Das Einsetzen solcher Personen erreichte bereits unter Fürst Metternich den Höhepunkt in Österreich.<sup>31</sup> Aber auch bei diversen Exzessen der späten 1880er Jahren waren sie im Einsatz.<sup>32</sup> Laut Bericht der Polizeidirektion Wien vom 14. September 1911 wurden alle Polizisten<sup>33</sup> an diesem Tag in Dienst gestellt.<sup>34</sup> Daher verrichteten ebenso Agents Provocateurs Dienst. Jedoch kann nicht mehr rekonstruiert werden, welche Aufgaben sie hatten.

Als Zivilpolizisten waren diese Beamten nicht nur als Provokateure einsetzbar, sondern konnten sich unauffällig unter die Masse mischen und dadurch die Stimmungslage der Protestteilnehmenden einfangen. Diesen internen Blickwinkel nutzten wiederum die Sicherheitsorgane, um auf eine Eskalation zu reagieren. Im Idealfall gab es darüber hinaus die Möglichkeit, dass Agenten beruhigend auf die Menge einwirken, um die Stimmung nicht eskalieren zu lassen. Ebenso wurden Unruhestiftende frühzeitig erkannt und rechtzeitig von der restlichen Masse getrennt. Ebenso wurden nicht geplante Routen oder Sammelpunkt von den eingesetzten Agenten an die Einsatzleitung weitergegeben.

Zivilpolizisten erfüllen somit dreierlei Funktionen, Informationsbeschaffung, Deeskalation und sofern opportun und behördlich gewollt, Eskalation.

---

<sup>30</sup> Vgl. o.V.: Ottakring. Die Szenen beim Verwaltungsgerichtshof. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 260, 21. September 1911. 7-8. 7.

<sup>31</sup> Vgl. Clarici, Clemens: Die Zulässigkeit des Einsatzes von Agents provocateurs und die Verwertbarkeit der Ergebnisse im Strafprozeß. Graz, 2000. 9.

<sup>32</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 231.

<sup>33</sup> Die erste Frau bei der Polizei wurde 1909 in Dienst gestellt und war Polizeiassistentin für Jugendvorsorge (Vgl. o.V.: Polizeiassistentin. In: *Wiener Zeitung*, 6. Juli 1909, S. 3). Bei solchen Einsätzen waren lediglich Männer im Einsatz, weswegen in weiterer Folge bei Sicherheitskräften, wie Polizisten und Soldaten nicht gegendert wird.

<sup>34</sup> Vgl. OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer 9328/1911 M.I.

Die SozialdemokratInnen störte die starke und sichtbare Präsenz des Militärs in der Innenstadt bei der Demonstration. Sie sahen sich durch die Maßnahmen provoziert, da sie als Partei gemeinsam mit ihren Sympathisanten Erfahrungen mit Großkundgebungen hatten, diese selbst organisierten und in der Vergangenheit bereits mehrmals unter Beweis gestellt hatten, dass diese geordnet von statten gingen.<sup>35</sup> Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Viktor Adler war der Ansicht, *„es wäre nicht notwendig gewesen, daß es am 17. September zum Schießen gekommen ist [sic]; es wäre zu vermeiden gewesen, wenn keine Soldaten da gewesen wären.“*<sup>36</sup>

Von Seiten der SDAP wurde ferner kritisiert, dass es nach der offiziellen Kundgebung zu Unruhen kam, obwohl viele Sicherheitskräfte im Einsatz waren. Der Gemeinderat der k.k. Reichshauptstadt und Residenzstadt Wien beanstandete wiederum bei der k.k. Regierung in einem vom Wiener Bürgermeister Josef Neumayer<sup>37</sup> unterzeichneten Schreiben, dass trotz den getroffenen kostspieligen Vorkehrungen, solche Exzesse nach der genehmigten Demonstration stattfinden konnten. Kritikpunkt war vor allem, dass jene – von den Ausschreitungen im größten Umfang betroffene Bezirke, ungeschützt und die dafür abgestellten Schutzmannschaften verhältnismäßig unterrepräsentiert schienen.<sup>38</sup> Der niederösterreichische Statthalter Richard Graf von Bienerth-Schmerling entgegnete diesem Vorwurf, dass mit solchen Exzessen nicht gerechnet werden konnte und ebenso wenig dass Ottakring Schauplatz sein würde.<sup>39</sup>

Im Gegensatz zu dieser Aussage stehen sicherheitsstrategische Vorkehrungen, um bei eventuellen Ausschreitungen schneller vor Ort sein zu können. Die Straßen rund um den zentral gelegenen Minoritenplatz im Wiener Innenbezirk wurden mit Sand bestreut, damit die Kavallerie schneller reiten konnte.<sup>40</sup> In unmittelbarer Umgebung des Platzes befanden sich wichtige politischen Einrichtungen, wie das

---

<sup>35</sup> Vgl. Maderthaner, Wolfgang; Mattl, Siegfried: >>...den Straßenexzessen ein Ende machen.<< - Septemberunruhen und Arbeitermassenprozess 1911. In: *Stadler, Karl R. (Hrsg.): Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870 – 1936.* Wien, 1986. 117 – 150. 142f.

<sup>36</sup> Adler, Viktor: Gegen die Teuerung! Gegen die Klassenjustiz! Der Teuerungsantrag der Sozialdemokraten. Die Urteile gegen die Teuerungsdemonstration. Die Rede des Abgeordneten Dr. Viktor Adler am 5. Oktober 1911. Wien, 1911. 28.

<sup>37</sup> Wiener Bürgermeister von 1910-1912.

<sup>38</sup> Vgl. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien (VGA); Chronologisches Archiv, Lade:15, Mappe:7; Kuvert „Arbeiterbewegg. 1911, Teuerungsdemonstration 17. Sept. 1911.“

<sup>39</sup> Vgl. ebd.

<sup>40</sup> Vgl. o.V.: Das Militär in der Inneren Stadt. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 3. 3.

Außenministerium sowie das Unterrichtsministerium. Dass die Arbeiter-Zeitung von dieser Maßnahme berichtete, kann auf ihre Ungewöhnlichkeit in diesem Zusammenhang hindeuten. Dagegen spricht, dass keine andere Zeitung davon berichtete, da es scheinbar niemand anders es für berichtenswert hielt. Lediglich die Zeitung „*Neues Wiener Tagblatt*“ geht auf die Thematik der Bestreuung für die Kavallerie ein. Sie schreibt, dass die Pferde des Militärs hinter dem Rathaus rutschten, da zu wenig gestreut war.<sup>41</sup>

Aus Berichten der Arbeiter-Zeitung geht hervor, dass viele Polizisten in den bürgerlichen Wiener Bezirken Hietzing und Döbling ihren Dienst verrichteten, wodurch diese entsprechend auf der Ringstraße fehlten und als Reaktion durch Ulanen und Husaren der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Armee ersetzt wurden.<sup>42</sup> Das lässt eine Fehlentscheidung der Wiener Polizei vermuten, da in Hietzing, um das Schloss Schönbrunn, der Sommerresidenz des Kaisers, das Aufgebot von Sicherheitsleuten ohnehin hoch war. In Döbling wiederum lebten damals überwiegend wohlhabende Personen, darunter viele PolitikerInnen und Industrielle. Befürchtungen vor Übergriffe gegen dieses gehobene Bürgertum könnte die hohe Präsenz der Sicherheitskräfte erklären. Allerdings befinden sich diese Bezirke fernab vom Ring, wodurch alleine durch die örtliche Entfernung diese Sorge als auch jene der Verlagerung des Protestes dorthin unbegründet erscheinen lässt.

Es bleibt die Frage offen, warum insgesamt dermaßen viele Ordnungskräfte im Einsatz waren und die Lage trotzdem erst in den Nachtstunden unter Kontrolle gebracht werden konnte. Zum einen war die Planung von Seiten der Sicherheitskräfte nicht auf die Ausschreitungen und Exzesse nach der offiziellen Kundgebung eingestellt. Zum anderen wurde von vielen Demonstrationsteilnehmenden die Aufstellung vieler Einsatzkräfte als Provokation und Einschüchterungsversuch verstanden, wodurch das Aggressionspotential stieg.

---

<sup>41</sup> Vgl. o.V.: Der Sturm auf das Rathaus. In: *Neues Wiener Tagblatt* Nr. 257, 18. September 1911. 2-3. 2.

<sup>42</sup> Vgl. o.V.: Verständlicher und unverständlicher Schutz. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 258, 19. September 1911. 4. 4. Es wird berichtet, dass rund um das in Döbling gelegene Haus des ehemaligen Handelsminister Richard Weiskirchner viele Soldaten aufgestellt wurden, damit dieser geschützt wird.

Unter dem Statthalter Erich Graf von Kielmansegg<sup>43</sup> war es üblich gewesen, dass von den SDAP eingesetzte OrdnerInnen für einen ruhigen Ablauf im Rahmen ihrer Großkundgebungen sorgten.<sup>44</sup> Im Juni 1911 löste ihn der christlich-soziale Richard von Bienenrth-Schmerling als Statthalter von Niederösterreich<sup>45</sup> ab. Dieser verfolgte eine andere Strategie. Er wollte seine Macht und Position stärken, indem er auf eine starke Militär- und Polizeipräsenz bei der Kundgebung setzte. Ein Sozialdemokrat kritisierte das große Aufgebot an Militärs im Niederösterreichischen Landtag. Seine Argumentation war, dass die starke Präsenz von Ordnungskräften die Stimmung noch mehr aufheizen würde.<sup>46</sup> Dadurch fühlten sich die Menschen als Feinde des Staates, obwohl sie lediglich für die Verbesserung ihrer sozialen Lage auf die Straße gingen.

Vorangegangene Großkundgebungen der Sozialdemokratie, bei denen sich die Ordnungskräfte im Hintergrund hielten, verliefen in aller Regel ruhig.<sup>47</sup> Daher gab es aus sicherheitstechnischen Überlegungen keine Gründe, warum an dem bisher bewährten Vorgehen etwas verändert werden sollte. So schreibt etwa die Arbeiter-Zeitung in Bezug auf die hohe Anzahl an Militärs bei der Demonstration, *„der frühere Statthalter hätte das nie getan.“*<sup>48</sup> Was wiederum die These stärkt, dass Bienenrth-Schmerling seine Position gegenüber den SozialdemokratInnen verdeutlichen und stärken wollte.

Bienenrth verteidigte sein Vorgehen im Nachhinein und war der Ansicht, dass sowohl Polizei als auch Militär schonungsvoll umgegangen seien und die Regierung ihr bestmögliches getan hatte, um diese Ausschreitungen zu verhindern.<sup>49</sup>

---

<sup>43</sup> Niederösterreichischer Statthalter von 1895-1911, mit einer kurzen Unterbrechung 1895.

<sup>44</sup> In einem Bericht der Polizeidirektion wird das Innenministerium darüber informiert, dass bei dieser *„Kundgebung entgegen der bisherigen Uebung jeder einheitlichen Führung und Anordnung entbehrt.“* (OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer ZI9243/1911 M.I.)

<sup>45</sup> Er bekleidete dieses Amt von 1911 bis zu seinem Tod 1915.

<sup>46</sup> Vgl. o.V.: Große Krawalle im Landtag. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212, 21. September 1911. 6-8. 6.

<sup>47</sup> Vgl. Garstenauer: Marginalisierung in der „Vorstadt. 156.

<sup>48</sup> o.V.: Die Demonstration der Staatsgewalt. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 2-3.2.

<sup>49</sup> Vgl. o.V.: Große Krawalle im Landtag. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212. 7.

## 2.2 Mobilisierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Die Teuerung bereitete der Wiener Bevölkerung bereits längere Zeit Probleme. Betroffen waren durchgehend alle sozialen Schichten, dennoch traf es die Ärmsten proportional am härtesten. Obwohl dieses tagespolitische Thema das Leben der Bevölkerung stark beeinflusste, kam es im Jahr 1911 vor der Demonstration am 17. September zu keinen relevanten Kundgebungen. Auch von sozialdemokratischer Seite gab es wenig bis keine Resonanz. Selbst im Rahmen der im gesamten Habsburgerreich stattfindenden 1. Mai Umzüge desselben Jahres, wurde die Teuerung nur am Rande erwähnt. Einzig aus der westukrainischen Stadt Czernowitz wurden Rufe gegen die Lebensmittelteuerung gemeldet und in Wien wurde während des Aufmarsches entlang des Rings Rufe gegen den Preisanstieg laut.<sup>50</sup> Da es sich beim 1. Mai um die größte Mobilisierungsaktion der Sozialdemokratie handelt, ist es verwunderlich, dass auf die Teuerung kaum eingegangen wurde.

Im ersten Halbjahr 1911 wurde auf Flugblättern die steigende Besteuerung von Bier und Branntwein – beliebte und verbreitete Getränke unter der ärmeren Bevölkerung - sowie die Fahrpreiserhöhung des öffentlichen Verkehrs angeprangert. Auf Kosten der niedrigeren und einkommensschwachen Schichten, so der Hauptkritikpunkt, sollte Profit gemacht werden. Untermauert wurde diese Feststellung dadurch, dass Champagner im Vergleich nicht höher besteuert wurde. Eine andere Formulierung geht konkreter auf die sozialen Verhältnisse ein. HausbesitzerInnen hätten demnach mit keiner Erhöhung der direkten Steuer zu kämpfen, wohingegen ArbeiterInnen mehr für ihr Bier bezahlen müssen. Ebenso wird kritisiert, dass die Erwerbssteuer für Kaufleute, UnternehmerInnen, FabrikantInnen nicht erhöht werden, hochbesoldete BeamtInnen keine höhere Besoldungssteuer zahlen müssen sowie der Umstand, dass viel Geld für das Militär ausgegeben wird.<sup>51</sup> Der Flugblatttext zeigt, dass sich die SDAP mit dem Thema beschäftigte und erkannte, dass es der Bevölkerung ein wichtiges Anliegen war. Daher ist es umso verwunderlicher, dass bei den 1. Mai Kundgebungen die Thematik nicht stärker behandelt wurde.

Die Basis der sozialdemokratischen Wählerschaft litt unter der Teuerung, daher war es der Partei ein Anliegen dagegen vorzugehen. Zu Beginn versuchten sie diese Interessen über die parlamentarische Arbeit umzusetzen. Dabei wurde auf die

---

<sup>50</sup> Vgl. OeStA ;Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten Teil 2 (1900-1918): 2033 Unruhen, Exzesse, in genre, Zahl 2501-6000 (1911) - Aktennummer ZI4444-1911.

<sup>51</sup> Vgl. VGA, Wien; Chronologisches Archiv, Lade:15, Mappe:7; Kuvert „Background 1911 (Politik).“

sozialen Zustände hingewiesen und Lösungsvorschläge angeboten, welche jedoch oftmals abgelehnt wurden.<sup>52</sup>

Die SozialistInnen merkten, dass ihre Wählerbasis immer unzufriedener mit der Situation der Teuerung und den schleppenden Verhandlungen im Parlament wurde und sich zu radikalisieren begann. Daher besannen sie sich auf ihre Wurzeln und planten eine Massenkundgebung. Mit diesem Vorgehen wollte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die enttäuschte Basis miteinbeziehen und ihren Wählern ein Forum bieten, um ihre Probleme vorzutragen. Ferner konnte durch ein Protestzug mit tausenden Menschen Druck auf die Regierungsparteien ausgeübt werden.

Bisher feierte die organisierte ArbeiterInnenbewegung, an deren Spitze die Sozialdemokratie stand, große Erfolge. Darunter war die Wahlreform aus dem Jahr 1893, das allgemeine Männerwahlrecht 1907 oder die bewilligte Freigabe von Fleischimporte im Oktober 1910.<sup>53</sup> Die ArbeiterInnenbewegung sah, dass wenn sie in großer Anzahl auf die Straße gingen, Veränderung herbeigeführt werden konnte. Für die Mobilisierung wurden bereits Wochen vor der geplanten Kundgebung verschiedene Versammlungen abgehalten, in denen unter anderem die Teuerung zur Sprache kam. Oft waren diese Reden im Grundton aggressiv und spiegelten die Stimmung der Masse zu jener Zeit wider. So äußerte sich der bekannte Ottakringer Sozialdemokrat Franz Schuhmeier über den Ministerpräsidenten und die Regierung in einer Rede bezüglich der Teuerung folgendermaßen: *„[...] aber die Regierung hat nicht gehört, mögen jetzt die Konsumenten das Wort nehmen. Und wenn der österreichische Ministerpräsident die Fenster klirren und die Straße erdröhnen lassen will von den Rufen der Verzweiflung, so kann er das erleben.“*<sup>54</sup> Solche Reden können als direkte Aufrufe zur Eskalation gedeutet werden und sind somit eine Gefahr für den friedlichen Protest. Während einer Massenkundgebung verändert sich das Verhalten des einzelnen Akteures. Mittels Massenpsychologie wird versucht diese Veränderung zu erklären. Innerhalb der Gruppe werden die Teilnehmenden

---

<sup>52</sup> Vgl. Boyer, John W.: Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918. Chicago, 1995. 156.

Vgl. Bauer, Otto: Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Wien, 1910. 46f. Das Werk gibt einen Überblick zu den wirtschaftspolitischen Überlegungen der Sozialdemokraten zur Zeit der Demonstration

<sup>53</sup> Vgl. Garstenauer: Marginalisierung in der „Vorstadt. 156.

<sup>54</sup> Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 118.

durch Reden beeinflusst und nehmen das Gesagte als gegeben hin. Dadurch verändert sich das Denkverhalten des Einzelnen. In weiterer Folge imitieren Menschen in der Menge Gesten und Gefühle von den Rednern. Auf diese Weise werden sie Teil der Masse und beeinflussen weitere Personen.<sup>55</sup> Die Verschmelzung der Individuen zu einem gemeinsamen Gedanken und Gefühl, wodurch die Unterschiede der Menschen verwischen und die Fähigkeit des intellektuellen Denkens vermindert wird, stellt das Hauptmerkmal der Masse dar.<sup>56</sup> Dieses Handeln erläuterte der Soziologe Gustave Le Bon, der als Begründer der Massenpsychologie gilt und dessen Werke oftmals rassistisch und frauenfeindlich sind.<sup>57</sup> Aus seiner Sicht schwand die bewusste Persönlichkeit, zugleich trat das Unbewusste aus früheren Zeiten bei den Menschen hervor, womit alle historischen Erfahrungen der Menschheit gemeint waren. Davon werden laut Le Bon Gedanken sowie Gefühle in einer Art beeinflusst, sodass die eingeflößten Ideen und Ziele in der Masse zur Umsetzung gebracht werden konnten.<sup>58</sup> Prämisse hierfür ist die Dichotomie des individuell bewusst handelnden Individuums und der kollektiv unbewusst agierenden Masse.<sup>59</sup>

Anders ausgedrückt legt der Einzelne im Sog einer Gruppe von Menschen ein Verhaltenswesen an den Tag, das von seinem Charakter als auch seiner Persönlichkeit und Erziehung völlig entkoppelt sein kann.<sup>60</sup>

Ein einzelner Vortrag, wie jener von Franz Schuhmeier, führte nicht zu Ausschreitungen, aber er trug dazu bei die Wut innerhalb einer Gesellschaft zu schüren, die sich bei Exzessen entladen konnte.

Die Polizeidirektion Wien informierte das Präsidium des k.k. Ministerium des Inneren am 12. September 1911 über eine Besprechung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner. Die Vertrauensmänner dienten der Partei als Sprachrohr, da sie im direkten Kontakt zur Basis standen. Darin berichtete ein Agent, dass nach den ihm „zugekommenen vertraulichen Nachrichten, für Sonntag den 17. September

---

<sup>55</sup> Vgl. Mosovici, Serge: Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über die Massenpsychologie. München, Wien, 1984. 30.

<sup>56</sup> Vgl. ebd. 102.

<sup>57</sup> Vgl. ebd. 71-138. Im Kapitel „Le Bon und die Furcht vor den Massen“ wird das Leben Le Bons sowie sein Wirken beleuchtet und seine Werke kritisch betrachtet.

<sup>58</sup> Vgl. Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen. Stuttgart 2008. 17.

<sup>59</sup> Vgl. Mosovici: Das Zeitalter der Massen. 120.

<sup>60</sup> Vgl. Brudermann, Thomas: Massenpsychologie. Psychologische Ansteckung - Kollektive Dynamiken – Simulationsmodelle. Wien, 2010. 1.

*1911 vormittags die Abhaltung einer großen Demonstration[...] beschlossen [wurde].*<sup>61</sup> Die am selben Tag erschienene Arbeiter-Zeitung hatte auf ihrem Titelblatt bereits einen großen Aufruf zu einer Massenversammlung in der Volkshalle des Rathauses abgedruckt.<sup>62</sup> Dies widerspricht insofern dem Bericht der Polizeidirektion, da hier von einer vertraulichen Nachricht die Rede ist. Bei der Kundgebung wollte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegen die Inflation und das Verbot der argentinischen Fleischeinfuhr protestieren, jedoch geriet diese außer Kontrolle und es kam zu Ausschreitungen.<sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer ZI9243-1911.

<sup>62</sup> o.V.: An die Bevölkerung Wiens! In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 251, 12. September 1911. 1.

<sup>63</sup> Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 282.

### 3 Die Demonstration

#### 3.1 Hintergrund zur Demonstration

Die Demonstration am 17. September in Wien wurde von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisiert und richtete sich gegen die Lebensmittelpolitik der Regierung. Darüber hinaus wurde die Wohnungsnot in Wien thematisiert.

Österreichs Landwirtschaft zählte um die Jahrhundertwende im europäischen Vergleich nicht zu den effizientesten. Dem Agrarsektor fehlte es an finanziellen Möglichkeiten sowie dem technischen Know-How, um Dürren wie im Jahr 1909 und 1911 entgegenzuwirken.<sup>64</sup> Durch die Ernteausfälle kam es zum Anstieg der Lebensmittelpreise. Auf Grund der niedrigen Erträge war das Land von Importen abhängig. Der österreichische Reichsrat hielt dennoch an hohen Zöllen für eingeführtes Getreide fest, wodurch der Preis der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, erneut anstieg.<sup>65</sup> In diesen Jahren, als Importe besonders wichtig für Österreich waren, erhöhte sich der Weltmarktpreis für Getreide,<sup>66</sup> was die Lage weiter verschlimmerte.

Bereits im Oktober 1910 kam es in Wien zu einer von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisierten Großkundgebung, die sich erfolgreich für den Import argentinischen Fleisches einsetzte. Die Einfuhr billigen Fleisches stieß bei den österreichischen AgrarierInnen auf Widerstand, weswegen sie ihre Interessensgruppen mobilisierten.<sup>67</sup> Daneben machte die ungarische Regierung ihr Recht geltend, dass sie von Österreich bei Handelsangelegenheiten gefragt werden müsse.<sup>68</sup> Wegen diesem politischen Gegendruck stoppte die österreichische Regierung die Fleischeinfuhr erneut, wodurch es abermals zu Preissteigerungen kam, was die Situation nochmals verschärfte.<sup>69</sup>

Wien war von der Teuerung besonders stark betroffen. Neben den steigenden Lebensmittelpreisen kam der knappe und daher teure Wohnmarkt hinzu. An der

---

<sup>64</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 120.

<sup>65</sup> Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 159.

<sup>66</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 120.

<sup>67</sup> Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 15.

<sup>68</sup> Durch den Ausgleich 1867 mussten alle Wirtschaftsgesetze mittels Staatsverträge zwischen Österreich und Ungarn geklärt werden. (Vgl. Matis, Herbert: Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. Berlin, 1972. 401.).

<sup>69</sup> Vgl. Bundschuh: Die Wiener Septemberunruhen. 355.

Knappheit des Wohnraums verdienten Hausbesitzer, da es im frühen 20. Jahrhundert kaum städtischen Wohnbau gab.<sup>70</sup> Zu jener Zeit gab es keinen Kündigungsschutz bei Wohnungen, wodurch es häufig zu Delogierungen kam.<sup>71</sup> Einkommensschwache Haushalte waren davon besonders betroffen.<sup>72</sup>

Mit der Demonstration sollte Druck auf die Regierung aufgebaut werden, damit sie sich dem Problem annimmt und handelt.<sup>73</sup> Dabei standen insbesondere der Ministerpräsident Paul Gautsch von Frankenthurn<sup>74</sup> sowie Viktor Mataja, der Leiter des Handelsministeriums,<sup>75</sup> in der Kritik. Sie wurden als Schuldige gesehen, da ihre Politik, nach Meinung der Sozialdemokratie, zum Preisanstieg führte.

Die SozialdemokratInnen entschlossen sich zu einer Kundgebung, weil ihre parlamentarische Arbeit keinen konkreten realpolitischen Erfolg brachte. Ihre politische Agenda gegen die Teuerung war die Konzentration der vorhandenen Arbeitsmittel und Arbeitskräfte auf jene Güter, die national kostengünstig produziert werden konnten. Österreich produzierte Garn sowie Gewebe, da es eine gut ausgebaute Textilindustrie hatte. Die daraus entstandenen Textilprodukte sollten in Länder exportiert werden, wo Lebensmittel in größerer Anzahl und billiger hergestellt werden, wie zum Beispiel Ungarn. Auf diese Weise hätten beide Handelspartner einen relativen Vorteil, was wiederum den Preis für Österreich senken würde.<sup>76</sup> Weiters wollte die SDAP die Zölle auf Fleisch und Getreide verringern sowie Fleisch aus Übersee in unbegrenzter Menge importieren. Für österreichische LandwirtInnen würde durch die billigeren Importe der Umsatz einbrechen und wäre demnach ein

---

<sup>70</sup> Vgl. John, Michael: Wohnverhältnisse sozialer Unterschichten im Wien Kaiser Franz Josephs. *Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 32.* Wien, 1984. 169f. Das Kapitel „Wohnungselend in Wien 1848-1916“ (165-173) beschreibt die Wohnproblematik in Wien des frühen 20. Jahrhunderts.

Ferner untersucht John die Lebens- und Wohnsituation zu jener Zeit in Wien im folgenden Artikel: John, Michael: „Kultur der Armut“.

<sup>71</sup> Vgl. John: Wohnverhältnisse. 43.

<sup>72</sup> Vgl. ebd. 47.

<sup>73</sup> Im Jahr 1911 stellten die christlichsoziale Partei 74, der deutsche Nationalverband 99 und die Sozialdemokraten 44 Mandatare im Reichsrat. (Vgl. Scheuch, Manfred: *Historischer Atlas Österreich.* Wien, 2007. 141.)

<sup>74</sup> War drei Mal Ministerpräsident, November 1897 - März 1898, Jänner 1905 - Mai 1906, Juni – November 1911. (Vgl. Gautsch von Frankenthurn Paul. In: *Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW): Österreichische Biographische Lexikon 1815–1950, Band 1, Wien 1957.* 413-414. 413f.)

<sup>75</sup> Er leitete das Ministerium, ohne zum Minister ernannt zu werden, von November 1908 – November 1911 und nochmals von Juni – August 1917. (Vgl. Mataja Viktor. In: *ÖAW: Österreichische Biographische Lexikon 1815–1950, Band 6, Wien 1975.* 135)

<sup>76</sup> Vgl. Bauer: Die Teuerung. 46f.

wirtschaftlicher Nachteil. Aus diesem Grund mobilisierten sich ihre Interessensgruppen, um die Pläne der SDAP zu verhindern. Schlussendlich setzten sich die VertreterInnen der Landwirtschaft durch und der Antrag der Sozialdemokratie wurde im Reichsrat abgelehnt.<sup>77</sup> Derselbe Antrag wurde im Juli 1911 nochmals im Parlament vorgelegt aber erneut abgewiesen.<sup>78</sup>

Die Demonstration begann am Vormittag des 17. September. Sozialdemokratische Politiker hielten an verschiedenen Stellen des Wiener Ringes Reden.<sup>79</sup> Der größte Teil der Masse konzentrierte sich rund um das Rathaus.

Nach dem offiziellen Ende der Kundgebung kam es am Rathausplatz zu Sachbeschädigungen. Die Sicherheitskräfte reagierten darauf mit Räumung des Platzes, wodurch es zu ersten Zusammenstößen kam. Beim Abmarsch aus der Inneren Stadt zogen Demonstrationsteilnehmende durch die Hauptstraßen des 7. und 8. Bezirkes Richtung Ottakring und beschädigten dabei diverse gewerbliche Einrichtungen, Straßenbahnen und attackierten Sicherheitskräfte. Dabei mischten sich der arbeitenden Klasse angehörige Jugendliche unter die Masse und waren bei den Beschädigungen federführend.<sup>80</sup>

In Ottakring kam es zu den schwersten Ausschreitungen. Die Protestierenden beschädigten zwei Schulen und eine Impfstation, ebenso kam es zu diversen Straßenblockaden. Hier dauerten die Exzesse bis in die Nacht. Erst durch das Hinzuziehen von Soldaten konnte die Lage unter Kontrolle gebracht werden. Während der Exzesse kam es zu zahlreichen Verhaftungen, Verletzten sowie drei Todesfällen. Eine weitere Person starb Ende September an den Folgen einer Schussverletzung und ein Verhafteter beging Suizid, aus Verzweiflung vor seinem Urteil.<sup>81</sup>

---

<sup>77</sup> Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 156.

<sup>78</sup> Vgl. Adler: Gegen die Teuerung! Gegen die Klassenjustiz! 1.

<sup>79</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. Menschenopfer für Fensterscheiben. Die Demonstration des Volkes. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 2-4. 2.

<sup>80</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 125.

<sup>81</sup> Vgl. ebd. 117.

## 3.2 Massenpsychologischer Exkurs

Der Schriftsteller Elias Canetti beschreibt in seinem wichtigsten philosophischen Werk „*Masse und Macht*“ vier Eigenschaften die bei einer Masse festgestellt werden können:

- Ständiges Wachstum
- Gleichheit innerhalb der Masse
- Die Masse liebt die Dichte
- Die Masse benötigt eine Richtung<sup>82</sup>

Wachstum meint, dass ständig Menschen zur Menge strömen und nur solange das der Fall ist, kann eine Masse bestehen. Dabei stehen Menschen dicht aneinander. Die Dichte ist vor allem für die Beeinflussung und Steuerung der Masse von Bedeutung. Innerhalb einer Menschenansammlung sind alle Unterschiede zwischen den einzelnen Akteuren aufgehoben, da sie ein gemeinsames Ziel verfolgen, das sie eint. Dieses Ziel ist die Richtung der Masse.

Im Falle der Teuerungsdemonstration gingen die Teilnehmenden dem Ziel nach, die Politik zum Handeln gegen die allgemeine Teuerung, insbesondere jener von Lebensmitteln, zu bewegen. Dabei wurde besonders der Einfuhrstopp von argentinischem Fleisch kritisiert.<sup>83</sup>

## 3.3 Die Teuerungsdemonstration

### 3.3.1 *Der Aufmarsch*

Der eigentliche Beginn der Massenversammlung war für den 17. September 1911 um 9:30 Uhr von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vor dem Rathaus angesetzt. Es wurde zu einer gemeinsamen Anreise von der jeweiligen sozialdemokratischen Bezirksvertretung geworben.<sup>84</sup>

Die Form der gemeinsamen Anreise war für damalige Zusammenkünfte üblich, und sollte den Menschen, entlang der Route zeigen, dass eine Kundgebung stattfindet,

---

<sup>82</sup> Vgl. Canetti: *Masse und Macht*. Hamburg, 1960. 27f.

<sup>83</sup> Vgl. o.V.: Ansichten von Wiener Fachmännern. In: *Neues Wiener Journal* Nr. 6433, 20. September 1911. 1-2. 2. o.V.: Die Warnung der Masse. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 256, 17. September 1911. 1-2. 2.

<sup>84</sup> Vgl. o.V.: An die Bevölkerung Wiens! *AZ* Nr. 251. 1. Dieser Aufruf wurde täglich bis zum 17. September am Titelblatt abgedruckt.

der sie sich anschließen könnten. Mit dieser Methode sollten möglichst viele Personen zur Teilnahme animiert und mobilisiert werden. Im Rahmen solcher Umzüge führten die Teilnehmenden Fahnen und Transparente mit ihren Forderungen mit. Neben diesen optischen Hilfsmitteln wurden ebenso akustische Akzente gesetzt, mit Trompeten und Trommeln. Auf diese Weise konnte Aufmerksamkeit generiert werden. Ferner dienten solche musikalischen Einlagen zur Unterhaltung auf dem Weg zur eigentlichen Kundgebung.

Der Versuch, möglichst viele Leute zu mobilisieren, entspricht dem von Canetti beschriebenen ständigen Wachstum innerhalb der Masse. Diesem sind keine Grenzen gesetzt.<sup>85</sup>

Bei der Kundgebung am 17. September hingegen wurden beim Anmarsch sowohl akustische als auch optische Hilfsmittel weggelassen. Ebenso verzichteten die OrganisatorInnen gegen alle bisherigen Erfahrungen auf eine einheitliche Ordnung bei der Anreise.<sup>86</sup> Erklärungen dafür sind multifaktoriell zu interpretieren. In einem Bericht an das Ministerium des Inneren wird davon gesprochen, dass das Ziel der SozialdemokratInnen war, der Kundgebung „*ein radikaleres Gepräge zu geben*“.<sup>87</sup> Bei vorherergehenden Kundgebungen der SDAP machte sich die christlichsoziale Presse darüber lustig, dass ArbeiterInnen wie bei einem Faschingsumzug geführt werden.<sup>88</sup> Solche Umzüge werden als lustige Ereignisse mit gelöster Stimmung gesehen. Die Demonstration sollte nicht so einen Eindruck hinterlassen, daher wurde auf die verschiedenen Utensilien verzichtet.

Durch den Verzicht auf politische Fahnen und Spruchbänder konnte ein großer Teil der Bevölkerung angesprochen werden, unabhängig ihrer politischen Gesinnung. Bereits im Vorfeld rechneten die SozialdemokratInnen damit, dass sich viele Personen aus dem bürgerlichen Kreise der Kundgebung anschließen werden.<sup>89</sup>

Des Weiteren wurde beim Aufmarsch auf OrdnerInnen verzichtet.<sup>90</sup> Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stellte bei anderen Kundgebungen die Aufseher,

---

<sup>85</sup> Vgl. Canetti: Masse und Macht. 27.

<sup>86</sup> Vgl. OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer ZI9243-1911.

<sup>87</sup> ebd.

<sup>88</sup> Vgl. o.V.: Große Krawalle im Landtag. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212. 6.

<sup>89</sup> Vgl. OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer ZI9243-1911.

<sup>90</sup> Vgl. ebd.

die für die Ordnung des Zuges zuständig sind und gegebenenfalls deeskalierend eingreifen, um einen ruhigen Ablauf zu gewährleisten.<sup>91</sup> Dadurch dass sie die SDAP stellte, kann davon ausgegangen werden, dass diese der Partei nahestanden und aus den jeweiligen Bezirken stammten. Demnach waren sie gut vernetzt und unter den Teilnehmenden bekannt. Der Verzicht auf sie ist ungewöhnlich und kann als Indiz für das oben angeführte Erklärungsmodell dienen, sprich dem Bemühen einer möglichst unparteiischen Kundgebung. Diese AufseherInnen waren für die Protestierenden Ansprechpersonen und für die Organisation zweckdienlich, daher spielten sie eine wichtige Rolle. Der Sozialdemokrat Schuhmeier ging im niederösterreichischen Landtag auf diese Thematik ein. Dort erklärte er, dass sich die christlichsoziale Presse bei vorhergehenden Kundgebungen, bei denen OrdnerInnen eingesetzt wurden, über die ArbeiterInnen lustig machten, dass sie mittels AufseherInnen wie ein Faschingsumzug geführt werden. Diesmal verwendeten sie keine und es kam zu den Exzessen, woraufhin christlichsoziale PolitikerInnen kritisierten, dass keine AufseherInnen vor Ort waren. Diese Doppelmoral kritisierte Schuhmeier.<sup>92</sup>

Ein weiterer Beleg hierfür wird in der Zeitschrift „*Juristische Blätter*“ genannt. Darin wird mit folgenden Fragen auf das Fehlen von OrdnerInnen eingegangen: „*Solle vielleicht damit eine negative Machtprobe bezweckt sein? Wollte man zeigen, was aus der Menge wird, wenn die Führer sie sich selbst überlassen?*“<sup>93</sup> Tatsächlich illustrieren die Exzesse was geschieht, wenn solch eine Masse unkontrolliert bleibt. Es war daher keine Machtdemonstration der Sozialdemokratie, sondern zeigte vielmehr ihre Hilf- und Machtlosigkeit gegenüber der eskalierenden Massenunruhe.

### 3.3.2 Am Rathausplatz

Obwohl der offizielle Beginn der Versammlung erst für 9:30 Uhr angesetzt war, füllte sich der Rathausplatz bereits ab 8:00 Uhr. Bevor die ersten sozialdemokratischen Bezirksgruppen um 9:00 Uhr ankamen, war der Platz schon gut besucht. Bereits zu diesem Zeitpunkt bekundete die Masse immer wieder ihre Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung und den AgrarierInnen. Dieser Unmut wechselte zu Jubel in

---

<sup>91</sup> Vgl. o.V.: Die gestrige Revolte. In: *Das Vaterland* Nr. 425, 19. September 1911. 1-2. 1.

<sup>92</sup> Vgl. o.V.: Große Krawalle im Landtag. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212. 6.

<sup>93</sup> o.V.: Wien, am 1. Oktober 1911. In: Bum, Ernst (Hrsg.): *Juristische Blätter*, XL. Jahrgang, Nummer 40 vom 1. Oktober 1911. 472-473. 472.

dem Moment, als neue Bezirksgruppen an ArbeiterInnen auf der Ringstraße ankamen.<sup>94</sup>

Die offiziellen Reden begannen um 10:00 Uhr.<sup>95</sup> Diese wurden an unterschiedlichen Plätzen gehalten, was eine weitere Eigenheit der Demonstration darstellt. Sie fanden über einen Teil des Ringes verstreut statt, vom Parlament, Rathaus, Burgtheater über die Universität bis hin zum Franz-Josefs Kai.<sup>96</sup> Innerhalb dieses großen Areals konnten sich die Menschen frei bewegen und je nach Interesse beziehungsweise Belieben zu provisorischen Bühnen gelangen auf denen sozialdemokratische Politiker zur Menge sprachen.<sup>97</sup> Ein Vorteil der Verstreuung der Protestteilnehmenden war, dass dadurch eine mögliche Massenpanik verhindert werden konnte. Ferner vergrößerte sich auf diese Weise der eingenommene öffentliche Raum und ließ die Kundgebung noch größer erscheinen. Die einzelnen Redner waren in der Lage, durch die Zersplitterung der Masse, besser auf die Teilnehmenden einzuwirken.

Für die Sicherheitskräfte war es schwer, eine solch riesige Zone zu überwachen. So wurden an großen Plätzen rund um den Ring mehrere Einheiten zusammengezogen. Diese Ansammlung unterschiedlicher Sicherheitskräfte wurde als staatliche Oppression und Bedrohung wahrgenommen.<sup>98</sup> Die Demonstrierenden blieben zu diesem Zeitpunkt noch besonnen, selbst dann, als sich die Information, dass auf der Ringstraße das Militär steht, bei den ankommenden Bezirksgruppen wie ein Lauffeuer verbreitete.<sup>99</sup> Die Soldaten standen unter anderem beim Maria-Theresia Denkmal, am Schmerlingplatz und in den Seitengassen rund um die Hofburg. Zwischen den Truppen und den vorbeiziehenden Demonstrierenden war eine Polzeikette, teils zu Pferd, teils zu Fuß positioniert.<sup>100</sup> Solch ein Aufgebot an Sicherheitskräften rief Unbehagen hervor und einige Teilnehmenden erzürnte deren Präsenz, wodurch sich die Stimmung erhitzte. Daneben umstellten Polizisten das

---

<sup>94</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. AZ Nr. 257. 2.

<sup>95</sup> Vgl. ebd. 2.

<sup>96</sup> OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer ZI9243-1911.

<sup>97</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. AZ Nr. 257. 2. Nur Männer hielten Reden.

<sup>98</sup> Vgl. o.V.: Die Demonstration der Staatsgewalt. AZ Nr. 257. 2.

<sup>99</sup> Vgl. o.V.: Der Vormittag. Auf der Ringstraße. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 2.

<sup>100</sup> Vgl. ebd. 2.

Parlament und besetzten, gemeinsam mit dem Militär, die Zugänge zur Inneren Stadt.<sup>101</sup>

Die Masse zog es vermehrt zu solchen Absperrungen und die Menschenmenge verdichtete sich an diesen Stellen. Das geschah auf der Freyung. Hier rannten die Leute zu einer Polizeiabsperrung, hinter der die Kavallerie positioniert war. Dabei schrien einige bedrohlich und schwenkten Holzstöcke, um die Polizei einzuschüchtern. Mit steigender Menschenzahl entwickelte dieser Ort eine Anziehungskraft, der Prozess der Versammlung verselbstständigte sich und bekam immer mehr Eigendynamik. Ohne zu wissen weswegen sammelten sich zunehmend mehr Menschen an diesen Punkten zusammen.<sup>102</sup>

Canetti beschreibt in seiner Arbeit genau dieses Phänomen einer plötzlich auftretenden scheinbar autonomen Massenbewegung, bei Stellen an denen zuvor nichts war. Er unterscheidet zwischen einer offenen und geschlossenen Masse. Die offene Masse ist auf regelmäßigen Zuwachs ausgerichtet und jede Akteurin sowie jeder Akteur mit demselben Ziel, kann sich ihr anschließen. Diese Art der Ansammlung tritt plötzlich auf und viele beteiligen sich, ohne zu wissen, warum dieser Auflauf stattfindet. Solch eine Masse kann nur so lange bestehen solange der Zulauf andauert und sie wächst. Sobald das Wachstum aufhört, zerfällt sie. Die Auflösung geschieht ebenso schnell wie ihre Entstehung.

Die geschlossene Masse ist hingegen weniger durch einen unkontrollierten Zustrom an Teilnehmenden charakterisiert als durch das Augenmerk auf deren Bestand. Sie soll in ihrer Größe konstant bleiben und in ihrer Zusammensetzung besteht sie typischer Weise aus nur ausgewählten Personen vordefinierten Gemeinsamkeiten, seien diese politischer oder ideologischer Natur.<sup>103</sup>

Eine Erklärung warum sich viele Menschen von solch einem Auflauf angezogen fühlen, ist ihre bewusste bis unbewusste Erfahrung der Schutzwirkung von Gewalt in Gruppierungen. Unter Gewalterfahrung sind historische Erlebnisse zu verstehen, die den Teilnehmenden suggerierten, dass sie vereint größere Überlebenschancen

---

<sup>101</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209, 18. September 1911. 7-10. 7.

<sup>102</sup> Vgl. Maderthaner, Wolfgang; Musner, Lutz: *Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900.* Frankfurt/Main; New York, 1999. 24.

<sup>103</sup> Vgl. Canetti: *Masse und Macht.* 13.

haben. Dazu werden gewalttätige Auseinandersetzungen gezählt, in welchen sich die AkteurInnen, unabhängig, ob auf Seite der Sicherheitsorgane oder auf jener der Demonstrierenden, gegenseitig schützen.<sup>104</sup>

### 3.3.3 *Stimmung der Demonstrierenden gegenüber den Sicherheitskräften und Aufruf zum Heimgehen*

Nachdem die Spannung auf der Freyung zwischen den Ordnungskräften und der demonstrierenden Masse weiter zunahm und der Druck auf die Polizisten sowie das Militär bei den Absperrungen größer wurde, zog der Einsatzleiter das Militär vom Platz zurück, um die Situation zu beruhigen. Die Aufregung ebte in Folge ab und die Masse verließ den Bereich in erstaunlich kurzer Zeit.<sup>105</sup> Dieser Verlauf verdeutlicht, dass es sich bei dieser Ansammlung nach Canetti um eine offene Masse handelte.

Gegen die Sicherheitskräfte herrschte nicht von Beginn an eine aggressive Grundstimmung. So berichtete die Illustrierte Kronen-Zeitung, „[dass] viele hunderte Demonstranten den Wachleuten zugerufen [hatten]: „Hoch die Wachleute! Ihr müsst ja auch hungern! Demonstriert mit uns!“<sup>106</sup> Daneben war einigen Soldaten ihre Rolle selbst unangenehm.<sup>107</sup> Versuche der Protestierenden die Sicherheitskräfte auf ihre Seite zu bringen sind nahezu chancenlos. Würde dieser Fall tatsächlich eintreten entspreche es einer Revolution. Einige Teilnehmende stellten tatsächlich diese Forderung, und forderten explizit auf ihren Transparent, „Hoch die Revolution!“, welches sie an eine Statue banden.<sup>108</sup>

Nachdem die Reden und damit der offizielle Teil der Versammlung um kurz nach 11:00 Uhr zu Ende war,<sup>109</sup> zogen die Menschen wieder zurück in ihre Bezirke. Zum Heimgang riefen die jeweiligen Vertrauensmänner der Bezirksgruppen zusammen. Viele bekamen diese Aufrufe nicht mit, weshalb der Abzug der Menschenmenge bis 13:00 Uhr andauerte.<sup>110</sup> Bis dahin verharrten sie auf dem Rathausplatz oder Ring.

---

<sup>104</sup> Vgl. Sofsky, Wolfgang: Traktat über die Gewalt. Frankfurt am Main, 1996. 10.

<sup>105</sup> Vgl. Maderthaner; Musner: Die Anarchie der Vorstadt. 25.

<sup>106</sup> o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210, 19. September 1911. 2-10. 2.

<sup>107</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. *AZ* Nr. 257. 3.

<sup>108</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 7.

<sup>109</sup> Vgl. o.V.: Sturm auf das Rathaus. In: *Illustrierte-Kronen Zeitung* Nr. 4209, 18. September 1911. 7-8. 7. Es wird berichtet, *die Versammlung war beinahe zu Ende, als gegen elf Uhr [...]*.

<sup>110</sup> Vgl. o.V.: Der Vormittag. Auf der Ringstraße. *AZ* Nr. 257. 2.

Canetti schreibt, dass die Masse immer eine Richtung benötigt. Am Beginn der Demonstration war dies der Anmarsch in Richtung des 1. Bezirkes. Diese gemeinsame Richtung eint die Masse. Daneben verfolgten die Demonstrationsteilnehmenden das ideelle Ziel, die Politik dazu aufzufordern, etwas gegen die allgemeine Teuerung zu unternehmen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, beginnt sich die Masse aufzulösen. Im Falle der Teuerungskundgebung erreichten sie ihr Ziel, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren, nachdem der offizielle Teil für beendet erklärt wurde und sich die Demonstrierenden auf den Heimweg machten. Dennoch zeigte sich selbst zu diesem Zeitpunkt innerhalb einzelner Gruppen noch immer eine Bewegungstendenz, so dass sich eine neue Masse bilden hätte können.<sup>111</sup> Viele Teilnehmende irrten zum Teil planlos am Ring umher, da sie den Aufruf zum Heimgehen überhörten, und kamen dabei immer wieder an Ketten aus Polizisten sowie Soldaten vorbei. Aus Selbstschutz bildeten sich abermals größere Ansammlungen. Dieser Vorgang kann bei den Exzessen nach der Teuerungsdemonstration ebenso beobachtet werden. Auch dort wurde die Menge von Sicherheitskräften zerstreut, diese sammelte sich jedoch später wieder an einem anderen Ort.

Viele Menschen meinten, sich vor den Sicherheitskräften schützen zu müssen, da das große Militäraufgebot eine symbolische Kriegserklärung der herrschenden Mächte gegenüber der Bevölkerung darstellte. Selbst einige Polizisten waren über die hohe Präsenz von Soldaten unglücklich, da sie merkten, wie dieser Umstand die Protestierenden noch mehr aufstachelte und somit ihre Arbeit erschwerten. Ab und an riefen einige Polizeibeamte, den Kommandanten der umherreitenden Kavallerie zu, dass diese Umkehren sollen, da sie die Polizeiarbeit behinderten.<sup>112</sup>

Die verbliebenen Demonstranten am Ring wurden nach dem offiziellen Ende zunehmend von den Polizeikräften, ohne militärische Unterstützung, bedrängt und durch bedrohliches Gehabe eingeschüchtert. Sie schwangen Säbel, rannten immer wieder durch die Menge und stießen Menschen dabei planlos umher.<sup>113</sup> Das war das erste Mal an jenem Tag, dass die Polizei gegen Demonstrierende vorging und als Reaktion die Wut sowie die Eskalationsbereitschaft nochmals steigerte.

---

<sup>111</sup> Vgl. Canetti: Masse und Macht. 28.

<sup>112</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. AZ Nr. 257. 3.

<sup>113</sup> Vgl. ebd. 3.

### 3.3.3.1 *Stimmung gegenüber ausländischen Soldaten*

Um den Krawallen nach der Demonstration entgegenzuwirken, wurden militärische Elitetruppen vorwiegend aus Ungarn und Bosnien eingesetzt. Die Demonstrierenden reagierten darauf mit diversen, teils gehässigen Rufen und Provokationen.<sup>114</sup> Es war für die Teilnehmenden nicht verständlich, warum ausländische Soldaten gegen die Wiener Bevölkerung eingesetzt wurden. Im Falle der Ungarn wurde kritisiert, dass sie die Fleischeinfuhr verhinderten, aber sehr wohl Truppen schicken konnten. Im Gegensatz dazu wurde das Deutschmeister Regiment freundlich begrüßt.<sup>115</sup> Die negative Stimmung zu Beginn dürfte vor allem gegen ausländische Militärangehörige und nicht gegen die Soldaten im Allgemeinen gerichtet worden sein. Mit fortschreitendem Verlauf wurde diese Differenzierung jedoch weitgehend verlassen und nicht mehr zwischen der Herkunft des Militärs unterschieden.

### 3.3.4 *Gerüchte und erste Randal*

Die Masse ist für falsche Nachrichten anfällig. Wenn das Individuum in der Masse aufgeht und dessen Ansichten übernimmt, kann sie zu verschiedenen Aktionen angestachelt werden. Ebenso ist es bereit Dinge zu sehen, die gar nicht existieren, und jedem Gerücht zu glauben, ohne es zu hinterfragen.<sup>116</sup>

Bereits gegen 11:30 verbreitete sich die Fama, dass vom Rathaus auf die Menge heruntergespuckt werde und dass vom Balkon, lachende Personen Gläser hinunterwarfen.<sup>117</sup> Tatsächlich dürfte der Grundstein dieses Gerüchtes von zwei Männern ausgegangen sein, die trotz des Verbots des christlich-sozialen Bürgermeisters Josef Neumayer, sich auf einen Balkon des Rathaus begaben, um von dort auf die Menge zu blicken. Ferner beugte sich ein Ratsdiener weit aus dem Fenster.<sup>118</sup> Nach dem offiziellen Ende der Kundgebung, als sich bereits viele Teilnehmende auf dem Heimweg machten, traten unterschiedliche und unsinnige Gerüchte auf, denen einige Menschen glaubten. Dafür verantwortlich gemacht wurde die hohe Militär- und Polizeipräsenz, welche die Leute verunsicherte.<sup>119</sup>

---

<sup>114</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 235.

<sup>115</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. AZ Nr. 257. 3.

<sup>116</sup> Vgl. Moscovici, Serge: Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über Massenpsychologie. München, Wien 1984. 30

<sup>117</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. AZ Nr. 257. 4.

<sup>118</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 7.

<sup>119</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. AZ Nr. 257. 2.

Während des Abmarsches nach der Demonstration verbreitete sich beispielsweise das Gerücht, dass sowohl vorm Verwaltungsgerichtshof als auch zwischen Burggasse und Bellariastraße Schüsse auf Demonstrierende abgegeben wurden.<sup>120</sup> Dieser Annahme ging ein lauter, heftiger Knall voraus, worauf die Demonstrationsteilnehmenden sofort schrien: „*Man schießt auf uns!*“.<sup>121</sup> Wie sich herausstellte, wurde der Schuss beim Verwaltungsgerichtshof von einem Provokateur abgegeben, den die Protestierenden daraufhin verprügelten.<sup>122</sup>

Wegen diesem Vorkommnis und der verbreiteten Falschnachrichten steigerte sich die Wut aber auch die Angst innerhalb der Masse nochmals, was weiterführend wiederum zu einem aggressiveren Verhalten führte. Dies ist durch die sogenannte Suggestion, der Beeinflussung des Individuums möglich. Dabei wird auf das Unterbewusstsein einer Person derart eingewirkt, dass diese Ideen, Gefühle oder Mitteilungen mit voller Überzeugung als die Seinigen übernimmt, selbst wenn es sich lediglich um ein Gerücht handelt.<sup>123</sup>

Durch das Verbreiten der Gerüchte kam es ab 11:30 Uhr zu ersten Sachbeschädigungen in der Inneren Stadt. Dabei wurden hauptsächlich Fensterscheiben und Laternen eingeschlagen. Am Rathaus wurden 483 Fenster zertrümmert.<sup>124</sup> Diese Ereignisse standen am Beginn der Exzesse. Dabei sollen Jugendliche stark beteiligt und verantwortlich für die Zerstörung gewesen sein. Berichten zufolge mischten sich am Weg vom Ring zu den Vorstädten, insbesondere auf dem Weg nach Ottakring, immer mehr Halbwüchsige und radaulustige Individuen unter die Demonstrierenden und gewannen allmählich die Oberhand.<sup>125</sup>

Vertrauensmänner der SDAP redeten auf die Jungen ein und wollten sie zum nachhause gehen bewegen. Dieses Bemühen blieb jedoch erfolglos. Das erweckt

---

<sup>120</sup> Vgl. ebd.: 3.

<sup>121</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 7.

<sup>122</sup> Vgl. o.V.: Ein blutiger Demonstrationstag. *AZ* Nr. 257. 3. Es wird lediglich erwähnt, dass es ein sehr junger Mann war, jedoch nicht, ob dieser aus politischer Überzeugung handelte oder im Auftrag der Polizei.

<sup>123</sup> Vgl. Moscovici: *Das Zeitalter der Massen*. 30.

<sup>124</sup> Vgl. o.V.: Der Magistratsbericht. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 258, 19. September 1911. 4. 4.

<sup>125</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 7.

bei Betrachtung der Ereignisse den Eindruck, dass es jenen Burschen<sup>126</sup> nur ums Randalieren ging, nicht aber um die Thematik der Teuerung. Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Ereignisse, dass Jugendliche und junge Erwachsenen bei den Ausschreitungen federführend waren. Sie suchten bewusst Ärger und rissen andere mit, wodurch die Anzahl der Randalierenden stieg. Für Unruhestiftende bieten solche Kundgebungen Schutz und Anonymität. Dabei sind viele Personen auf engstem Raum versammelt, so dass Einzelne sich innerhalb der Masse unerkant bewegen können.

Der Großteil der Demonstrierenden war weiterhin friedlich, jedoch tatenlos gegenüber dieser Zerstörung. Ein Grund hierfür war ihre Verzweiflung und Hilflosigkeit.<sup>127</sup> Daher kann bei dieser zerstörenden Masse ebenso von einem Mob gesprochen werden. Denn dieser *„kann als Bewegung aller Schichten der städtischen Armen definiert werden, die für Erreichung ökonomischer oder politischer Änderungen durch direkte Aktionen eintritt [...] sie ist jedoch eine Bewegung, die von keiner bestimmten Ideologie inspiriert ist.“*<sup>128</sup> Wenn dieser auftrat, ging es meistens gegen Arbeitslosigkeit sowie Teuerungen und durch Tumulte erhofften sich die Teilnehmenden eine Veränderung zu erreichen.<sup>129</sup> Im Regelfall wird dieser Begriff abwertend verwendet, weswegen er in dieser Arbeit nicht genutzt sondern weiterhin von einer Masse gesprochen wird.

Bei diesen beginnenden Aggressionen befanden sich Menschen mit ihnen unbekannten Personen auf engstem Raum. In diesem Moment verfolgten alle ein gemeinsames Ziel, wodurch die Grenzen des Unbekannten aufgehoben wurden und alle gleich waren.<sup>130</sup> Hier war es die Zerstörung von Fensterscheiben und Laternen. Bei späteren Vorfällen am selben Tag änderten sich die Ziele und es wurden Sicherheitsleute sowie staatliche Einrichtungen, wie Schulen und Impfstation angegriffen.

---

<sup>126</sup> In den Berichten ist stets von Burschen zu lesen, Frauen werden dabei nicht erwähnt.

<sup>127</sup> Vgl. o.V.: Die moralischen Urheber. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 260, 21. September 1911. 1. So soll eine alte Frau zu einem sozialdemokratischen Vertrauensmann, der die Menschen in der 1. Reihe dazu bewegen wollte keine weiteren Steine zu werfen, gesagt haben: *„Lassen Sie doch die Leute! Was soll man den tun, wenn das Kilo Zucker mehr als eine Krone kostet?“*

<sup>128</sup> Hobsbawm, Eric J.: Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegung im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin, 1971. 141.

<sup>129</sup> Vgl. ebd. 142.

<sup>130</sup> Vgl. Canetti: Masse und Macht. 15.

In solch einer Masse verliert das Individuum seine Hemmungen und die destruktiven Instinkte werden geweckt.<sup>131</sup> Dies ist typisch für solch eine Menschenansammlung, da in ihr das Verantwortungsbewusstsein abnimmt. Denn anders als bei Einzelnen, sind Beweise und Fakten in einer Masse irrelevant.<sup>132</sup>

Daher liebt sie die Dichte. Durch die Dichtigkeit soll nichts zwischen den Teilnehmenden stehen und somit ihre Gleichheit hervorgehoben werden.<sup>133</sup> Das ist eine Erklärungsmöglichkeit, warum auf das Individuum in einer Masse leichter eingewirkt werden kann. Dabei ist eine charismatische Person ausreichend und andere werden dieser folgen, da sie sich in diesem Moment nicht rational verhalten. Die Unterschiede der Menschen innerhalb einer Masse werden aufgehoben und für diesen Augenblick sind tatsächlich alle gleich, unabhängig ihres Glaubens, sozialer Stellung oder Herkunft. Dieser Vorgang entspricht der von Canetti beschriebenen Eigenschaft des Herrschens der Gleichheit. Damit es allerdings zu der Überwindung der Ungleichheit kommen kann, benötigt es die sogenannte Entladung.<sup>134</sup> Die Entladung ist jener Schritt der zur Aufhebung der Differenzen führt. In der Masse schwindet die Last des einzelnen Daseins und alle teilnehmenden Menschen wollen die Nähe zueinander spüren. Durch das dichte Zusammensein übertragen sich Impulse der Menge direkt auf den Körper. Auf diese Weise werden die Sinne und Empfindungen der Menschen besetzt, wodurch sich ihre einzelnen Identitäten auflösen. Dadurch ist das Individuum nicht mehr es selbst sondern Teil der Masse, und entwickelt sich zum Mitläufer.<sup>135</sup>

### *3.3.5 Verhältnis der Bourgeoisie zur Demonstration*

Waren ArbeiterInnen, Jugendliche beziehungsweise das Proletariat lautstark Teil der sich bildenden Masse, so nahm das wohlhabende Bürgertum die Demonstration als etwas Bedrohliches wahr. Sie fürchteten sich vor der Entladung der Wut, ob dies tatsächlich begründet war, lässt sich nicht sicher nachweisen.

Als Beispiel hierfür sei der berühmte Opernsänger Enrico Caruso genannt. Dieser weilte während der Demonstration in der Stadt. Er machte einen Spaziergang auf der

---

<sup>131</sup> Vgl. Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Köln, 2017. 21.

<sup>132</sup> Vgl. Brudermann: Massenpsychologie. 26f.

<sup>133</sup> Vgl. Canetti: Masse und Macht. 28.

<sup>134</sup> Vgl. ebd. 14.

<sup>135</sup> Vgl. Sofsky: Traktat über die Gewalt. 114f.

Ringstraße, als er die Demonstranten sah. Aus Angst erkannt und mit der allgemeinen Teuerung in Verbindung gebracht zu werden, floh er in die Hofoper.<sup>136</sup>

---

<sup>136</sup> Vgl. o.V.: Die Teuerungskrawalle und ihre Folgen. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212, 21. September 1911. 2-5. 3.

## 4 Unruhe und Exzesse

Nachdem es am Ring zu verschiedenen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmenden und Sicherheitskräften kam, gelang es dem Militär gegen 13:00 Uhr die Menge Richtung Vororte abzudrängen.<sup>137</sup> Die Unruhen dauerten bis zu zwei Tage, wobei es die meisten Auseinandersetzungen im 16. Wiener Gemeindebezirk gab. Auf dem Weg dorthin kam es in den Bezirken Neubau und Josefstadt zu Sachbeschädigungen, Plünderungen sowie Kämpfen zwischen Demonstrierenden und Polizisten.<sup>138</sup>

Der Zug folgte der Josefstädter Straße im 8. Bezirk oder der Lerchenfelderstraße im 7. Bezirk. Die Straßen führen direkt zum Gürtel und den dahinterliegenden Vorstädten, welche dem 1. Bezirk am nächsten waren. Das Besondere an diesen Straßen ist, dass das Parlament, das Rathaus sowie der Justizpalast durch einen kurzen Fußmarsch erreicht werden können. Entlang dieser Straßen kam es zu den meisten Zerstörungen. Im 16. Wiener Gemeindebezirk kam es nach der Demonstration und den dortigen Vorkommnissen zu den schwersten Ausschreitungen. Sie begannen bereits ab etwa 12:00 Uhr,<sup>139</sup> also zu einer Zeit in der immer noch Kundgebungsteilnehmende am Ring verharren.

Der Drang zu den Vororten ist jenes Merkmal einer Masse, das Elias Canetti als benötigte Richtung beschrieb. Die meisten Demonstrationsteilnehmenden und später Randalierenden kamen aus diesen Gegenden, daher einte sie diese Intention, was sie nochmals stärkte. Wenn das Ziel erreicht ist, löst sich laut Canetti die Masse auf, da die Richtung für ihr Fortbestehen essenziell ist. Daher versucht sie ihr Ziel immer wieder zu verändern, um möglichst lange zu bestehen. Selbst nach der Auflösung bleiben Bewegungstendenzen innerhalb kleinerer Ansammlungen weiterhin bestehen, welche zur Bildung neuer Gruppen führen und erneut ein gemeinsames Ziel verfolgen.<sup>140</sup>

---

<sup>137</sup> Vgl. o.V.: Demonstration und Exzesse. In: *Wiener Abendpost* Nr. 213, 18. September 1911. 5-6.5

<sup>138</sup> Vgl. Boyer: *Culture and Political Crisis in Vienna*. 282.

<sup>139</sup> Vgl. o.V.: Aus dem Polizeibericht. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 6-7. 6. Die Zeitung schreibt *um die Mittagstunde*.

<sup>140</sup> Vgl. Canetti: *Masse und Macht*. 28.

Laut Zeitungsberichten gab der Zug durch die Straße ein anderes Bild ab als noch bei der Demonstration am Vormittag. Es sammelten sich vermehrt Jugendliche, bewaffnet mit Stöcken und Steinen, und schlossen sich der Menge an.<sup>141</sup>

Diese zerstörten Straßenlaternen, alle Arten von Fensterscheiben und griffen ebenso Straßenbahnen sowie Autos an.<sup>142</sup> Auf Grund dieser Zerstörungswut war eine intakte Laterne in den folgenden Tagen etwas derart außergewöhnliches, dass diese den Mittelpunkt einer spontanen Ansammlung darstellte.<sup>143</sup>

#### 4.1 Körperliche Angriffe und erster Schuss

Am Ring und den umliegenden Straßen kam es ab Mittag immer wieder zu körperlichen Auseinandersetzungen. So wurden mehrere Straßenbahnwaggons mit Steinen beworfen, dabei verletzten Glassplitter die InsassInnen.<sup>144</sup>

Ein Bericht handelt von einem Kutscher, der auf der Ringstraße von seinem Wagen gezerzt und geschlagen wurde. Wodurch ihm nichts anderes übrig blieb als in den Stadtpark zu fliehen.<sup>145</sup> Eine Erklärung für diesen Angriff ist, dass sein Arbeitgeber „Wiener Molke“ mit der Lebensmittelteuerung in Verbindung gebracht wurde.

Auf ihrem Heimweg wirkten die Hauptstraßen des 7. und 8. Wiener Gemeindebezirkes wie ein Ventil, durch das die Menschenmassen zogen. Einige Teilnehmende versuchten in der Schottenfeldgasse im 7. Wiener Gemeindebezirk eine Sicherheitswachstube zu stürmen, wurden aber durch Revolverschüsse abgedrängt. Das waren die ersten bestätigten Schüsse der Sicherheitskräfte.<sup>146</sup> Die Zeitungsberichte<sup>147</sup> schreiben zu dem Vorfall, dass er zu jener Zeit geschah, als die Demonstrationsteilnehmenden Richtung Ottakring zogen. Anhand dieser Information kann das Zeitfenster der Schussabgabe auf den frühen Mittag eingegrenzt werden.

---

<sup>141</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 8.

<sup>142</sup> Vgl. ebd. 7f.

<sup>143</sup> Vgl. o.V.: Ein Wunder in Ottakring. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211, 20. September 1911. 8.

<sup>144</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 8.

<sup>145</sup> Vgl. ebd. 7.

<sup>146</sup> Vgl. ebd. 8.

<sup>147</sup> Vgl. o.V.: Teuerungsrevolte in Wien. In: *Die Zeit* Nr. 3227, 18. September 1911. 1-4. 2.; o.V.: Die Vorgänge des gestrigen Tages. In: *Neues Wiener Journal* Nr. 6432, 18. September 1911. 1-2. 2; o.V.: Demonstration und Exzesse. *Wiener Abendpost* Nr. 213. 5. Die genannten Berichte haben einen ähnlichen Wortlaut.

## 4.2 Sachbeschädigung

Das Zerstören von Fenster im Zuge solcher Auseinandersetzungen hat sicherlich mehrere Gründe. Einerseits waren sie ein einfaches Ziel, das ohne großen Aufwand erreicht werden kann. Der dabei entstehende Lärm führte zur vermehrten Unsicherheit unter den Menschen, sowohl bei Demonstrierenden als auch den Sicherheitskräften. Die gesamte Situation wurde chaotischer und unübersichtlicher, sodass die Teilnehmenden den Überblick über das Geschehen verloren. Dies nützte vor allem den Randalierenden, da sie sich unerkannt im Chaos bewegen konnten.

Andererseits stellten Auslagenfenster eine Abgrenzung dar. Auf der einen Seite die wütenden Protestierenden, die über die Teuerung erzürnt waren, auf der anderen Geschäftsinhabende, welche um ihr Geschäft und ihre Existenz fürchteten. Da Menschen in der Masse nicht mehr rational dachten, verbanden sie die Teuerung mit dem Lokal und enttuden an diesem ihre Wut. Durch das Einschlagen der Fenster wurde die Abgrenzung aufgehoben, wodurch sich alle dahinter Befindlichen anschließen konnten, im diesem Falle LokalbesitzerInnen sowie das Personal.<sup>148</sup>

Der Soziologe Wolfgang Sofsky erläutert im „*Traktat über die Gewalt*“, weshalb sich an alltäglichen Gegenständen, wie Fensterscheiben, aber auch Kästen, Kabeln oder Bierkrügen die Destruktivkraft entlädt. Durch ihre Zerstörung ist die Nützlichkeit dieser Gegenstände nicht mehr gegeben. Bei Scheiben ist dies besonders offensichtlich. Sie bedeuten für LokalinhaberInnen eine Sicherheit, da diese ihren Besitz von der Allgemeinheit abgrenzen und schützen. Durch ihre Zerstörung bekamen Geschäftsinhabende ein Ohnmachtsgefühl. Viele der Randalierenden kannten dieses Gefühl, da sie selbst machtlos gegenüber der Teuerung waren. Dinge des alltäglichen Lebens wurden zerstört weil sie nützlich waren. Im Gegensatz dazu wurden Luxusgüter zerstört, weil sie unnütz waren<sup>149</sup> und die Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung zeigten.

Dass nicht nur Fenster sondern ebenso andere alltägliche Gegenstände während der Unruhen rund um den Ring zerstört wurden, zeigt ein Ansuchen von einem Geschäftsinhaber, der neben zertrümmerten Auslagenfenstern, ebenso „*entwendete*

---

<sup>148</sup> Vgl. Canetti: Masse und Macht. 17.

<sup>149</sup> Vgl. Sofsky: Traktat über die Gewalt. 200.

*und beschädigte Waren, wie Ansichtskarten, Schulrequisiten, Reißzeuge, Schultaschen, Briefpapier, Kartons, Bilder, und beschädigte Dekorationsgegenstände*<sup>150</sup> beklagte. In einer Trafik, nahe dem Ring, wurden Ansichtskarten entwendet, zerrissen und auf die Straße geworfen.<sup>151</sup> Auffallend dabei ist, dass überwiegend Schulutensilien gestohlen wurden und ab diesem Zeitpunkt immer mehr junge Menschen an den Ausschreitungen beteiligt waren. Dadurch entsteht das Bild, dass die jungen UnruhestifterInnen diese Gegenstände für ihren Eigenbedarf oder für Angehörige stahlen. Durch das Zerstören solcher Utensilien<sup>152</sup> sind die Randalierenden für den Moment all ihre Sorgen los.<sup>153</sup>

Das Zerstören von Auslagenscheiben entsprach einer Einschüchterung des Gegenübers, da dadurch deren Eigentum nicht mehr sicher war. Ferner wird durch diese Art der Aggression ersichtlich, dass sich niemand vor der Masse schützen konnte und diese momentan die Kraft und Macht, sprich Kontrolle besaß. Dieses Kräfteverhältnis war nur von kurzer Dauer, da die Sicherheitskräfte die Lage schnell wieder umkehren konnten.

Fensterscheiben waren darüber hinaus ein häufiges Ziel, da durch deren Zerstörung mittels eigener Körperkraft, einfache, nützliche und effektive Waffen, zum Angreifen oder Verteidigen zur Verfügung standen.<sup>154</sup> Fensterscheiben stehen hier exemplarisch für alle Arten von Sachbeschädigungen. Viele der genannten Überlegungen von Sofsky können auf andere Objekte der Zerstörung umgelegt werden. Zum Beispiel bieten beschädigte Gaslaternen analog Glassplitter als Waffen, ihr Zerbrechen lärmt und ihr Funktionsverlust erzeugt Unsicherheit und Kontrollverlust sowohl in der Masse als auch bei den Sicherheitskräften. Weitere Beispiele wären Gegenstände aus attackierten Straßenbahnwaggonen, demolierte Parkbänke sowie Zäune.

---

<sup>150</sup> OeStA; Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten, Teil 2 (1900-1918): 2130 Unruhen, Exzesse, Niederösterreich (1911-1916) – Aktennummer 12033/1911 M.I.

<sup>151</sup> Vgl. OeStA; Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten, Teil 2 (1900-1918): 2130 Unruhen, Exzesse, Niederösterreich (1911-1916) – Aktennummer 12293/1912 M.I.

<sup>152</sup> In der Arbeit bieten sich Schulutensilien als konkretes Beispiel an. Das gilt jedoch ebenso für andere Objekte.

<sup>153</sup> Vgl. Sofsky: Traktat über die Gewalt. 194.

<sup>154</sup> Vgl. ebd. 197.

### 4.3 Physische Gewalt

Gewalt ist die Wirklichkeit der Gefühle, von denen Menschen oftmals überwältigt werden. Dies liegt daran, dass sich Empfindungen und Emotionen, wie die nervenaufreibende Ruhe vor einer Auseinandersetzung, schnellen Bewegungen oder das Lärmen der Leute, in konkreten physischen Handlungen ausdrücken. Daher ist sie der Inbegriff sinnlicher Erfahrung. Mittelpunkt dieser Sinnlichkeit ist der menschliche Körper, bei dem das „Antun“ und „Erleiden“ unterschieden wird.<sup>155</sup>

Daher ist Gewalt die direkteste Form von Macht.<sup>156</sup> Jeder kann seinem direkten Gegenüber schaden und dessen Leben dadurch wesentlich bestimmen.

Sofsky schreibt, *„[dass] viele Waffen zuerst Gegenstände zerstören – Häuser, Bunker oder Barrikaden, ihr letztes Ziel ist zumeist der menschliche Körper. Ihn sollen die Waffen treffen.“*<sup>157</sup> Er erläutert weiter, *„der Körper dient als Werkzeug der Gewalt“*,<sup>158</sup> da er die einfachste Waffe des Menschen ist und immer zur Verfügung steht.

Dieser Punkt ist wesentlich, da er zeigt, dass Attacken auf Sicherheitskräfte, das eigene sowie das Selbstvertrauen der Menge steigert und gleichzeitig die Wachleute verunsichert. Daraus ergibt sich ein zumindest kurzfristiger Vorteil für die Angreifenden. Bei den Auseinandersetzungen nach dem offiziellen Ende der Demonstration erlangten die Ordnungskräfte meist relativ schnell wieder die Oberhand.

Die Wut entlud sich hauptsächlich gegenüber der Sicherheitskräfte, welche von den Demonstrationsteilnehmenden immer wieder attackiert wurden. Meist bestanden diese Angriffe aus Wurfgegenständen, wie zum Beispiel von den Straßen gerissene Pflastersteine. Ebenso warfen Demonstrierende „Sessel“,<sup>159</sup> „Gläser“<sup>160</sup> und „Bügeleisen.“<sup>161</sup> Daneben griffen sie Wachleute mit Stöcken an, was oftmals zu Kopfverletzungen führte.<sup>162</sup>

---

<sup>155</sup> Vgl. von Trotha: Zur Soziologie der Gewalt. 26.

<sup>156</sup> Vgl. Popitz, Heinrich: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik. Tübingen, 1986. 68.

<sup>157</sup> Sofsky: Traktat über die Gewalt. 31.

<sup>158</sup> ebd. 31.

<sup>159</sup> o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 7.

<sup>160</sup> o.V.: Nach den Teuerungskrawallen. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211, 20. September 1911. 2-6. 2.

<sup>161</sup> o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 9.

<sup>162</sup> Vgl. ebd. 7f.

In der Illustrierten Kronen-Zeitung berichtete ein Polizist, der seit 30 Jahren Dienst verübt hatte, dass die Menschen besessen waren. Er beobachtete, wie sie Sicherheitskräfte mit diversen Gegenständen von den Fenstern aus bewarfen und dabei lachten.<sup>163</sup>

Militär und Polizei starteten immer wieder Angriffe auf versammelte Massen. So schlug ein Wachmann einem Demonstranten auf den Kopf, welcher deshalb ins Spital musste.<sup>164</sup> In der Panikengasse im 16. Wiener Gemeindebezirk kam es gegen 16:00 Uhr<sup>165</sup> zu schweren Zusammenstößen. Das anrückende Militär wurde mit Steinen beworfen. Infolgedessen, verhaftete ein Polizeiaгент, mit Hilfe von vier Berittenen, einen jungen Mann. Daraufhin flogen erneut Steine und führten zu schweren Verletzungen der Agenten. Nach dieser Aktion griff das Militär ein, jedoch wich die Menge nicht zurück und bewarf dieses weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Gegenständen. Die Soldaten antworteten mit Schüssen. In Panik flohen die Menschen in alle Richtungen und zurück blieben einige Schwerverletzte.<sup>166</sup>

Durch das Errichten von Barrikaden, wofür meist Jugendliche zuständig waren,<sup>167</sup> sollte verhindert werden, dass Sicherheitskräfte problemlos durch die Straßen reiten und patrouillieren konnten. Solche Blockaden wurden aus Bänken von öffentlichen Anlagen<sup>168</sup> sowie allen möglichen gefundenen Materialien errichtet.<sup>169</sup> Beim Bau dieser Barrikaden griff immer wieder die Polizei ein, jedoch meist nur mit kurzem Erfolg, da sich in nahen Gassen die Menge erneut versammelte und neue Barrikaden errichtete.

#### 4.4 Situation in Ottakring

Ottakring war das Zentrum der Auseinandersetzungen, die bis spät in die Nacht dauerten und in den folgenden Tagen ihre Fortsetzung fanden. Dabei unterstützten Dragoner, Husaren, Ulanen sowie bosnische Infanteristen die Wiener Polizei und das österreichische Militär. Gemeinsam gingen sie mit Säbeln, Bajonetten und Gewehren

---

<sup>163</sup> Vgl. o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 7.

<sup>164</sup> Vgl. o.V.: Nach den Teuerungskrawallen. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211. 2.

<sup>165</sup> Vgl. o.V.: Revolte in Ottakring. In: *Neues Wiener Journal* Nr. 6432, 18. September 1911. 2-3. 2

<sup>166</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 9.

<sup>167</sup> Vgl. o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 7.

<sup>168</sup> Vgl. ebd. 7.

<sup>169</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 8. Verwendet wurden Bretter, Fässer, Mistkübel und Scheibtruhen.

gegen die Unruhestiftenden vor, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Am Ende gab es auf beiden Seiten zahlreiche Opfer.<sup>170</sup>

In diesem Bezirk wurden staatliche Einrichtungen angegriffen, die der Allgemeinheit dienten. Dabei handelte es sich um Schulen und eine Impfstation. Die Bildungseinrichtungen lagen am Hofferplatz sowie dem damaligen Habsburgerplatz, heute Schuhmeierplatz.<sup>171</sup> Am Hofferplatz riss die Menge den Metallzaun nieder und verwendete dessen Stäbe als Stichwaffe. Im Schulgebäude zerrissen sie Bücher sowie Hefte und warfen Einrichtungsgegenstände auf die Straße, darunter Möbel der Schulmeisterwohnung. Daraus stapelten die Randalierenden einen Haufen, den sie anzündeten. Fenster und andere zerbrechliche Gegenstände wurden allesamt zertrümmert.<sup>172</sup>

Ähnliche Szenen spielten sich bei der Schule am Habsburgerplatz ab. Jedoch wurde hier ein Feuer in der Bildungsanstalt gelegt und nicht davor. Als die Feuerwehr ausrückte, um den Brand zu löschen, empfing sie die Masse mit „Pfui-Rufen.“ Unruhestiftende schleuderten unterschiedliche Materialien auf jene Straßen, die die Feuerwehr passieren musste, um sie an ihrer Arbeit zu hindern.<sup>173</sup> Besonders betroffen davon war die Thaliastraße. Entlang dieser errichteten Randalierende Barrikaden und spannten Stacheldraht von einem Lichtmast zum Anderen.<sup>174</sup> Dabei handelt es sich um Methoden, durch die Menschen an sich schwer verletzt werden hätten können. Umso mehr verwundert es, wie diese von umliegenden PassantInnen, obgleich nicht mitgetragen, zumindest akzeptiert wurden.

Neben den Schulgebäuden wurde eine Impfstation attackiert. Die AufrührerInnen zerschlugen auch hier die Fensterscheiben und rissen den Zaun des Vorgartens nieder, um ihn für die Errichtung von Barrikaden zu verwenden.<sup>175</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl. ebd. 8.

<sup>171</sup> Vgl. o.V.: Schuhmeier, Franz. In: *SPÖ Wien (Hrsg.): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie*. <http://www.dasrotewien.at/seite/schuhmeier-franz> (aufgerufen am 15.02.2022)

<sup>172</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 8.

<sup>173</sup> Vgl. ebd. 8.

<sup>174</sup> Vgl. o.V.: Schwere Krawalle in Ottakring. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 4-5. 5.

<sup>175</sup> Vgl. ebd. 5.

Sofsky berichtet von einem Mann, der eine Statue zerstört, ohne zu wissen was er damit anrichtet und warum er es tut. Diesem Akt der Zerstörung fehlt der eindeutige Sinn. Es ist nicht zu erkennen, ob dies ein Akt der Rebellion gegen die Herrschenden ist oder einfach als Akt von einem Randalier begangen wird.<sup>176</sup> Bei einer rebellischen Tat wäre das Ziel, durch die Zerstörung eine Botschaft zu übermitteln und auf diese Weise Personen zum Umdenken zu bewegen und Veränderungen herbeizuführen. Hingegen hat der Zerstörungsdrang bei Randalierenden keinen tieferen Sinn. Ähnlich verhält es sich bei den Zerstörungen der Teuerungsrevolte. Wurden die Schulen von frustrierten ehemaligen SchülerInnen als Akt eines Protestes zerstört oder von Unruhestiftenden, die lediglich Chaos anrichten wollten?

Die meisten damaligen Jugendlichen konnten nur kurze Zeit die Schule besuchen, da sie bereits in frühen Jahren arbeiten mussten, um ihre Familien finanziell zu unterstützen.<sup>177</sup> Sie ist die erste staatliche Einrichtung mit denen sie in Kontakt kamen und die einzige, mit der sie direkt konfrontiert wurden. Aus diesem Grund sahen die Jugendlichen, deren Anzahl bei diesem Vergehen immer höher wurde, in den Schulen das ideale Ziel ihrer Kritik gegenüber der Institution des Staates. Einerseits wurden sie durch Wut gegenüber diesem im Allgemeinen geleitet, andererseits waren Teile der jungen Aufrührer, ehemalige, vom Bildungssystem sowie der Schule enttäuschte, Schüler.<sup>178</sup> Dafür spricht die Aussage des Schuldieners, der sagte, dass er einige der jungen Leute als Schüler erkannte.<sup>179</sup> Aus diesem Grund kann die Verwüstung der Schulen als Protest an der Bildungspolitik verstanden werden. Dagegen spricht, dass das ein rationales Handeln des Mobs wäre, wozu Menschen laut Canetti in der Menge nicht in der Lage sind.<sup>180</sup>

Ähnlich ist die Situation beim Angriff auf die Impfstation. Sie befand sich in der Nähe der Schulen und wurde erst kurz zuvor eingerichtet. Es war eine Einrichtung, die der Allgemeinheit nutzen sollte, dennoch wurde sie im Zuge der Eskalation verwüstet.

---

<sup>176</sup> Vgl. Sofsky: Traktat über die Gewalt. 191.

<sup>177</sup> Zu jener Zeit durften Kinder ab ihrem 12. Lebensjahr zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen herangezogen werden, sofern diese ihnen nicht körperlich schadet und ihre Schulpflicht nicht behindert. Ihre tägliche Arbeitszeit durfte nicht länger als acht Stunden sein. Ihnen war es nicht erlaubt in der Nacht zu arbeiten, wobei es in gewissen Gewerben Ausnahmeregelungen gab. (Reichsgesetzblatt für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1885. VIII Stück. 22. Gesetz vom 8. März 1885. 45, 46, 203)

<sup>178</sup> Es wird bei den Ausschreitungen stets von Männern berichtet. Da nicht rekonstruiert werden kann, ob und wie viele Frauen aktiv an den Zerstörungen teilnahmen, wird hier die maskuline Form verwendet.

<sup>179</sup> Vgl. o.V.: Schwere Krawalle in Ottakring. AZ Nr. 257. 5.

<sup>180</sup> Vgl. Canetti: Masse und Macht. 17.

Demnach kann der Angriff als Kritik am Staat verstanden werden und nicht lediglich als Zerstörungswut, auch wenn der Angriff nicht geplant war, sondern im Moment geschah.

Das eigentliche Motiv scheint nicht immer erkennbar und viele Menschen konnten die Dimension ihres Handelns nicht einschätzen. Bei genauerer Betrachtung und mit Einbeziehung der Hintergründe können solche Angriffe jedoch besser nachvollzogen werden.

Auf Grund dieser Vorfälle und den schweren Ausschreitungen besetzte das Militär sämtliche städtische und staatliche Gebäude in Ottakring. Um vier Uhr Nachmittag war diese Aktion abgeschlossen.<sup>181</sup>

#### 4.5 Situation für die Sicherheitskräfte während der Unruhen

Im Vorfeld der Demonstration rechnete niemand mit solch massiven Ausschreitungen, die örtlich versetzt bis in die Nacht dauerten. Dieser Umstand kam für die Sicherheitskräfte überraschend. Aus diesem Grund war ihre Versorgung während der Unruhen oft mangelhaft. Viele Beamte und Soldaten waren völlig übermüdet, da sie von frühmorgens bis tief in die Nacht hinein Dienst versehen hatten. Während dieser langen Arbeitszeit bekamen nicht wenige nur einmal etwas zu essen. Viele Sicherheitsbeamte tranken kaum, da die Exzesse verstreut stattfanden und sie daher immer in Bewegung waren.<sup>182</sup> Die ständige Bereitschaft und Überlastung sowie die mangelnde Verpflegung sind Faktoren, die dazu führten, dass einige Sicherheitsleute nicht mehr konzentriert arbeiten konnten und sich in Folge dessen auf diverse Provokationen einließen.

---

<sup>181</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 8.

<sup>182</sup> Vgl. o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 4.

## 5 Maßnahmen nach den Exzessen und weitere Auseinandersetzungen

### 5.1 Situation in Ottakring nach den Ausschreitungen

Wegen der heftigen Unruhen in Ottakring wurden mehrere Maßnahmen im Bezirk getroffen, um weitere Exzesse zu verhindern. So wurde am 18. September 1911 der Ausnahmezustand über Ottakring verhängt.<sup>183</sup> Es gab eine erhöhte Anzahl an Sicherheitskräften, die den Frieden im Bezirk aufrecht halten sollten. Ihre Aufgabe war es, präventiv für Ruhe zu sorgen sowie durch ihre Präsenz weitere Ausschreitungen zu verhindern. Hierbei unterstützte das Militär Wiener Polizisten. Sie informierten die Hausbesorger, dass die Haustore am Montag dem 18. September um 20:00 Uhr zu schließen sind und die Wirte sowie Kaffeehausbesitzer über das Verbot, ab 21:00 Uhr Gäste zu bedienen.<sup>184</sup> Diese Maßnahmen wurden von der Polizeidirektion mit dem Einverständnis der Statthalterei erlassen<sup>185</sup> und betrafen lediglich Ottakring.<sup>186</sup> Dennoch kam es am Montagabend zu kleineren Zwischenfällen an denen hauptsächlich Jugendliche beteiligt waren und insgesamt zehn Verhaftungen.<sup>187</sup> Oftmals setzten Polizisten ihre Anweisungen sehr aggressiv um. So wurde berichtet, wie zwei Wachleute einen jungen Mann auf den Pflasterboden warfen, wo ihn eine Straßenbahn beinahe überrollte. Die Begründung der Amtshandlung war, dass der Mann um 20:30 trotz Ausgangsverbot noch auf der Straße war.<sup>188</sup> Auf den Straßen Ottakrings war es um Mitternacht endgültig still und friedlich.<sup>189</sup>

Am Montag den 18. September 1911 berichtete die Zeitung, dass bei erneuten Exzessen das Standrecht verhängt werde würde.<sup>190</sup> Das Standrecht ermöglichte schnelle unbürokratische Verhandlungen.<sup>191</sup> Dabei wäre das Militär für die

---

<sup>183</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 125.

<sup>184</sup> Vgl. o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 2

<sup>185</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 9-10.

<sup>186</sup> Vgl. o.V.: Der Montag. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 258, 19. September 1911. 5.

<sup>187</sup> Vgl. ebd. 5.

<sup>188</sup> Vgl. ebd. 5.

<sup>189</sup> Vgl. ebd. 5.

<sup>190</sup> Vgl. o.V.: Aus dem Polizeibericht. *AZ* Nr. 257. 7.

<sup>191</sup> Vgl. Moll, Martin: Militärgerichtsbarkeit Österreich (ca. 1850-1945). In: *Beiträge zur Rechtsgeschichte (BRGÖ)*, Band 2/2016, 6. Jahrgang. Wien, 2016. 324-344. 325.

Urteilssprechung zuständig.<sup>192</sup> Dies sollte der Abschreckung dienen,<sup>193</sup> wurde jedoch nicht in die Tat umgesetzt.

Trotz der gesetzten Maßnahmen kam es am Montag 19. September am Abend und in der Nacht zu erneuten Unruhen. Das beunruhigte Geschäftsinhaber und Geschäftsinhaberinnen, da sie fürchteten die Exzesse könnten sich in derselben Intensität wiederholen. Ein verstärktes Aufgebot an Patrouillen in Ottakring sollte dies verhindern.<sup>194</sup> Ansammlungen wurden nicht geduldet und Personengruppen verstreut.<sup>195</sup> Dies war insofern ein Problem, da nicht nur unruhestiftende Leute vor Ort waren, sondern ebenso Menschen aus Neugierde nach Ottakring kamen, um die Orte der Ausschreitungen zu besichtigen.<sup>196</sup>

Neben dem Versuch, Barrikaden zu errichten, empfingen Jugendliche schreiend die Kavallerie und lieferten sich Auseinandersetzungen mit Wachleuten. Die Sicherheitsbeamten konnten solche Situationen jedoch schnell unter Kontrolle bringen.<sup>197</sup> Trotz des Aufflackerns dieser Tumulte, nahmen am Montag die Gewalttaten und Anzahl der daran teilnehmenden Personen merklich ab.

## 5.2 Waren die Exzesse geplant?

Es gab Stimmen, sowohl von Seiten der Sozialdemokraten als auch von der Polizei, die der Meinung waren, dass bei der Kundgebung Leute waren die „*mit der böswilligen Absicht gekommen waren, Krawalle hervorzurufen*“<sup>198</sup> und die Ausschreitungen vorbereitet gewesen wären.<sup>199</sup> Ein christlichsozialer Landtagsabgeordneter behauptete, dass nachträglich bekannt gewordene Ereignisse bezeugen, dass die Exzesse vorbereitet waren.<sup>200</sup> Ob es tatsächlich von diversen Personengruppen geplant war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

---

<sup>192</sup> Vgl. ebd. 332.

<sup>193</sup> Vgl. ebd. 325.

<sup>194</sup> Vgl. o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 2.

<sup>195</sup> Vgl. o.V.: Nach den Teuerungskrawallen. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211. 2.

<sup>196</sup> Vgl. o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 2.

<sup>197</sup> Vgl. o.V.: Der Montag. *AZ* Nr. 258. 5.

<sup>198</sup> o.V.: Die blutigen Teuerungskrawalle. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4210. 6.

<sup>199</sup> Vgl. o.V.: ebd. 7.

<sup>200</sup> Vgl. o.V.: Große Krawalle im Landtag. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212. 6.

## 6 Die Demonstrationsteilnehmenden

Im Gegensatz zu früheren Großkundgebungen waren im Rahmen der Demonstration am 17. September keine Kinder vertreten.<sup>201</sup> Das verstärkt die Annahme, dass die Teilnehmenden mit einer aggressiven Stimmung rechneten und Ausschreitungen befürchteten.

### 6.1 Frauen bei der Demonstration

Frauen nahmen bei spontanen nachbarschaftlichen Exzessen eine wichtige und aktive Rolle ein. Sie standen im direkten Kontakt mit VermieterInnen und HausmeisterInnen, kümmerten sich um die Beschaffung der Lebensmittel und verwalteten oftmals das Familienbudget.<sup>202</sup> Da sich die Frauen der Nachbarschaft im ständigen Austausch befanden, waren sie stets informiert, was sie zu wichtigen Informationsträgerinnen machte. Daher wurden sie als Haushaltsführerinnen mit den Konsequenzen einer Teuerung direkt konfrontiert. Dies führte dazu, dass es bei Teuerungsprotesten im Allgemeinen unabhängig jener des 17. Septembers 1911 einen erheblichen Frauenanteil gab und zwar quer durch alle Kulturen auf der Erde.<sup>203</sup>

Das war dem sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Volkert ebenso bewusst, der bei einer Frauenversammlung sagte: *„Es ist eine nur zu bekannte Tatsache, daß die Arbeiterfrauen unter der Teuerung am schwersten zu leiden haben.“*<sup>204</sup> Diese Einflüsse waren ausschlaggebend dafür, dass Frauen bei spontanen Mietexzessen aktiv mitwirkten und oftmals tonangebend waren.<sup>205</sup> Bei der Demonstration handelte es sich jedoch um eine lang geplante Kundgebung und diese hatte daher andere Voraussetzungen.

Bei der virtuellen Ausstellung des Österreichischen Staatsarchives *„Was Österreich bedeutet – 99 Dokumente, Briefe und Urkunden“* sind Fotos zur

---

<sup>201</sup> Vgl. o.V.: Der Vormittag. Auf der Ringstraße. AZ Nr. 257. 2.

<sup>202</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 233.

<sup>203</sup> Vgl. Gailus, Manfred: Was macht eigentlich die Protestforschung? Rückblicke, Resümee, Perspektiven. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Heft 34, 2005.* 127-154. 144.

<sup>204</sup> o.V.: Der Kampf gegen die Teuerung. Frauenversammlung in Hernals. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 253, 14. September 1911. 7.

<sup>205</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 234.

Teuerungs demonstration dokumentiert und ausgestellt. Auf diesen sind Frauen kaum zu sehen.<sup>206</sup>

In einer Hernalser Frauenversammlung, einige Tage vor der Demonstration, tätigte eine sozialdemokratische Rednerin folgende Aussage: „*Wenn am Sonntag eine verschärfte Kundgebung gegen die Teuerung durchgeführt wird, dann müssen die Arbeiterfrauen [...] mit über die Ringstraße marschieren, sie müssen ihre Empörung [...] offen zeigen.*“<sup>207</sup>

Bei einer weiteren Frauenversammlung in Ottakring, kam es ebenfalls zu einer Mobilisierung unter den Arbeiterfrauen. Die dort gehaltenen Reden riefen zum Erscheinen bei der Demonstration auf, alle Nichtanwesenden sollten darüber informiert werden, was mit tosendem Beifall der gegenwärtigen Damen quittiert wurde.<sup>208</sup> Der Bericht zeigt, dass es eine Mobilisierung unter den Frauen gab. Es ist fraglich, ob diese erfolgreich war und wie viele Frauen, abseits der ohnehin politisch aktiven, zum Mitmarsch überredet werden konnten.

Zeitungen berichteten über Arbeiterinnen, die bei der Demonstration präsent waren und von den Problemen eines Arbeiterhaushaltes beziehungsweise deren Zunahme durch die Teuerung erzählten.<sup>209</sup> Berittene Einheiten hätten darüber hinaus beim Räumen des Rathausplatzes neben Männern ebenso Frauen und Kinder attackiert. Frauen warfen sich dabei den Wachleuten entgegen und waren die ersten die polizeiliche Absperrungen durchbrachen.<sup>210</sup>

Bei den nachfolgenden Exzessen in Ottakring waren Frauen nicht aktiv an den Zerstörungen von Gebäuden beteiligt. Jedoch sammelten sie Wurfgegenstände und Objekte für Barrikaden.<sup>211</sup> Ferner stellten sie sich einer berittenen Polizeiabteilung entgegen.<sup>212</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Frauen sowohl bei der Demonstration als auch an den anschließenden Exzessen aktiv teilnahmen, jedoch nicht bei der Verwüstung der Schulen und Impfstation.

---

<sup>206</sup> Vgl. Maderthaner, Wolfgang: Anarchie in Ottakring. In: *99 Dokumente - Was Österreich bedeutet*. <https://oe99.staatsarchiv.at/20-jh/anarchie-in-ottakring/> (aufgerufen am 11.11.2021).

<sup>207</sup> o.V.: Der Kampf gegen die Teuerung. Frauenversammlung in Hernald. AZ Nr. 253. 7.

<sup>208</sup> Vgl. o.V.: Die Teuerung. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 256, 17. September 1911. 7-8. 7

<sup>209</sup> Vgl. o.V.: Der Vormittag. Auf der Ringstraße. AZ Nr. 257. 2.

<sup>210</sup> Vgl. o.V.: Ottakring. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 259, 20. September 1911. 3-4. 3.

<sup>211</sup> Vgl. o.V.: Der blutige Sonntag. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 258, 19. September 1911. 2-3. 2.

<sup>212</sup> Vgl. o.V.: Infanterie dringt in Häuser ein. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 5.

## 6.2 Soziale Gliederung der Protestteilnehmenden

Da die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Demonstration aufrief, waren besonders viele ArbeiterInnen beim Protest zugegen. Sie waren die größte Wählergruppe und gleichzeitig von der Teuerung am stärksten betroffen. Daneben beeinflusste die Teuerung nicht unwesentlich auch das Kleinbürgertum. Dieses unterstützte bereits die Proteste für die Freigabe der Fleischzufuhr im Jahr 1910.<sup>213</sup> Ferner organisierte der christlich-soziale Fachverein der Wiener Straßenbahnbediensteten knapp zwei Monate nach der Teuerungsdemonstration am 19. November 1911 eine Protestversammlung gegen die Teuerung von Lebensmitteln und der steigenden Mieten.<sup>214</sup> Damit setzten sie ein Zeichen, dass sie mit der aktuellen Politik, in diesem Bereich, nicht zufrieden waren.

Teile der christlich-sozialen Parteibasis dürften daher gegen die politischen Entscheidungen, die zur Teuerung führten, gewesen sein und es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich diese bereits Monate davor der Demonstration anschlossen.

Die Arbeiter-Zeitung berichtete, dass am Wiener Platz „Am Hof“ ein Heerlager eingerichtet wurde, bei dem sich mehrere ZuseherInnen versammelten, darunter auch Personen des Bürgertums. Der Bericht spricht von „*eleganten Spaziergänger*“, die die Soldaten kritisch beäugten.<sup>215</sup> Ob sich die VertreterInnen der bürgerlichen Schicht jedoch der Demonstration anschlossen oder lediglich zuschauten, lässt sich von deren Präsenz alleine nicht ableiten.

## 6.3 Altersanalyse der Teilnehmenden

Wie oben ausgeführt, berichteten Augenzeugen davon, dass sich mit Beginn der Zerstörung immer mehr junge Menschen dem Demonstrationzug anschlossen.<sup>216</sup> Über die Anwesenden beim offiziellen Teil der Demonstration kann nichts Näheres gesagt werden, da es dazu keine Angaben gibt.

In Zeitungsartikeln über die Ausschreitungen wird darauf hingewiesen, dass vorwiegend junge Menschen daran teilnahmen, oftmals ohne Kenntnis des inhaltlichen Ziels und Zwecks der Demonstration.<sup>217</sup>

---

<sup>213</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 233.

<sup>214</sup> Vgl. ebd. 233.

<sup>215</sup> Vgl. o.V.: Das Militär in der Inneren Stadt. AZ, Nr. 257. 3.

<sup>216</sup> Vgl. o.V.: Blutige Teuerungskrawalle in Wien. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209. 7; o.V.: Der Nachmittag in der Stadt. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 257, 18. September 1911. 5-6. 6.

Die immer wiederkehrende Alterszuschreibung an den Demonstrierenden in der damaligen Medienlandschaft könnte als Indiz dahingehend gedeutet werden, dass die Zeitungen die Ausschreitungen den jungen Menschen zuschreiben wollten. Diese konnten durch ihren jugendlichen Übermut schneller mobilisiert werden und waren bei tumultartigen Protesten aktiver, weswegen sie eine tragende Rolle spielten. Gleichzeitig rückten solche polemische Zuschreibungen die Unverantwortlichkeit der Jugend auf der einen Seite und alle anderen Demonstrationsteilnehmenden als verantwortliche BürgerInnen auf der anderen Seite letztere in ein gutes Licht.<sup>218</sup> Das würde bedeuten, dass die Zeitungen durch Schuldzuweisung die eskalierten Gewalttaten von der eigentlichen Demonstration beziehungsweise deren MitorganisatorInnen, nämlich der SozialdemokratInnen, abgrenzen wollten. Bei der Arbeiter-Zeitung, die das Sprachrohr der Sozialdemokratie war, wäre das anders als bei der Krone als Boulevard Zeitung vorstellbar. Die Reichspost, politischer Gegenpol zur Arbeiterzeitung und bei bestehendem Naheverhältnis zu den Christlichsozialen würde diese Verzerrung jedoch wahrscheinlich nicht mittragen. Da hier immer wieder die Rede von Jugendlichen, Halbwüchsigen und Halberwachsenen bei den Ausschreitungen ist, kann davon ausgegangen werden, dass diese tatsächlich federführend waren. Dies spiegelt sich ebenfalls im Alter der meisten Angeklagten wider, welches unter 30 Jahre lag.<sup>219</sup>

## 6.4 Opfer der Exzesse

Während den exzessiven Ausschreitungen kam es zu vier Todesfällen. Des Weiteren gab es hunderte Verletzte, sowohl unter den Demonstrierenden als auch bei den Sicherheitskräften. Eine genaue Zahl zu erheben, ist schwierig, da sich nicht alle Verwundeten bei einer Rettungsgesellschaft meldeten. Viele hatten Angst vor Repressionen oder verfügten nicht über die finanziellen Mittel etwaige medizinische Kosten zu tragen. Der jüngste Verletzte war 11, der älteste 63 Jahre alt.<sup>220</sup>

---

<sup>217</sup> Vgl. o.V.: Der Nachmittag in der Stadt. AZ Nr. 257. 6.

<sup>218</sup> Vgl. Volkmann, Heinrich: Protestträger und Protestformen in den Unruhen 1830-1832. In: Volkmann, Heinrich; Bergmann Jürgen (Hrsg.): Sozialer Protest. Studien zu traditionellen Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Opladen, 1984. 56-76. 64.

<sup>219</sup> Vgl. o.V.: Die Ersten Gerichtsstrafen. In: Illustrierte Kronen-Zeitung Nr. 4211, 20. September 1911. 3-4; o.V.: Lex Heidt. In: Arbeiter-Zeitung Nr. 262, 23. September 1911. 1-2. Beide Ausgaben sind nur exemplarische genannt, da bei den meisten Berichten zu den Gerichtsverhandlungen Name, Alter und Beruf des Angeklagten genannt wird.

<sup>220</sup> Vgl. o.V.: Die Verletzten. In: Illustrierte Kronen-Zeitung Nr. 4209, 18. September 1911. 9.

#### 6.4.1 Otto Brötzenberger

Eines der Todesopfer war der 21-jährige Werkzeugschlosser Otto Brötzenberger.<sup>221</sup> Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Funktionär bei der Ortsgruppe XVI für Jugendliche, wo er zuerst zwei Jahre Kassier war und später Obmann wurde.<sup>222</sup> Am Vormittag nahm er an der Demonstration vor dem Rathaus teil, ging jedoch früher heim, da er nachmittags eine Wanderung mit Bekannten unternehmen wollte. Auf dem Weg zum ausgemachten Treffpunkt traf er einen Freund, der ihn zu den bereits in den 16. Bezirk verlagerten Protesten mitnehmen wollte. Dieses Angebot schlug er laut Zeugenberichte aus, weil er lieber mit Freunden Wandern ging. Als diese jedoch nicht am vereinbarten Treffpunkt waren, kehrte er zum Arbeiterheim zurück und kam so in eine Gasse, in der Soldaten gegen die Unruhestiftenden vorgingen.<sup>223</sup> Dort wurden diese mit Pfui-Rufen und Wurfgegenständen angegriffen. Selbst nachdem der befehlshabende Offizier einen Schusswaffengebrauch androhte, wich die Menge nicht zurück. Er verzichtete darauf und ließ stattdessen die Bajonette anbringen, wodurch die jungen Männer und Frauen langsam zurückwichen. Laut Zeugin stand Brötzenberger an einer Ecke und verfolgte die Ereignisse ruhig, ohne selbst daran teilzunehmen. Auch als die Lage ernst wurde, und die Soldaten vorrückten, blieb er auf seinen Platz stehen. Eine Augenzeugin berichtete, dass sich einer der Soldaten beim ersten Schritt gegen Brötzenberger wandte und das Bajonett in dessen Brust stach, ohne dass sich dieser wehren konnte. Mit der Verletzung floh er ins nahegelegene Kaffeehaus im Arbeiterheim, wo er seinen Verletzungen erlag.<sup>224</sup>

#### 6.4.2 Franz Joachimsthaler

Franz Joachimsthaler starb an den Folgen eines Bauchschusses. Er war 24 Jahre alt und arbeitete als Werkzeugschlosser. Da er erst einige Tage später an den Folgen der Verletzung starb, konnte er seinen Eltern noch berichten, wie es zu dieser gekommen war. Joachimsthaler war auf dem Weg nachhause, als er Angstschreie

---

<sup>221</sup> Oftmals Brötzenberger geschrieben.

<sup>222</sup> Vgl. o.V.: Das Todesopfer. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 258, 19. September 1911. 4.

<sup>223</sup> Vgl. o.V.: Die Person des Getöteten. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209, 18. September 1911. 10.

<sup>224</sup> Vgl. o.V.: Die Schlacht von Ottakring. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4209, 18. September 1911. 8-9. 9. Im Artikel wird explizit darauf hingewiesen, dass sich viele Frauen in der Menge befanden.

hinter sich vernahm. Beim Umdrehen hörte er Schüsse und ging kurz darauf getroffen zu Boden.<sup>225</sup>

Als Erinnerung an sein Ableben ist in Ottakring der Joachimsthalerplatz nach ihm benannt.

#### 6.4.3 Franz Wögerbauer

Ein weiteres Todesopfer war der 46-jährige Geschäftsdieners Franz Wögerbauer. Dieser war den ganzen Sonntag zuhause, und ging mit seiner Ehefrau erst vor die Haustür als er am Nachmittag Schüsse hörte. Aus dem Haus getreten, bemerkte das Ehepaar, dass die Soldaten bereits abgezogen waren. Er teilte seiner Gattin mit, dass er noch ins Wirtshaus gehe. Dieses hatte jedoch bereits geschlossen. Auf seinem Heimweg ritt die Kavallerie durch die Gassen. Da alle Haustore geschlossen waren, konnte er den Herankommenden nicht ausweichen. Ein vorbeireitender Soldat versetzte ihm mit einem Säbelhieb eine schwere Kopfverletzung, an der er am 30. September 1911 verstarb. Seine Beerdigung, der viele Bezirksgruppen und Funktionäre beiwohnten, wurde von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisiert.<sup>226</sup>

#### 6.4.4 Leopold Lechner

Der vierte Tote war der 26-jährige Geschäftsdieners Leopold Lechner.<sup>227</sup> Dieser kam am 18. September mit Verdacht auf eine Blinddarmentzündung ins Spital. Daher wurde eine Blinddarmoperation durchgeführt, dennoch starb er am 20. September. Wie sich herausstellte war der Darm durchbohrt. Lechner wurde durch einen Bajonettstich an der Hüfte verletzt, gab dies aber nicht bei der Aufnahme im Spital bekannt.

An der Demonstration nahm er nicht teil, da er am Nachmittag mit Bekannten in Ottakring unterwegs war, wo er in einen Trubel geriet und dabei einen Schlag abbekam. Diesem schenkte Lechner aber keine weitere Aufmerksamkeit, und der am Abend gerufene Arzt diagnostizierte eine Blinddarmentzündung.<sup>228</sup> Die offizielle Stellungnahme des Spitäles besagt, dass er an einer Bauchfellentzündung gestorben

---

<sup>225</sup> Vgl. o.V.: Nach den Teuerungskrawallen. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211. 3.

<sup>226</sup> Vgl. o.V.: Das Leichenbegängnis Wögerbauers. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 270, 1. Oktober 1911. 9.

<sup>227</sup> Vgl. o.V.: Der Kampf gegen die Teuerung. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4218, 27. September 1911. 4-5.

4.

<sup>228</sup> Vgl. o.V.: Ein unaufgeklärter Todesfall. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 261, 22. September 1911. 6.

sei. Diese könne sowohl von einer Blinddarmentzündung hervorgerufen werden als auch von einem Schlag oder durch Druck. Das Begräbnis war „*höchst einfach und ohne Massenteilnahme der Arbeiterschaft, weil Lechner der Organisation nicht angehört hat.*“<sup>229</sup>

Am Ottakringer Friedhof steht ein Denkmal, dass allen Opfern der Teuerungsrevolte gewidmet ist.

---

<sup>229</sup> o.V.: Der 17. September. Das Leichenbegängnis Leopold Lechners. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 266, 27. September 1911. 8.

## 7 Nachwirkungen des Protestes

Die Nachwirkung der Demonstration ist von großer Bedeutung, da es die letzte Kundgebung dieser Dimension vor dem 1. Weltkrieg war.<sup>230</sup>

Der gewählte Reichsrat war zum Zeitpunkt des Protestes erst einige Monate angelobt, nachdem es im Juni vorgezogene Wahlen gegeben hatte. Mit der Demonstration fand ein Ereignis statt, welches die österreichische Regierung, insbesondere die Christlichsoziale Partei, nutzen konnte, um das Vertrauen der Bevölkerung für sich zu gewinnen und gleichzeitig die eigene Macht zu stärken.<sup>231</sup>

Weiters zeigen die Vorfälle während der Kundgebung auf, in welcher Weise sich die Frustration über die gegebenen Zustände entladen konnte. Daher wurden von staatlicher Seite Vorkehrungen getroffen, um solche Vorkommnisse künftig zu verhindern. Die Maßnahmen betrafen nicht nur Wien. Der k.k. Statthalter von Böhmen, Franz von Thun,<sup>232</sup> erließ eine Verordnung, in Form eines Runderlasses, in der er alle Bezirkshauptmannschaften vor einer Bewegung gegen die Teuerung in seinem Amtsbereich warnte. Aus diesem Grund sollten die Behörden in jenen Gegenden, insbesondere in den Industriezentren, ihre Aufmerksamkeit auf Aktionen gegen die Teuerung richten und gegebenenfalls präventiv Maßnahmen setzen.<sup>233</sup>

Dafür sollte nicht nur eine „*verschärfte Handhabung der Presse-und Versammlungspolizei [sorgen], sondern auch bei jeder sich ergebenden Gelegenheit durch Aufklärung, wenn möglich mit Hilfe der allernfalls vorhandenen dem dortigen Einflüsse zugänglichen Lokalpresse, entgegen[...]ge]wirk[t werd]en.*“ Datiert ist der Erlass mit 20. September 1911.<sup>234</sup> Das Dokument zeigt die Sorge staatlicher Verantwortungsträger vor der Ausbreitung von Aktionen gegen die Teuerung innerhalb der Habsburgermonarchie.

---

<sup>230</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 235.

<sup>231</sup> Die Christlichsozialen waren zu Beginn des Jahres 1911 in einer schwierigen Situation, nicht nur auf Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch durch interne Unstimmigkeiten (Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 161). Die Exzesse schwächten die Sozialdemokraten, was zugleich der christlichsozialen Partei half.

<sup>232</sup> Von 1889-1896, sowie von 1911-1915.

<sup>233</sup> Vgl. OeStA ; Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten Teil 2 (1900-1918): 2034 Unruhen, Exzesse, in genere (1911) – Aktennummer ZI9601-1911.

<sup>234</sup> ebd.

## 7.1 Politische Nachwirkungen des Protestes

Der Wiener Bürgermeister Dr. Josef Neumayer weilte zum Zeitpunkt der Vorfälle bei einer Konferenz in Berlin. Er brach seine Reise frühzeitig ab, um umgehend nach Wien zu reisen. Vor Ort machte er sich persönlich ein Bild von den Folgen der Ausschreitungen, sowohl in den Vororten als auch in der Inneren Stadt. Ihn erstaunte, dass der Protest unter anderem ihm galt. Seiner Ansicht nach hatte er sich den Dank der Bevölkerung verdient, da er als einer der Ersten die Fleischfrage ansprach.<sup>235</sup> Neumayer kritisierte die Regierung, dass sie das für Wien bestimmte argentinische Fleisch, auf Grund der Handels- und Zollverträge mit Ungarn, zurückgeschickt hatte. Der Import hätte die Fleischnot nicht beendet, wäre aber von symbolischer Bedeutung gewesen. Er wäre als ein Versuch gewertet worden, der Fleischknappheit, die sich seit Jahren zwischen September und Oktober nochmals verschärft hatte, entgegenzuwirken.<sup>236</sup>

Die Exzesse der Demonstration verschreckten potentielle bürgerliche SympathisantInnen der Sozialdemokratie.<sup>237</sup> Des Weiteren brachten die Ausschreitungen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Bedrängnis. Sie waren die Organisatoren, welche ihre Demonstrierenden nicht unter Kontrolle hatten.<sup>238</sup> Dennoch thematisierten sozialdemokratische Politiker<sup>239</sup> weiterhin die Teuerung im Parlament. Sie boten konkrete Vorschläge und forderten die Regierung auf, diese umzusetzen.<sup>240</sup>

Konservative PolitikerInnen nutzten die Randalen, um Stimmung gegen die Sozialisten zu machen und trieben sie so in die politische Defensive. Die Christlichsoziale Partei lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Unruhen, um von anderen Themenbereichen abzulenken.<sup>241</sup>

Das Vorgehen der Polizei und des Militärs stand ebenso in der Kritik. Die Zeitschrift „*Juristische Blätter*“ stellte die Frage, warum der Staat Feuerwaffen gegen Personen einsetzte, die nur Fensterscheiben einschlugen. Aufgearbeitet wird die Fragestellung

---

<sup>235</sup> Vgl. o.V.: Nach den Teuerungskrawallen. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211. 4.

<sup>236</sup> Vgl. o.V.: Die Teuerung. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 259, 20. September 1911. 7-8. 8.

<sup>237</sup> Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 282.

<sup>238</sup> Vgl. ebd. 282.

<sup>239</sup> Frauen waren erstmals 1919 im Parlament vertreten.

<sup>240</sup> Vgl. Adler: Gegen die Teuerung! Gegen die Klassenjustiz! 7f.

<sup>241</sup> Vgl. Boyer: Culture and Political Crisis in Vienna. 282.

durch einen bildhaften Vergleich, in dem beklagt wird, dass ein „*Privatmann auf das Einwerfen von Fensterscheiben mit Flintenschüssen reagieren wolle, [...] des Mordes angeklagt [würde]*.“<sup>242</sup> Der Sozialdemokrat Viktor Adler beklagte bei einer Rede im Parlament, dass Deutschnationale und Tschechischnationale sich gegenseitig Fenster einschlugen, dabei aber niemals solch hohe Strafen wie bei der Teuerungsrevolte gesprochen wurden.<sup>243</sup>

### *7.1.1 Attentatsversuch am Justizminister und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei*

Am 5. Oktober 1911 versuchte der Holzarbeiter Nikolaus Njegusch Wawarak, den Justizminister von Hohenburger im Parlament zu erschießen. Der Täter konnte jedoch sofort überwältigt werden und der Minister blieb unverletzt. Das Motiv dürften die Gerichtsurteile gegen Teilnehmende der Demonstration gewesen sein.<sup>244</sup>

Dieser Anschlagversuch hatte Auswirkungen auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, da sie von politischen GegnerInnen beschuldigt wurden, die moralische Urheberin des Mordversuches zu sein.<sup>245</sup> Konservative Stimmen argumentierten, dass sich die SozialdemokratInnen zu wenig von den Exzessen distanzieren und so einen Nährboden für Radikalisierung schufen. Dieser Vorwurf brachte ein Umdenken unter den SozialistInnen, die sich schließlich von den Ereignissen nach der Demonstration abgrenzten.

Die SozialdemokratInnen waren der Ansicht, dass sie durch den Kampf gegen die Teuerung neue Personengruppen erreicht hatten. Teile davon wandten im Anschluss der Massenkundgebung Gewalt an, da sie sich bisher nur auf diese Weise Gehör verschaffen konnten. Die sozialistische Parteispitze stellte fest, dass eskalierendes Verhalten keine Protestform des Proletariats sei, im Gegensatz zu historisch gewachsenen Streiks und Boykottbewegungen. Die Partei sah sich daher in der Pflicht, ihren neuen AnhängerInnen eine umfassende Arbeiterbildung zu ermöglichen, damit solche spontanen und terroristischen Methoden nicht mehr vorkommen würden.<sup>246</sup>

---

<sup>242</sup> o.V.: Wien, am 1. Oktober 1911. *Juristische Blätter*. 473.

<sup>243</sup> Vgl. Adler: Gegen die Teuerung! Gegen die Klassenjustiz! 12.

<sup>244</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 144.

<sup>245</sup> Vgl. ebd. 145.

<sup>246</sup> Vgl. ebd. 145.

### 7.1.2 Schadenaufkommen

Neben kaputten Laternen und Fenstern von staatlichen und städtischen Einrichtungen wurde das Eigentum zahlreicher Privatpersonen beschädigt. Wenige Tage nach der Demonstration wurde im niederösterreichischen Landtag diskutiert, wer für die Zahlungen aufkommen sollte. Dabei forderte ein christlichsozialer Abgeordneter, dass die österreichische Regierung für den Schaden Ersatz leisten soll, da sie es nicht geschafft hatte die Zerstörungen zu verhindern. Dem Vorschlag stimmte die SDAP zu. Sie nutzte die Diskussion aber ebenso, um weiterhin die allgemeine Teuerung zu thematisieren. Deswegen merkte ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag an, über jene, *„die durch die herrschende Teuerung geschädigt werden, spricht man nicht.“*<sup>247</sup>

Die Stadt Wien reagierte auf die Frage des Schadenaufkommens am 6. Oktober 1911, also drei Wochen nach der Demonstration. An dem Tag fasste der Gemeinderat der k.k. Reichshauptstadt und Residenzstadt Wien einstimmig den Beschluss, dass die *„k.k. Regierung sofort im Einvernehmen mit dem Wiener-Magistrate die Erhebung pflege und allen jenen Privatpersonen, welche durch die Gewalttätigkeit vom 17. September 1911 in ihren Eigentume oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, vollen Ersatz leiste.“*<sup>248</sup> Gleichzeitig wurden die Reichstagsabgeordneten der Stadt Wien ersucht, die Forderung der Gemeinde, durch Einleitung einer parallel laufenden parlamentarischen Aktion, zu unterstützen.<sup>249</sup> Die Wiener Gemeinderäte wollten die Geschädigten unterstützen, jedoch nicht alleine alle Schäden vergüten. Das Ansuchen an das Parlament wurde damit begründet, dass *„die Regierung auch sonst, wenn Bewohner einzelner Gemeinden in Notstand geraten, Hilfe aus Staatsmitteln gewährte.“*<sup>250</sup>

### 7.1.3 Umgang der Sozialdemokratie mit den Ausschreitungen

Bereits am Tag nach der Demonstration verteilte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Flugzettel, welche mit 17. September 1911 datiert waren. Das von mir eingesehene Dokument hat einen handschriftlichen Vermerk, welcher Otto Bauer als

---

<sup>247</sup> o.V.: Große Krawalle im Landtag. *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4212. 6.

<sup>248</sup> VGA, Kuvert „Arbeiterbewegg. 1911, Teuerungsdemonstration 17. Sept. 1911.“

<sup>249</sup> Vgl. VGA, Kuvert „Arbeiterbewegg. 1911, Teuerungsdemonstration 17. Sept. 1911.“

<sup>250</sup> ebd.

Verfasser des Textes nennt.<sup>251</sup> Dass der Sekretär des sozialdemokratischen Parlamentsklubs solch ein Schreiben aufsetzte, deutet darauf hin, dass die Parteispitze sich bereits am Tag der Exzesse bewusst war, welche Problematiken auf sie zukommen würde. Ferner zeigt der Flugzettel, dass sich die sozialistischen Führungsköpfe zumindest nach außen hin auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Alternativ könnten bereits für den Fall einer ungeplanten Eskalation der Kundgebung einen im Vorfeld ausgearbeiteten Notfallplan gegeben haben. Allerdings würde Letzteres bedeuten, dass sie mit solchen Exzessen gerechnet hätten. Dies stünde jedoch im Widerspruch zu den Aussagen, dass *„die Elite der Sozialdemokratie über die Ausschreitungen des 17. Septembers entsetzt war [...]“*.<sup>252</sup>

Im Flugblatt werden die BewohnerInnen Wiens aufgefordert, von weiteren Aktionen abzusehen, keine weitere Demonstration zu besuchen und sich nicht provozieren zu lassen, um so zu verhindern, dass noch mehr Blut vergossen wird. Weiters sollten am Tag nach der Kundgebung, den Montag 18. September 1911 alle BürgerInnen wie gewöhnlich ihrer Arbeit nachgehen und der politischen Arbeit der Partei vertrauen, da diese das Notwendige tun werde.<sup>253</sup> Damit gemeint sind weitere Schritte, die gesetzt werden müssen, um weiterhin für Ruhe in der Stadt zu sorgen aber ebenso das Aufarbeiten der Vorgänge während der Demonstration. Neben diesem Aufruf wird die Regierung mit der Feststellung kritisiert, *„dass sie Menschenleben geopfert haben, um ein paar Fensterscheiben zu retten.“*<sup>254</sup> Des Weiteren distanzierte sich die Partei von den Randalierenden. Sie vertrat allerdings die Meinung, dass sich die Wut der Masse auch ohne ihre Kundgebung entladen hätte. Nach Ansicht der SDAP saß die Unruhe und Verzweiflung der Menschen bereits sehr tief, da es den eigenen Vertrauensmännern nicht möglich gewesen war, für Ruhe zu sorgen.<sup>255</sup> Demnach verurteilte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die Unruhen zwar, hatte aber auch Verständnis für die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Diese Position machte die Partei für ihre politischen GegnerInnen angreifbar. So wurden sie von anderen Parteien beschuldigt, für die Ausschreitungen mitverantwortlich zu sein. Nach Meinung der SozialistInnen würde bei

---

<sup>251</sup> Vgl. VGA, Kuvert „Background 1911 (Politik).“

<sup>252</sup> John: Straßenkrawalle und Exzesse. 241.

<sup>253</sup> Vgl. ebd. 241.

<sup>254</sup> ebd. 241.

<sup>255</sup> Vgl. o.V.: Die Ursache. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 258, 19. September 1911. 1-2.1.

Demonstrationen mit zweierlei Maß gemessen und Kundgebungen der Arbeiterschaft in der Regel kritischer betrachtet.<sup>256</sup> Gleichzeitig warnte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die Regierung, dass sie ihre Lebensmittel- und Importpolitik überdenken müsse, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.<sup>257</sup> Hier zeigt sich deutlich, dass die Sozialdemokratie die Exzesse als Druckmittel gegen die Regierung verwendeten.

#### *7.1.3.1 Organisation der Begräbnisse für die Todesopfer*

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei organisierte für die verstorbenen Demonstrationsteilnehmer Begräbnisse am Ottakringer Friedhof. Beim offiziellen Trauerzug stellten sie Kranzträger und Sänger bereit, verzichteten jedoch auf parteipolitische Sichtbarkeit. Auf diese Weise sollten Provokationen und Unruhen verhindert werden. Der Zug begann bereits in der Früh, weil die Verantwortlichen Angst vor einer aufgeheizten Stimmung am Nachmittag hatten. Durch diese Maßnahme sollte verhindert werden, dass sich eine große Menschenmenge bildete. Beim Begräbnisumzug von Otto Brötzenberger, versammelten sich jedoch 50.000 Menschen in Ottakring, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen.<sup>258</sup> Wenn jene Personen entlang der Straße mitgerechnet werden, waren es insgesamt 100 000 Menschen.<sup>259</sup> Trotz aller Vorkehrungen wurde der Umzug eine Großkundgebung.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1911 achtete die SDAP darauf, möglichst wenig durch kollektive Aktionen auf der Straße aufzufallen. In einem Brief der Partei wird der Genosse Körbler am 2. Dezember 1911 über eine Volksversammlung gegen die Fleischteuerung informiert. Dabei heißt es: *„Die gegenwärtige politische Situation gebietet uns aber, aus dieser Versammlung keine Strassen-Demonstration zu machen. Wir haben daher an Sie das Ersuchen zu richten, darauf zu achten, dass am Sonntag die Genossen aus den Bezirken weder am Hin noch am Rückmarsch in*

---

<sup>256</sup> Vgl. o.V.: Die Empörung der Satten. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 259, 20. September 1911. 1.

Als Beispiel werden christlichsoziale Gewerbetreibende genannt, die beim ungarischen Ministerium Fenster einschlugen und sich mit Wachleuten beim Parlament prügeln. Ferner werden deutschnationale Studenten genannt, die die Rampe der Universität Wien und Fenster vom tschechischen Vereinshaus, Arbeiterheim und der italienischen Universität demolierten.

<sup>257</sup> Vgl. o.V.: Die Teuerung. *AZ* Nr. 259. 7.

<sup>258</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 143.

<sup>259</sup> Vgl. o.V.: Das Leichenbegängnis Otto Brötzenbergers. In: *Arbeiter-Zeitung* Nr. 261, 22. September 1911. 4-7.

*geschlossenen Zügen marschieren, sondern einzeln gehen und weder Abzeichen, Fahnen oder Standarten in Verwendung bringen sollen.*<sup>260</sup> Das Schreiben verdeutlicht die Angst der SDAP vor Repressionen sowie ihre Befürchtung erneuter Tumulte durch unerwünschte Personen bei Kundgebungen. Diese Sorge blieb bis zum Beginn des 1. Weltkrieges in den Köpfen der SozialdemokratInnen, weswegen es bis zu den Kriegstagen keine von ihnen organisierte Großkundgebung mehr gab. Ebenso gingen die Anzahl der Streiks in Österreich bis ins Jahr 1914 zurück, was auf die veränderte Stimmung zurückzuführen ist.<sup>261</sup>

## 7.2 Juristische Nachwirkungen des Protestes

„Seine Exzellenz Viktor Ritter von Hohenburg“<sup>262</sup> war zu jener Zeit zuständiger Minister des k.k. Justizministerium. Er war für die juristische Aufarbeitung der Vorfälle zuständig und musste das Handeln der Gerichte im Parlament rechtfertigen.

Über die Anzahl der verhafteten Personen gibt es unterschiedliche Angaben. Die Zahlen reichen von 263<sup>263</sup> bis hin zu 283.<sup>264</sup> Die Arbeiter-Zeitung berichtet von 270 Festgenommenen und bewegt sich somit im Mittel der Schätzung.<sup>265</sup>

Unter den Verhafteten waren mindestens 152 Menschen unter 25 sowie 197 unverheiratete.<sup>266</sup> Diese Angaben belegen, dass bei den Ausschreitungen hauptsächlich junge Personen beteiligt gewesen sein dürften.

Neben den 263 verhafteten Personen am Tag der Demonstration, kamen weitere 205 hinzu, die in den darauffolgenden Tagen bis zum 19. September immer wieder für Unruhen sorgten. Erst am 22. September 1911 herrschte in Ottakring wieder absolute Ruhe.<sup>267</sup>

---

<sup>260</sup> VGA, Kuvert „Arbeiterbewegg. 1911, Teuerungs demonstration 17. Sept. 1911.“

<sup>261</sup> Vgl. John, Michael: Die österreichische Arbeiterbewegung und der soziale Protest der Unterschichten 1867-1914. In: *Archiv 1990. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung*. Wien, 1990. 6 – 27. 27.

<sup>262</sup> Hof- und Staatshandbuch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie für das Jahr 1911, 37. Jahrgang. 367. Das Amt des Justizministers übte er von 1909-1916 aus.

<sup>263</sup> Boyer: *Culture and Political Crisis in Vienna*. 282.

<sup>264</sup> Vgl. Bundschuh: *Die Wiener Septemberunruhen*. 349. Er schreibt von 488 durchgeführten Verhaftungen, von denen 283 Verurteilt wurden.

<sup>265</sup> Vgl. o.V.: *Aus dem Polizeibericht. AZ Nr. 257. 7.*

<sup>266</sup> Boyer: *Culture and Political Crisis in Vienna*. 282. Die Gliederung wurde von Boyer durchgeführt, daher orientieren sich die Zahlen der Verhafteten an seiner Angabe und werden im weiteren Verlauf der Arbeit verwendet.

<sup>267</sup> Vgl. John: *Die österreichische Arbeiterbewegung*. 26.

Die Gefängnisse waren für derart viele neu Inhaftierte nicht ausgelegt, sodass es zu wenig Zellen gab. Um dem entgegenzuwirken, wurden bereits arretierte Personen, von denen keine Gefahr ausging und die nicht fluchtverdächtig waren, in den Büros des Landesgerichts untergebracht. Diese Maßnahme war nicht ausreichend, weswegen Einzelzellen mit zwei Personen belegt wurden.<sup>268</sup>

Ein Sozialdemokrat beschreibt in einem Brief die Haftzustände im Jahr 1888 folgendermaßen: „*Ich wurde [...] in eine Zelle gesteckt, die fünf Schritte lang, drei Schritte breit und ebenso hoch war. In der Zelle waren wir sechs Personen. Ungeziefer, wie Läuse, Flöhe, Wanzen war sehr viel zu finden.*“<sup>269</sup> Demnach war die Zelle circa 8,4 m<sup>2</sup> groß.<sup>270</sup> Zum Vergleich wurde im Jahr 2009 für eine Zwei-Personen Zelle eine Größe zwischen 9m<sup>2</sup> und 14,7m<sup>2</sup> empfohlen. Wenn Personen länger in Haft sind, sollten pro Häftling mindestens 6m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen.<sup>271</sup> Über die Verköstigung wird im Brief berichtet, dass es Einbrennsuppe, Zuspeis und Brot gab.<sup>272</sup> Die Haft fand demnach unter katastrophalen hygienischen Umständen statt, wodurch die Gefängniszellen zur Brutstätte diverser Krankheiten wurden. Durch das Zusammenleben auf engstem Raum entstand enormer psychischer Druck, der von der schlechten Behandlung der Gefängniswärter noch intensiviert wurde. Dass eine emotionale Belastung herrschte, zeigt sich anhand des Suizids eines im Zuge der Teuerungs demonstration inhaftierten Arbeiters.<sup>273</sup> Er nahm sich sein Leben aus Verzweiflung vor dem zu erwartendem Urteil.<sup>274</sup>

Der überwiegende Teil der Verhafteten kam in Untersuchungshaft. Begründet wurde dies mit Flucht-, Verabredungs- und Verdunkelungsgefahr. Es sollten darüber hinaus weitere Proteste, beispielsweise gegen Verhaftungen, unterbunden werden.<sup>275</sup> Die Art der Verhaftung diente der Einschüchterung und Prävention. Den Demonstrationsteilnehmenden sollte bewusst gemacht werden, dass sie schnell eingesperrt werden konnten.

---

<sup>268</sup> Vgl. o.V.: Ueberfüllung im Landesgerichte. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4211, 20. September 1911. 3.

<sup>269</sup> Adler, Victor: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe. Viertes Heft: Victor Adler über Arbeiterschutz und Sozialreform. Wien, 1925. 25.

<sup>270</sup> Ein Schritt mit 75cm beziffert und auf eine Dezimalstelle gerundet.

<sup>271</sup> Vgl. Menschenrechtsbeirat: Haftbedingungen in Anhalteräumen der Sicherheitsbehörden. Oktober 2009. 35.

<sup>272</sup> Adler: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe. 25.

<sup>273</sup> Vgl. John: Die österreichische Arbeiterbewegung. 26.

<sup>274</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 117.

<sup>275</sup> Vgl. ebd. 130f.

Während der Untersuchungshaft wurde den Verteidigern, oftmals der Sozialdemokratie nahestehend, untersagt mit den Inhaftierten zu reden, da solch eine „*Besprechung den Zweck der Haft gefährden könnte*.“<sup>276</sup> Dieses Vorgehen war rechtlich abgesichert, dennoch wurde es von den Rechtsbeiständen kritisiert. Häftlinge wurden oftmals nicht über ihr Recht auf einen Verteidiger informiert.<sup>277</sup> Häufig war ihnen nicht bewusst, welche rechtlichen Ansprüche ihnen zustanden und von Seiten der Justiz gab es keine Bemühungen, sie darüber aufzuklären. Die Voraussetzungen für einen fairen Prozess waren nicht gegeben.

Der Justizminister wollte die Verhandlungen möglichst rasch abwickeln, weswegen die Prozesswelle bereits am 19. September begann und bis zum 24. Oktober 1911 dauerte.<sup>278</sup> Die schnelle Abwicklung „*gewährte den Effekt der Abschreckung*.“<sup>279</sup> Durch den schnellen Start der Prozesse hatten die Verteidiger wenig Zeit, um sich ausreichend vorzubereiten.<sup>280</sup>

Die k.k. erste Staatsanwaltschaft Wien legte am 24. September 1911, dem k.k. Justiz-Ministerium „*den tabellarischen Anfallsbericht über die am 23. September 1911 angefallenen Anzeigen und deren Behandlung aus Anlaß der Demonstration vom 17. 18. und 19. September l.J. vor*.“<sup>281</sup> Daraus wird ersichtlich, dass es bis zum 19. September Unruhen und Verhaftungen gab, welche mit der Teuerungsdemonstration in Verbindung gebracht wurden.

Weitere zehn Personen wurden am 18. September arretiert, weil sie die polizeiliche Kundmachung über die Ausnahmebestimmungen herunterrissen.<sup>282</sup> Das Abreißen wurde als rebellischer Akt gegen die Maßnahmen interpretiert und somit als Unterstützung für die Unruhestiftenden gesehen.

Das harte Vorgehen, selbst gegen kleinere Delikte, zeigt, dass die Regierung die Lage so schnell wie möglich unter Kontrolle bringen wollte. Die Bereitschaft zur

---

<sup>276</sup> ebd. 131.

<sup>277</sup> Vgl. ebd. 131.

<sup>278</sup> Vgl. Bundschuh: Die Wiener Septemberunruhen. 358.

<sup>279</sup> Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 127.

<sup>280</sup> Vgl. ebd. 131, 137.

<sup>281</sup> OeStA; Justizministerium; Allgemein; Strafsachen (Signatur VI); Allgemeine Signatur VI Akten (1849-1939); 3499 Strafsachen VI/d, Unruhen, politische Umtriebe, generell und speziell, Vz. 5, Post 70-105 (1910-1912); Aktennummer Zl. 26943.

<sup>282</sup> Vgl. o.V.: Der Montag. AZ Nr. 258. 5.

Gewaltanwendung und die Abneigung gegenüber dem Staat sowie deren VertreterInnen, war ein Merkmal der Unterschichten in diversen europäischen Großstädten zu jener Zeit und stellte somit keine Besonderheit dar.<sup>283</sup>

Der Justizminister von Hohenburger veranlasste, die Gerichtsverhandlungen von Berufsrichtern führen zu lassen, obwohl die zu behandelten Verstöße in den Aufgabenbereich von Schwurgerichten fielen.<sup>284</sup> Diese Entscheidung wurde aus rein politischem Kalkül getroffen. Bei Fällen, in denen die ArbeiterInnenbewegung in direktem Konflikt mit der Staatsgewalt lag, neigten Schwurgerichte eher zu objektiveren Urteilen. Hingegen urteilten Berufsrichter eher streng, insbesondere dann, wenn es staatliche Interessen betraf.<sup>285</sup> Somit kann diese Maßnahme als weitere Einschüchterungsaktion verstanden werden.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte in der Vergangenheit durch Demonstrationen, das allgemeine Wahlrecht für Männer sowie die Einfuhr von ungarischem Fleisch, um die Lebensmittelpreise zu senken, erkämpft. Dieses Mittel des Protestes war für sie mit Erfolg verknüpft. Wegen der harten Urteile und den Verhaftungen wurde die Partei in ihre Mobilisierungsfähigkeit geschwächt. Personen, die dem politischen Umfeld der Sozialdemokratie zugerechnet wurden, aber nicht aktiv waren, konnten fortan nur unter dem Risiko einer Verhaftung an Demonstrationen teilnehmen. Viele wollten dieses Wagnis aus Furcht vor Repressionen nicht auf sich nehmen. So schränkte der Justizminister den Handlungsspielraum der SDAP nachhaltig ein.

### *7.2.1 Gerichtsverhandlungen*

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stellte allen Inhaftierten, unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft, einen Anwalt zur Seite.<sup>286</sup> Der Großteil der Angeklagten verzichtete aus Angst. Sie erwarteten durch die Assoziation mit der Partei eine härtere Gerichtsstrafe.<sup>287</sup>

---

<sup>283</sup> Vgl. John: Kultur der Armut. 162.

<sup>284</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 127.

<sup>285</sup> Vgl. ebd. 128.

<sup>286</sup> Vgl. ebd. 131.

<sup>287</sup> Vgl. ebd. 132.

Folgende Anklagepunkte aus dem Strafgesetz über Verbrechen, Vergehen und Übertretungen sind jene, die bei den Verhandlungen zu der Demonstration und deren Folgen am häufigsten Anwendung fanden. Oft beging ein Angeklagter mehrere der folgenden Übertretungen:<sup>288</sup>

- Störung der öffentlichen Ruhe durch Aufforderungen oder Verleitung „zur Verachtung oder zum Hasse wider die Person des Kaisers, wider den einheitlichen Staatsverband des Kaisertums, wider der Regierungsform oder Staatsverwaltung[...].“<sup>289</sup>
- Verbrechen des Aufstandes durch „Zusammenrottung mehrerer Personen, um der Obrigkeit mit Gewalt Widerstand zu leisten[...].“<sup>290</sup>
- Verbrechen des Aufruhrs, „wenn es bei einer, aus was immer für einer Veranlassung entstandenen, Zusammenrottung durch die Widerspenstigkeit gegen die von der Behörde vorausgegangenen Abmahnung und durch die Vereinigung wirklich gewaltsamer Mittel so weit kommt, daß zur Herstellung der Ruhe und Ordnung eine außerordentliche Gewalt angewandt werden muß[...].“<sup>291</sup>
- „[...]Gefährliche Drohung oder wirkliche gewaltsame Handanlegung[...],“<sup>292</sup> um die Sicherheitskräfte an ihrer Arbeit zu verhindern.
- „[...]boshafte Beschädigung eines fremden Eigentumes.“<sup>293</sup>
- „Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung.“<sup>294</sup>
- „Vergehen des Auflaufes durch Aufforderung zur Mithilfe oder Widersetzung gegen die Vollziehung eines obrigkeitlichen Auftrages.“<sup>295</sup>

---

<sup>288</sup> Vgl. ebd. 128, 129. Die Aufzählung und der Wortlaut wurden aus dem Artikel übernommen. Direkte Zitate stammen aus dem Strafgesetz über Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und sind entsprechend zitiert.

<sup>289</sup> RGBl. Nr. 117/1852, § 65a.

<sup>290</sup> RGBl. Nr. 117/1852, § 68.

<sup>291</sup> RGBl. Nr. 117/1852, § 73.

<sup>292</sup> RGBl. Nr. 117/1852, § 81.

<sup>293</sup> RGBl. Nr. 117/1852, § 85.

<sup>294</sup> RGBl. Nr. 117/1852, §§ 152, 153.

- Vergehen des Auflaufes, „[...] bei einem auch aus jeder anderen Ursache, als wodurch eine Zusammenrottung zum Verbrechen wird [...].“<sup>296</sup>
- „[...] mit dem Beamten oder der Wache [e]in[en] Zank oder Wortstreit [...]“<sup>297</sup> liefern.
- „Herabwürdigung der Verfügungen der Behörden und Vergehen der Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden, gegen einzelne Organe der Regierung, gegen Zeugen oder Sachverständige.“<sup>298</sup>
- „Beleidigung der öffentlichen Beamten [...], Wachen [...]“<sup>299</sup>
- „Andere Einmengungen in die Vollziehung öffentlicher Dienste.“<sup>300</sup>

Am häufigsten wurden Urteile nach §81 (101 Mal) und §283 (89 Mal) gesprochen.<sup>301</sup> Zeitungsberichten zu Folge attackierten Demonstrierende die Sicherheitskräfte verbal und leisteten den Weisungen der Ordnungskräfte oftmals nicht Folge. Als die Lage eskalierte, kam es zu physischen Übergriffen von Demonstrationsteilnehmenden gegen Polizisten und Soldaten. All diese Rechtsverstöße fallen unter §81 Strafgesetzes über Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und es machte in der juristisch Beurteilung keinen Unterschied, ob Sicherheitskräften beschimpft oder physisch attackiert werden. Redakteure der Zeitschrift „*Juristische Blätter*“ zweifelten die Sinnhaftigkeit einer Haftstrafe nach §81 schon während der Verhandlungen an.<sup>302</sup>

§283 besagt, dass jene Menschen strafbar sind, die sich unerlaubter Weise zu einer Masse versammelten und in weitere Folge den Befehlen der Sicherheitsorgane nicht nachkamen. Nach diesem Paragraphen können jene Personen aus den Vororten, die sich in Gruppen versammelten, ebenso verurteilt werden, wie alle die sich nach dem offiziellen Ende der Kundgebung am Rathausplatz befanden.

---

<sup>295</sup> RGBI. Nr. 117/1852, § 279.

<sup>296</sup> RGBI. Nr. 117/1852, § 283.

<sup>297</sup> RGBI. Nr. 117/1852, § 284.

<sup>298</sup> RGBI. Nr. 117/1852, § 300.

<sup>299</sup> RGBI. Nr. 117/1852, § 312.

<sup>300</sup> RGBI. Nr. 117/1852, § 314.

<sup>301</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 129.

<sup>302</sup> Vgl. o.V.: Wien, am 1. Oktober 1911. *Juristische Blätter*. 473.

Das Herunterreißen einer polizeilichen Kundmachung ist eine Gesetzesübertretung die nach §300 des Strafgesetzes über Verbrechen, Vergehen und Übertretungen bestraft wurde. Ein Individuum konnte wegen der Zerstörung einer Bekanntmachung verurteilt werden, weil es die Verfügung einer Behörde herabgewürdigt hatte. Der Schuldspruch verdeutlicht, dass Personen auch wegen kleiner Delikte verurteilt wurden. Es zeigt wie der Staat jene einschüchtern wollte, die mit den Ausschreitungen sympathisierten.

Das Zerstören von Gaslaternen und Fensterscheiben wurde durch §85 geregelt, da es sich dabei um die Zerstörung fremden Eigentums handelte. Solche Delikte wurden vor der Teuerungsrevolte als Übertretung oder Vergehen gesehen und das Strafmaß war geringer. Die Richter sahen jedoch eine Selbstgefährdung der TäterInnen, da die Straßen, nach Zerstörung der Laternen, dunkel waren und sie sich an den Glasscheiben schwer verletzen hätten können.<sup>303</sup> Wegen dieser Argumentation konnten härtere Urteile gefällt werden.

In einer Interpellation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an den Justizminister wird die Kürzung der Haftstrafe für jene gefordert, die auf Grund „*gefährlichen Umstände*“<sup>304</sup> zu harten Strafen verurteilt wurden. Diese Forderung wurde gestellt, weil der Kassationshof bereits anerkannte, dass Fehlurteile gefällt worden waren.<sup>305</sup>

Beispielsweise wurde ein 17-jähriger Anstreichergehilfe zu sechs Wochen Arrest verurteilt, da der eine Gaslaterne einschlug. Er war geständig und sagte aus, dass er Lärm hörte, dort hinlief und so unbedacht war, einen Stein zu werfen. Der Richter war der Ansicht, dass der junge Mann nicht den Eindruck eines Unruhestifters machte, sondern wie ein intelligenter Arbeiter wirkte. Aus diesem Grund sei, einen selbstreflektierten Vorsatz unterstellend, seine Tat schärfer zu verurteilen, weswegen er eine längere Haftstrafe erhielt.<sup>306</sup>

---

<sup>303</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexcessen. 129f.

<sup>304</sup> OeStA; Justizministerium; Allgemein; Strafsachen (Signatur VI); Allgemeine Signatur VI Akten (1849-1939); 3499 Strafsachen VI/d, Unruhen, politische Umtriebe, generell und speziell, Vz. 5, Post 70-105 (1910-1912); Aktennummer 35438.

<sup>305</sup> Vgl. ebd.

<sup>306</sup> Vgl. o.V.: Gerichtssaal. Demonstranten vor dem Richter. In: *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 4213, 22. September 1911. 2.

Als Zeugen waren überwiegend Sicherheitskräfte vor Gericht geladen.<sup>307</sup> Bei Exzessen ist die Lage chaotisch und schwer zu überblicken.

Sicherheitsorganisationen haben dabei den Vorteil, dass sie Personal abseits positionieren können, die das Geschehen beobachten. Unbeteiligte bringen sich bei Ausschreitungen in Sicherheit, weswegen es seltener neutrale Zeuginnen gibt. Das Beispiel von acht jungen Männern zeigt, dass dem nicht immer so war. Sie wurden beschuldigt, Steine auf Wachleute geworfen zu haben, jedoch konnte vor Gericht niemand bezeugen, dass es tatsächlich einer der jungen Burschen war.<sup>308</sup> Ein weiterer Fall, in dem die Polizei übertrieben reagierte, zeigt die Verhaftung eines Mannes, der dreizehn Zündholzschachteln bei sich trug. Sie bezeichneten ihm als gefährlichen Verbrecher, jedoch stellte sich vor Gericht heraus, „*daß der Mann ein Krüppel [sic] ist, der mit Zündholzschachteln hausieren geht.*“<sup>309</sup>

Dem Wort der Sicherheitsorgane wurde dennoch mehr Vertrauen geschenkt, als den Privatzeugen der Verteidigung.<sup>310</sup> Das Justizministerium hatte offenkundig wenig Interesse, ein eventuelles strukturelles Fehlverhalten des Wachpersonales zur Diskussion zu stellen. Die Justiz schützte die Sicherheitsorgane und machte der Bevölkerung deutlich, dass ihre Aussagen weniger Gewicht hatten und unglaublicher waren. Solch ein Vorgehen stärkt die Repression, schüchtert die BürgerInnen ein und lässt sie resignierend zurück.

Bei den Gerichtsverhandlungen wurden AnhängerInnen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei benachteiligt. Ein Unterstützer der deutschnationalen Partei fasste für die Beschimpfung und der Gehorsamsverweigerung eines Wachmanns, eine Haftstrafe im Ausmaß von einer Woche aus. Ein 19-jähriger Tischlergehilfe, der sich unaufgefordert als Christlichsozialer deklarierte, erhielt auf Grund seines Alters mildernde Umstände. So bekam er für einen Steinwurf sechs anstatt zwölf Monate Arrest.<sup>311</sup>

---

<sup>307</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 130.

<sup>308</sup> Vgl. Adler: Gegen die Teuerung! Gegen die Klassenjustiz! 9f.

<sup>309</sup> Ebd. 9.

<sup>310</sup> Vgl. Maderthaner, Mattl: Straßenexzessen. 130.

<sup>311</sup> Vgl. ebd. 140.

Dennoch ist es insgesamt unbestreitbar, dass die Urteile für alle Beteiligten unverhältnismäßig hoch waren. Dies zeigt das Urteil eines 12-Jährigen, der für zwei Wochen eingesperrt wurde, weil er bei seiner Verhaftung „Auslassen“ geschrien und mit einem Spazierstock gedroht hatte.<sup>312</sup>

Politiker beklagten die harten Haftstrafen und zwangen durch verschiedene Anfragen das Parlament, sich der Thematik anzunehmen. Der Sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ofner stellte in einer Interpellation folgende Fragen an den Justizminister von Hohenburg:<sup>313</sup>

*„1. Ist der Herr Justizminister bereit anzuerkennen, daß die Urteile des Strafgerichts Wien gegen die Demonstranten [...] in vielen Fällen, wenn nicht in allen, über Gebühr streng waren[...]“*

In diesem Fall lautete die Antwort:<sup>314</sup>

*„Eine derartige „Verantwortung“ (!) ist selbstredend ausgeschlossen. Sie müssen auch meinen dem Abg[eordneten]hause am 10. Oktober 1911 abgegebenen Erklärungen und Versprechen durchaus nicht im Einklange mit meinen Ansichten über die Sache selbst stehen!“*

*„2. Ist der Herr Justizminister bereit, sich die Urteile des Strafgerichtes [...] – alle Urteile – vorlegen zu lassen und sie [...] betreffs der Strafhöhe zu überprüfen?“*

Hohenburg darauf:

*„Nein! Dazu bin ich nicht bereit“*

*„3. Ist der Herr Justizminister bereit, das Seinige zu tun, daß die Strafen entsprechend der sonst üblichen Judikatur herabgesetzt, in besonders berücksichtigungswerten Fällen auch ganz erlassen werden, zu gleich aber Sorge zu tragen, daß die jugendlichen Sträflinge nach den Grundsätzen moderner Fürsorge behandelt und insbesondere ihrem erlernten Erwerbszweig erhalten bleiben?“*

Er antwortete darauf:

---

<sup>312</sup> Vgl. ebd. 137.

<sup>313</sup> OeStA; Justizministerium; Aktennummer 35438.

<sup>314</sup> Bei der Interpellation sind die Antworten direkt neben den Fragen geschrieben, also eine sogenannte Tegralerledigung, daher stehen diese bei der obigen Transkription direkt unter der Anfrage.

*„Dass ganze läßt sich nur fallweise beantworten.“*

Bei einer genaueren Betrachtung wird ersichtlich, dass Justizminister von Hohenburg auf die Fragen nicht antworten konnte. Es war nicht die Aufgabe eines Ministers einzelne Fälle selbst zu prüfen. Er trug allerdings die Letztverantwortung für das Handeln der ihm unterstellten Beamten. Aus diesem Grund sollte hinterfragt werden, ob den ihm unterstellten Richtern, genügend Zeit gegeben wurde, sich mit den einzelnen Fällen zu beschäftigen, um ähnliche Straftaten entsprechend einzuordnen.

Die Frage nach überharten Urteilen kann ein Justizminister nicht ehrlich beantworten, da er sowohl die dem Justizministerium unterstellten Richter schützen als auch deren Vorgehen rechtfertigen muss. Wenn zugegeben wird, dass die Schuldsprüche überzogen waren, wäre es ein Fehlereingeständnis. Ferner würde er den Experten ihre fachlichen Fähigkeiten absprechen, was das Vertrauen der Bevölkerung in eine unabhängige Justiz schwächen würde.

Die dritte Antwort auf die Interpellation ist jene eines geschulten Politikers. Dabei trifft er eine Aussage, ohne Fehler des Ministeriums oder der Anwälte zuzugeben. Auf diese Weise umging er die Anfrage.

Das harsche Vorgehen der Gerichte kann als Versuch gesehen werden, gegen die ständigen kleinen Proteste und Unruhen vorzugehen. Tatsächlich nahmen, abseits vereinzelter spontaner Kundgebungen, die Zahl der gewalttätigen Proteste im Jahr 1912 merklich ab. Eine Ursache für den Rückgang war eine gewisse Perspektivenlosigkeit.<sup>315</sup> Seit Jahren kämpften die Menschen mit denselben Problemen, wobei alle bisherigen Proteste nichts an ihren Lebensumständen änderten. Dazu kamen die harten Strafen. Dies führte dazu, dass sich große Teile der Bevölkerung nicht aufzubegehren traute und den Glauben an den Nutzen kollektiver Aktionen verloren.

---

<sup>315</sup> Vgl. John: Straßenkrawalle und Exzesse. 235.

## 8 Kategorisierung der Teuerungsdemonstration

Durch eine Kategorisierung werden Kundgebungen vergleichbar, wodurch Besonderheiten oder Gemeinsamkeiten besser ersichtlich werden. In der vorliegenden Arbeit werden Kriterien des Historikers Heinrich Volkmann für die Einteilung herangezogen. In seinem Artikel stellt er Kategorien auf, um die Proteste im Vormärz zu gliedern.<sup>316</sup> Seine Typisierungen sind jedoch allgemein gehalten und nicht an einen bestimmten Ablauf gebunden. Aus diesem Grund finden sie ebenso bei Demonstrationen Anwendung. Die Kategorien sind

- Form
- Konfliktparteien
- Ursachen
- Manifestationsbedingungen
- Funktion und Erfolg.<sup>317</sup>

Alle Punkte sind in weitere Untergruppen unterteilt.

### 8.1 Form

Die Form eines Protestes wird in folgende Subkategorien unterteilt:

- Mittel
- Organisationsgrad
- Dauer
- Gewaltanwendung
- Beteiligung.<sup>318</sup>

#### 8.1.1 Mittel

Beim Mittel des Protestes werden erneut drei Untergruppierungen unterschieden.<sup>319</sup>

Für die Teuerungsdemonstration sind Protestdemonstrationen sowie tumultuarische Aktionen relevant.

Bei Protestdemonstrationen werden Forderungen, unterstützt durch eine möglichst hohe Anzahl an Menschen ausschließlich verbal artikuliert.<sup>320</sup> Beispielsweise war der

---

<sup>316</sup> Volkmann, Heinrich: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest. Bielefeld 1977. 164-189.

<sup>317</sup> Vgl. ebd. 168, 171, 174, 176, 178.

<sup>318</sup> Vgl. ebd. 168.

<sup>319</sup> Vgl. ebd. 170. Die drei genannten Kategorien sind tumultuarische Aktionen, bei denen Konflikte durch Gewaltandrohung bzw. Gewaltanwendung zum Ausdruck gebracht werden; Verweigerungen, bei denen kollektiv etwas entzogen wird, zum Beispiel Streik; und die Protestdemonstration.

offizielle Teil der Kundgebung am 17. September 1911 ein Mittel der Protestdemonstration. Politiker artikulierten ihre Forderungen in Reden und die Teilnehmenden verhielten sich gewaltfrei und der gesamte Ablauf verlief friedlich. Bei tumultarischen Aktionen hingegen werden Forderungen mittels Gewaltandrohung und Gewaltanwendung durchgesetzt. Die Exzesse waren tumultuarische Aktionen. Unruhestiftende und Protestierende richteten sich gewalttätig gegen Beamte und Institutionen, die in ihre Augen die Ursache der Teuerung repräsentierten.<sup>321</sup> Solche Handlungen sind selten geplant und entstehen erst durch den Druck der unzufriedenen Masse. Dabei reicht meist ein zündender Funke, und sei dieser lediglich eine Kleinigkeit, um Ausschreitungen auszulösen. Es entsteht eine Spontanität, welche die Angreifenden zwingt, schnell zu handeln. Das macht sie unberechenbar und ist auch ihr Vorteil.<sup>322</sup> Die Gewalt richtet sich hierbei entweder gegen konkrete, bewusste ausgewählte oder auch wahllose Ziele, seien es Personen oder Institutionen.<sup>323</sup>

Am 17. September 1911 wurde anfangs das Rathaus sowie Polizeibeamte attackiert. Beide Ziele stehen vertretend für die Obrigkeit – damit verantwortlich für die Teuerung und sind für die Demonstrierenden als Gegner zu sehen. Die Ziele wurden daher bewusst gewählt und angegriffen. Die auslösenden Funken dieser Gewalttaten waren Gerüchte, die hohe Präsenz der Sicherheitskräfte und erste Attacken der Polizisten. Neben der bewusst ausgewählten Ziele, wurden wahllos Gaststätten, Kaffeehäuser sowie Geschäfte attackiert. Einige Geschäfte wurden erst zu Zielen als Polizisten sie schützen wollten.<sup>324</sup>

### *8.1.2 Organisationsgrad und Dauer*

Organisationsgrad ist jener Faktor einer Kundgebung der bestimmt, wie weit sie durch einzelne Personen oder Gruppen organisiert und geplant wurde. Es wird

---

<sup>320</sup> Vgl. ebd. 170.

<sup>321</sup> Vgl. ebd. 170.

<sup>322</sup> Vgl. Sofsky: Traktat über die Gewalt. 37.

<sup>323</sup> Vgl. Haupt: Zur historischen Analyse von Gewalt. 239.

<sup>324</sup> OeStA; Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten, Teil 2 (1900-1918): 2130 Unruhen, Exzesse, Niederösterreich (1911-1916) – Aktennummer ZI11611-1911. Ein Restaurateur, der sein Geschäft in der Nähe des Ringes hatte, bot zwei Sicherheitswachmännern Schutz. Der ihm erlittene Schaden ist darauf zurückzuführen.

zwischen regelloser, regelhafter und geplanter Organisation unterschieden.<sup>325</sup> Die Übergänge können fließend sein. Die Teuerungsdemonstration war geplant, da es einen festgelegten Beginn gab und die Beteiligten ein gemeinsames Ziel verfolgten, nämlich die Beendigung der allgemeinen Teuerung.

Nach der Veranstaltung kam es zu unterschiedlichen regellosen Gewaltausbrüchen, welche an verschiedenen Plätzen spontan auftraten und bei denen die beteiligten AkteurInnen ohne Plan und Vorgabe handelten.

Bei der Dauer werden kollektive Aktionen nach ihrer zeitlichen Länge eingeordnet. Dabei wird vom „*Eintritt der Gesetzesverletzung bis zur Wiederherstellung der Ruhe gerechnet*.“<sup>326</sup> Diese Informationen sind durch Polizeiprotokolle, Zeitungsartikel oder Zeugenaussagen rekonstruierbar.

Treffpunkt der Demonstration war um 9:30. Dies markiert den Beginn des offiziellen Teils der Kundgebung. Gegen Mittag begann die Polizei den Rathausplatz zu räumen. Zu diesem Zeitpunkt war die Kundgebung von Seiten der SozialdemokratInnen bereits beendet, dennoch verharrten viele Leute weiterhin an den Plätzen und Straßen der Kundgebung. Dabei kam es zu ersten Sachbeschädigungen. Somit begannen die Ausschreitungen am Mittag des 17. September 1911. Laut Zeitungsangaben begannen die Sachbeschädigungen um 11:30 Uhr.<sup>327</sup> Gegen zehn Uhr abends brachten Polizei und Militär die Lage in Ottakring unter Kontrolle, was das Ende der Exzesse bedeutete.<sup>328</sup> Am darauffolgenden Montag- und Dienstagabend kam es in Ottakring zu erneuten Ansammlungen von Jugendlichen und Verhaftungen. Hintergrund war in den meisten Fällen, dass sich Personen aus Neugierde die Orte der sonntäglichen Geschehnisse ansahen und nicht an die abendliche Sperre hielten.<sup>329</sup>

### 8.1.3 Gewaltanwendung und Beteiligung

Die Gewaltsamkeit wird in folgende Kategorien eingeordnet:

- gewaltlose Aktion,
- Gewalt gegen Sachgegenständen,

---

<sup>325</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 181.

<sup>326</sup> Vgl. ebd. 168.

<sup>327</sup> Vgl. o.V.: Der Magistratsbericht. In: AZ Nr. 258. 4.

<sup>328</sup> Vgl. Maderthaner; Musner: Die Anarchie der Vorstadt. 33.

<sup>329</sup> Vgl. o.V: Ottakring. AZ Nr. 259. 4

- Gewalt gegen Personen.<sup>330</sup>

Am Tag der Kundgebung kam es zur Gewaltanwendung im Sinne von Sachbeschädigungen sowie Körperverletzungen. Ausgangspunkt der Gewaltanwendung liegt bei der Teuerungsrevolution bei den Sicherheitskräften. Diese ließen ab Mittag den Rathausplatz räumen und in Zuge dessen wurde vom Militär *„erste Attacken geritten und erste Menschenjagden [...] veranstaltet.“*<sup>331</sup>

Unter Beteiligung wird die Anzahl am Protest teilnehmenden Personen verstanden. Diese Zahl ist nicht einfach zu bestimmen, da sie im Laufe eines Protestes variiert und nicht jeder Teilnehmende die gleiche Aktivität und Entschlossenheit zeigt, um als aktiver Protestierender definiert werden zu können. Aus diesem Grund nimmt Volkmann eine Unterteilung bei den Protestteilnehmenden vor. Er unterscheidet zwischen drei Kategorien:

- Initiative und Leitung,
- aktiv Demonstrierende, wie FahnenträgerInnen und OrdnerInnen,
- passiv Teilnehmenden, welche beim Protest partizipieren, aber jederzeit ihre Unterstützung beenden können.<sup>332</sup>

Die Arbeiter-Zeitung berichtete, dass 40.000 Personen teilnahmen, davon kamen circa 36.000 mit den Bezirksorganisationen und die restlichen 4.000 Menschen, den passiv Protestierenden zuordenbar, aus Neugierde hinzu.<sup>333</sup> Laut einem Bericht der k.k. Polizeidirektion in Wien an das Innenministerium *„soll der Aufmarsch bezirksweise ohne Fahnen und Standarten in losen Gruppen erfolgen und nicht von Ordnern geleitet sein.“*<sup>334</sup> Nach Volkmanns Einteilung wären somit keine aktiv Teilnehmenden beteiligt. Tatsächlich war ein Großteil jener Personen, die mit den Bezirksorganisationen anmarschierten, aktive Unterstützende, gleichzusetzen mit OrdnerInnen oder FahnenträgerInnen bei anderen Demonstrationen. Das veranschaulicht die Schwierigkeit solche Kategorisierungen in der Praxis

---

<sup>330</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 181.

<sup>331</sup> Maderthaler; Musner: Die Anarchie der Vorstadt. 26.

<sup>332</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 181.

<sup>333</sup> Vgl. o.V.: Aus dem Polizeibericht. AZ Nr. 257. 6.

<sup>334</sup> OeStA; Ministerium des Inneren, Aktennummer ZI9243-1911.

anzuwenden. Trotz der allgemein gehaltenen Kategorien kann es bei der Benennung zu Abweichungen kommen.

Besonders schwer ist die Angabe zu den Teilnehmenden der Exzesse. In Ottakring tauchten einzelne Gruppen auf, die kurzzeitig für Unruhe sorgten und dann flohen. Wegen ihrer Mobilität ist nicht rekonstruierbar, ob es mehrere solcher Gruppen gab und wie hoch die Anzahl jener war, die sich diesen anschlossen. Des Weiteren kann nicht mehr nachvollzogen werden wie viele dieser aktiv bei den Exzessen teilnahmen und ob es sich um MitläuferInnen oder Zuschauende handelte. Letztere sind damit passiv Teilnehmende, da sie sich durch ihre Zurückhaltung definieren.

## 8.2 Konfliktparteien

Als Konfliktpartei werden Protestpartei, Ordnungspartei und Protestobjekte unterschieden.<sup>335</sup>

Zunächst wird die Protestpartei näher betrachtet. In Berichten über Proteste ist meist die Rede von der Masse, oft werden Menge oder Kollektiv synonym verwendet, wodurch die Teilnehmenden pauschalisiert werden.<sup>336</sup> Um dem entgegenzuwirken kann die Protestpartei mittels Durchschnittsalter, regionaler und sozialer Herkunft sowie Struktur näher bestimmt werden.<sup>337</sup> Soziale Herkunft meint jene Milieus, aus denen sich die Teilnehmenden zusammensetzen, zum Beispiel, ob sie dem Bürgertum, der Unterschicht oder der Landbevölkerung angehören. Im frühen 20. Jahrhundert war die Gesellschaft wenig durchlässig, wodurch weitere Untergruppen erstellt werden können, wie Studierende beim Bürgertum oder ArbeiterInnen in den Unterschichten.<sup>338</sup>

Ein weiteres Kriterium ist das Geschlecht, welches bei Volkmann jedoch nicht aufgelistet ist. Durch diese Erhebung wird Frauen bei der Analyse der Kundgebungen eine größere Sichtbarkeit verliehen.

Mittels der genannten Kriterien wird die Masse aufgebrochen, wodurch ein differenzierteres Bild der Protestteilnehmenden erstellt werden kann. Ein völliges

---

<sup>335</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 171.

<sup>336</sup> Vgl. Volkmann: Protestträger und Protestformen. 58.

<sup>337</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 172.

<sup>338</sup> Vgl. ebd. 182.

Wegfallen von Verallgemeinerungen kann es bei der Einordnung nicht geben, da unterschiedlichen Beteiligten immer noch in möglichst allgemein gehaltene Bereiche eingeteilt werden müssen, um eine Untersuchung vorzunehmen.

Bei der Demonstration waren Personen der Unterschicht in größter Anzahl vertreten, da jene unter der Teuerung am stärksten litten. Innerhalb der unteren Schichten war die Gruppe der ArbeiterInnen federführend. Das ergibt sich aus dem Faktor, dass die SDAP zur Kundgebung aufrief, die ihre politische Stimme darstellte. Weiters betrafen die erhöhten Preise jenen Teil der Bevölkerung, der ein geregeltes Einkommen und eine gesicherte Arbeit hatte, damit aber nur knapp auskam. Bei den der Kundgebung nachfolgenden Exzessen waren junge, unorganisierte Männer am aktivsten.

Die Ordnungspartei besteht stets aus organisierten Einheiten und kann Polizei oder Militär, aber ebenso eine Bürgerwehr umfassen.<sup>339</sup> Sowohl bei der Kundgebung als auch den Ausschreitungen waren Polizei und Militär anwesend und im Einsatz.

Volkman erlääutert den Begriff Protestobjekt: *„Er umfaßt einmal die Adressaten, an die sich der Protest richtet, zum anderen aber auch jene Personen, Institutionen und Gegenstände, an denen – stellvertretend für die Adressaten – sich der Protest artikuliert.“*<sup>340</sup> Bei der Teuerungsdemonstration war das ursprüngliche Anliegen gegen die politische Untätigkeit in sozialen Fragen gerichtet. Dabei standen insbesondere Minister in der Kritik. An ihnen drückte sich die Unzufriedenheit aus, da sie laut SozialdemokratInnen Politik betrieben, die zum Preisanstieg geführt hatt. Daneben richtete sich die Wut der WienerInnen ebenso auf die Landwirte. In ihnen sahen sie die Verantwortlichen an der Lebensmittelknappheit und den hohen Preisen.

Bei den Krawallen waren die Adressaten Sicherheitskräfte, staatliche Einrichtungen aber ebenso private Geschäfte und Lokale.

---

<sup>339</sup> Vgl. Volkman: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 173.

<sup>340</sup> ebd. 173.

### 8.3 Ursachen

Die Teuerungsdemonstration hatte eine wirtschaftliche Protestursache.<sup>341</sup> Eine Demonstration benennt generell ihr Anliegen, Grund und Zielsetzung.<sup>342</sup>

Wirtschaftliche Protestursachen werden in kurzfristig konjunkturelle und langfristig strukturelle Ursachen unterteilt. Bei Erstgenannten beeinflusst die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage das alltägliche Leben. Die Teuerung ist ein Beispiel hierfür.<sup>343</sup>

Langfristig wirtschaftliche strukturelle Protestursachen können Entwicklungen von Steuern und Zöllen sein oder eine allgemeine schlechte Wirtschaftsstruktur. Die Ursachen entwickeln sich über einen längeren Zeitraum und können nicht innerhalb kürzester Zeit geändert werden. Für die Lösung der Probleme ist die Politik verantwortlich, weswegen die Unterscheidung in langfristige wirtschaftliche und politische Ursachen problematisch ist. Um in einem Staat wirtschaftliche Änderungen zu erreichen sowie die Wirtschaft anzukurbeln, muss die Regierung Maßnahmen setzen. Daher ist eine langfristig strukturelle wirtschaftliche Ursache fast immer eine politische.<sup>344</sup>

Bei der Teuerungsdemonstration war die Ursache eine kurzfristig konjunkturelle. Durch Ernteaufälle und einen Anstieg des Getreidepreises stieg auch der Fleischpreis. Fleischeinfuhr hätte in Österreich zumindest temporär für Entspannung am Lebensmittelmarkt gesorgt.

### 8.4 Manifestationsbedingungen

Manifestationsbedingungen sind Voraussetzungen damit ein Protest als solcher wahrgenommen wird. Dabei werden konfliktaktualisierende Faktoren, Protestpotential und Ordnungspotential unterschieden, die in weitere Untergruppen gegliedert sind.<sup>345</sup>

---

<sup>341</sup> Weitere Protestursachen die Volkmann unterscheidet sind politische sowie ethnische und konfessionelle. Diese sind für die Arbeit nicht weiter relevant und werden daher nicht näher erläutert (Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 175f).

<sup>342</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 174.

<sup>343</sup> Vgl. ebd. 183.

<sup>344</sup> Vgl. ebd. 174.

<sup>345</sup> Vgl. ebd. 184.

#### *8.4.1 Konfliktaktualisierende Faktoren*

Ein konfliktaktualisierender Faktor ist ein Umstand, durch den Spannungen an Bedeutung gewinnen. Er wird durch seine Anlässe unterschieden, ob ein Protest unmittelbar in Beziehung zur Ursache steht und somit ursachenspezifisch ist. Wenn dies nicht der Fall ist, handelt es sich um eine nicht ursachenspezifische Aktion.<sup>346</sup> Zu dieser Einteilung zählt ebenso das Potential von Protestobjekten. Solche sind in den verschiedenen Orten nicht gleich aufgeteilt. Meist sind wichtige staatliche Institutionen, an denen sich Proteste entladen, in der Hauptstadt. In kleineren Gemeinden und Dörfern sind es hingegen regionale Einrichtungen. Auch gegen solche Institutionen können sich kollektive Aktionen formen. So kann es sein, dass sich in kleinen Ortschaften die Wut über die Teuerung gegen den Bürgermeister richten, da sie die einzigen Repräsentanten des Staates vor Ort ist.

#### *8.4.2 Protestpotential*

Beim Protestpotential werden Realfaktoren, wie Beteiligungspotential auf Grund der EinwohnerInnen, Tag und Tageszeit des Protestbeginns, Protesterfahrung und Emotionalfaktoren, wie vorausgegangene erfolgreiche Proteste, Sympathie der Protestgruppe, Gerüchte sowie Alkoholeinfluss unterschieden.<sup>347</sup> In größeren Gemeinden ist das Potential an Menschen, die sich einem Protest anschließen können, größer. Kundgebungen finden dort häufiger mit höherer Beteiligung und über einen längeren Zeitraum statt. Ebenso finden durch die Dichte der vielen EinwohnerInnen vermehrt kollektive Aktionen statt, womit die Protesterfahrung steigt.

#### *8.4.3 Ordnungspotential*

Ordnungspotential meint die Verfügbarkeit von Ordnungskräften, wie Polizei, Militär oder Bürgerwehr. In einer Stadt sind mehr Sicherheitskräfte stationiert und können schneller mobilisiert werden als in einer entlegenen Ortschaft.<sup>348</sup>

Für die Teuerungsdemonstration gab es einen konkreten Anlass. Um möglichst viele Leute zu mobilisieren, wurde sie an einem Sonntagvormittag abgehalten. Wien als Demonstrationsort wurde aus mehreren Gründen gewählt. Die Stadt war am

---

<sup>346</sup> Vgl. ebd. 176.

<sup>347</sup> Vgl. ebd. 184.

<sup>348</sup> Vgl. ebd. 184

stärksten von der Teuerung betroffen, was das Beteiligungspotential erhöhte. Ferner erfuhr die Sozialdemokratie hier besonders starken Zuspruch und hatte in vorangegangenen Jahren erfolgreiche Kundgebungen organisiert. Die Partei, Wien und ihre BewohnerInnen hatten somit Erfahrungen mit Demonstrationen. In der Hauptstadt waren alle Institutionen, gegen die protestiert wurden, in unmittelbarer Nähe. Die Unruhen fanden am Sonntagnachmittag und an den folgenden Tagen am Abend, überwiegend im Wiener Vorort Ottakring statt. Dieser Bezirk war ein klassischer Arbeiterbezirk, in dem es immer wieder zu Ausschreitungen kam, jedoch nicht in dieser Heftigkeit. Um die Lage unter Kontrolle zu bringen, wurde Polizei und Militär eingesetzt.

## 8.5 Funktion und Erfolg

Mit Funktion und Erfolg werden vordergründig die Folgen des Protestes behandelt und nach dessen Konsequenz behandelt. War er erfolgreich, muss definiert werden, ob über einen kurzen oder langen Zeitraum.

Um den Erfolg zu messen sind die Kosten beziehungsweise die Aufwendungen für Protestpartei, Ordnungspartei, Aktionsobjekte und Unbeteiligten zu beurteilen. Die Anzahl der Verhafteten, Verwundeten und toten Personen gehört ebenfalls dazu.<sup>349</sup> Jene Zahlen und Ausgaben ermöglichen, das Vorgehen der Ordnungspartei und das Aggressionspotential retrospektiv zu ermitteln und helfen den Grad an Gewalttätigkeit zu ermitteln, obgleich absolut bei größeren Kundgebungen mehr Menschen verhaftet und verletzt werden als bei kleineren.<sup>350</sup> Fürchtet der Staat weitere Aktionen solcher Art, wird er durch möglichst viele Verhaftungen und drakonische Strafen versuchen, die Menschen dahingehend einzuschüchtern, um die erneute Organisation von Protesten solcher Art zu unterbinden.

Anhand des definierten Protestziels sowie der Motivation und deren Erfüllung kann der Erfolg ebenfalls beziffert werden. Protestziele sind entweder vorwärts- oder rückwärtsgewandt. Vorwärtsgewandte Ziele werden neu erkämpft und setzen sich für bessere Lebens-, Arbeits- oder Wohnverhältnisse ein. Hingegen wird bei rückwärtsgewandten Zielen versucht, den Status Quo aufrechtzuerhalten. Ebenso

---

<sup>349</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 185.

<sup>350</sup> Vgl. Tilly; Hohorst: Sozialer Protest in Deutschland im 19. Jahrhundert: Skizze eines Forschungsansatzes. 234.

bestimmend ist die Motivation. Innovative Absichten werden offensiv verfolgt, da die AkteurInnen von sich aus eine Veränderung wollen, weswegen der Antrieb sich dafür einzusetzen, groß ist. Hingegen werden Verteidigungsabsichten defensiv umgesetzt.<sup>351</sup> Den handelnden Personen bleibt oftmals keine Alternative, als die aktuelle Situation zu verteidigen, selbst wenn sie davon nicht überzeugt sind. Aus diesem Grund fehlt bei rückwärtsgewandten Zielen oftmals die Entschlossenheit.

Das vorwärtsgewandte Ziel der Kundgebung als auch der Teuerungsrevolte wurde nicht erreicht. Ebenso war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nach der Kundgebung in der Defensive. Angegriffen und zerstört wurden nicht nur staatliche Gebäude, sondern ebenso Wirtshäuser und Geschäfte von Privatleuten. Insgesamt gab es je nach Angaben zwischen 263 und 283 Verhaftete. Ferner wurden 149 Personen verletzt, sowohl Zivilisten als auch Polizisten und Soldaten. Des Weiteren starben bei den Ausschreitungen vier Personen und einer beging in der Untersuchungshaft Suizid.<sup>352</sup>

---

<sup>351</sup> Vgl. Volkmann: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. 179.

<sup>352</sup> Vgl. Bundschuh: Die Wiener Septemberunruhen. 349.

## 9 Resümee

Bei der Teuerungsrevolte vom 17. September 1911 wurde erstmals seit 1848 auf Protestierende geschossen. Ebenso handelte es sich um die letzte, von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisierte Großkundgebung in Wien vor dem 1. Weltkrieg. Diese beiden Eckdaten zeigen die zeitliche Bedeutung der Kundgebung.

Die Demonstration hatte auf die organisierte österreichische Arbeiterschaft, insbesondere die Sozialdemokratie, enorme Auswirkungen. Grund hierfür war zum einen die brutale Niederschlagung der Demonstration und zum anderen die harten Urteile.<sup>353</sup>

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung lässt sich aus der wirtschaftlichen Situation, die damals in Österreich vorherrschte, erklären. Es kam zu Teuerungen im Bereich der Lebensmittel und in Wien kam der teure Wohnraum hinzu. Daher wirkte sich die Situation in der Hauptstadt besonders drastisch aus. Davon betroffen waren nicht nur die ärmste Bevölkerungsschicht, sondern ebenso Personen aus dem Kleinbürgertum. Die SDAP sah daher in der Kundgebung eine *„sogenannte allgemeine Volksbewegung, bei der alle Abgrenzungen der Klassen sich [...] auflösen.“*<sup>354</sup> Laut der Partei waren die neuen UnterstützerInnen nicht mit den Gepflogenheiten solcher Großkundgebung vertraut, weshalb es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, ihre Protestmethoden den neuen Teilnehmenden zu erläutern und verständlich zu machen.<sup>355</sup> Die Sozialdemokraten versuchten das Problem durch parlamentarische Arbeit zu lösen, was nicht gelang. Ihnen war bewusst, dass die Parteibasis und Arbeiterschaft unzufrieden waren. Um dem entgegenzuwirken, besann sich die SDAP auf ihre Stärke der organisierten Großkundgebungen. Daher rief die Partei seit 12. September 1911 in ihrem Zentralorgan, der Arbeiter-Zeitung, zu einer Massenversammlung am Rathausplatz auf. Bei dieser gab es im Vergleich zu vorhergehenden Kundgebungen mehrere Besonderheiten. Die Auffälligste war der Verzicht auf OrdnerInnen sowie auf Fahnen und Transparente. Ferner fanden die Reden der während der Demonstration an verschiedenen Stellen am Ring statt, wodurch die Menschenmenge verstreut war.

---

<sup>353</sup> Vgl. John: Die österreichische Arbeiterbewegung. 26.

<sup>354</sup> Vgl. Renner, Karl: Soziale Demonstration. In: *Der Kampf. Jahrgang 5, 1. Heft, 1. Oktober 1911*. 1-4. 2.

<sup>355</sup> Vgl. ebd. 4.

Sowohl beim Eintreffen sozialdemokratischer Bezirksgruppen am Rathausplatz als auch während der Reden verlief alles ruhig, trotz des hohen Militär-und Polizeiaufgebot. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei kritisierte insbesondere die Präsenz und Sichtbarkeit des Militärs. Ihrer Meinung nach war dies mit ein Grund, dass die Lage im weiteren Verlauf des Tages eskalierte. Frühere Demonstrationen der SDAP wurden ohne Militär abgehalten und verliefen ruhig. Das veranlasste sie zu der Behauptung, dass es sich bei dem großen Aufgebot um einen Machtbeweis des neuen Statthalters Bienenrath handelte.

Bis zum Ende der offiziellen Kundgebung verlief alles ruhig. Durch die verstreuten Bühnen verlief der Abzug der einzelnen Bezirksgruppen unübersichtlich ab. Das führte dazu, dass viele Leute am Ring verharren. Während dieser Zeit traten erste Gerüchte am Rathausplatz auf. Die Menschen schenken diesem Gehör, da innerhalb einer Masse das Individuum beeinflussbar ist und das hören möchte, was die eigene Meinung unterstreicht. Auf Grund der Gerüchte trat in der Menschenmenge eine Unruhe auf, die zunächst zu Sachbeschädigungen führte und im weiteren Verlauf zu physischen Auseinandersetzungen. Die Konfrontationen zwischen Demonstrierenden, unter die sich vermehrt junge Menschen mischten, und Sicherheitskräften verschoben sich vom 1. Bezirk hin zu den Vororten. In Ottakring kam es zu den schwersten Ausschreitungen. Dabei wurden zwei Schulen und eine Impfstation attackiert. Erst in der Nacht des 17. Septembers konnte die Lage in Ottakring unter Kontrolle gebracht werden. Während den Unruhen kam es zu vier Todesfällen.

Bereits zwei Tage nach der Demonstration fanden die ersten Gerichtsverhandlungen betreffend der Kundgebung statt. Damit wollte die Justiz Stärke zeigen und die Arbeiterbewegung einschüchtern. Ferner wurden die Arretierten in Untersuchungshaft gelassen, um weiteren Protesten vorzubeugen. Bei den Verhandlungen kam es ebenso zu Besonderheiten. Sie wurden von Berufsrichtern geführt, welche streng urteilten, obwohl die Art von Verfahren in den Aufgabenbereich der Schwurgerichte fiel. Ferner wurden teils sonderbare Schuldsprüche getroffen und das Strafausmaß je nach politischer Präferenz gewählt.

Nach der Demonstration und den Exzessen wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stark von konservativen Parteien kritisiert. Hauptkritikpunkt war, dass sie ihre eigenen UnterstützerInnen nicht unter Kontrolle hatte und daher Mitschuld an den Randalen und Zerstörungen trugen. Ferner riefen sie ihre Mitglieder dazu auf, in den Tagen nach der Kundgebung nicht zu demonstrieren und keine Versammlungen abzuhalten, um den staatlichen Behörden keine weiteren Angriffspunkte zu ermöglichen. Kurz gesagt, die SozialdemokratInnen waren nach den Exzessen in der Defensive, was durch ein missglücktes Attentatsversuch eines sozialdemokratischen Anhänger im Parlament nochmals verschärft wurde. Bis zum Beginn des 1. Weltkrieges gelang es der SDAP nicht, sich aus dieser Defensive zu befreien. Die christliche-soziale Partei hingegen nutzte die Exzesse, um vom Thema der Teuerung abzulenken und neue Themenfelder zu bearbeiten.

In der vorliegenden Arbeit wird ein detaillierter Überblick über den Ablauf der Demonstration und den folgenden Randalen geboten. Die Tumulte in den folgenden Tagen werden in der Arbeit grob skizziert und nicht tiefer analysiert. Das Themenfeld bietet den Ansatz für weitere Forschungen. Dabei sollten die Teilnehmenden und ihre Motive im Fokus stehen, um herauszufinden, ob diese sich mit der Demonstration vom 17. September decken oder ob es andere Motivgründe für die Unruhen gab.

Durch das Kategorisieren wird die Kundgebung mit anderen vergleichbar, wodurch ein MehrgeWINN in verschiedene Richtungen entstehen kann. Sie kann dadurch auf einer zeitlichen, regionalen und thematischen Ebene mit anderen Protesten verglichen werden, um so Gemeinsamkeiten und Besonderheiten herauszuarbeiten. Weiters kann sich mit der Demonstration in weiteren Forschungen aus Sicht der christlich-sozialen aber auch der Liberalen und deutschnationalen Partei untersucht werden. Hierbei wäre vor allem die Wahrnehmung der PolitikerInnen außerhalb Wiens von Interesse und wie diese die allgemeine Teuerung und insbesondere den Protesten gegenüberstanden. Dabei können ebenso die Motive der einzelnen Minister näher untersucht werden.

## 10 Quellenangabe

### 10.1 Literaturverzeichnis

Adler, Victor: Gegen die Teuerung! Gegen die Klassenjustiz! Der Teuerungsantrag der Sozialdemokraten. Die Urteile gegen die Teuerungs demonstration. Die Rede des Abgeordneten Dr. Viktor Adler am 5. Oktober 1911. Wien, 1911.

Adler, Victor: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe. Viertes Heft: Victor Adler über Arbeiterschutz und Sozialreform. Wien, 1925.

Bauer, Otto: Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Wien, 1910.

Boyer, John. W.: Culture and political crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918. Chicago, 1995.

Brudermann, Thomas: Massenpsychologie. Psychologische Ansteckung - Kollektive Dynamiken – Simulationsmodelle. Wien, 2010.

Bundschuh, Werner: Die Wiener Septemberunruhen – der „blutige Sonntag“ von 1911 im Spiegel der Vorarlberger Presse. In: *Montfort, Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs. Jahrgang 44, 1992, Nr.4.* 349-361.

Canetti, Elias: Masse und Macht. Hamburg, 1960.

Clarici, Clemens: Die Zulässigkeit des Einsatzes von Agents provocateurs und die Verwertbarkeit der Ergebnisse im Strafprozeß. Graz, 2000.

Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Köln, 2017.

Gailus, Manfred: Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849. Göttingen, 1990.

Gailus, Manfred: Was macht eigentlich die Protestforschung? Rückblicke, Resümee, Perspektiven. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*. Heft 34, 2005. 127-154.

Garstenauer, Michael: Marginalisierung in der „Vorstadt“: Sozioökonomische Entwicklung Wiens und Madrid im 19. Jahrhundert. Diplomarbeit, Wien, 2007.

Geertz, Clifford: *The Interpretation of Cultures*. London, 1975.

Haupt, Heinz-Gerhard: Zur historischen Analyse von Gewalt: Charles Tilly/Louise Tilly/Richard Tilly, *The Rebellious Century 1830-1930*, Cambridge, Mass. 1975. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest. Bielefeld 1977. 236-256.

Hausen, Karin: Schwierigkeiten mit dem „sozialen Protest“. Kritische Anmerkung zu einem historischen Forschungsansatz. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest. Bielefeld 1977. 257-263.

Hobsbawm, Eric J.: Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegung im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin, 1971.

Husung, Hans-Gerhard: Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution. In: *Berding, Helmut; Kocka, Jürgen; Wehler, Hans-Uörich (Hrsg.): Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 54*. Göttingen, 1984.

John, Michael: Wohnverhältnisse sozialer Unterschichten im Wien Kaiser Franz Josephs. *Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 32*. Wien, 1984.

John, Michael: Die österreichische Arbeiterbewegung und der soziale Protest der Unterschichten 1867-1914. In: *Archiv 1990. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung*. Wien, 1990. 6 – 27.

John, Michael: „Kultur der Armut“ in Wien 1890-1923. Zur Bedeutung von Solidarstrukturen, Nachbarschaft und Proteste. In: *Zeitgeschichte*. 20. Jahr, Heft 5/6, 1993, Wien. 158 – 186.

John, Michael: „Straßenkrawalle und Exzesse“. Formen des sozialen Protestes der Unterschichten in Wien 1880 bis 1918. In: *Melinz Gerhard, Zimmermann Susan: Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburgermetropolen. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918)*. Wien, 1996. 230-244.

Kocka, Jürgen: Sozialgeschichte. In: *Jordan, Stefan (Hrsg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart, 2002. 265-269.

Le Bon, Gustave: *Psychologie der Massen*. Stuttgart 2008.

Maderthaner, Wolfgang; Matzl, Siegfried: >>...den Straßenexzessen ein Ende machen.<< - Septemberunruhen und Arbeitermassenprozess 1911. In: *Stadler, Karl R. (Hrsg.): Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870 – 1936*. Wien, 1986. 117 – 150.

Maderthaner, Wolfgang; Musner, Lutz: *Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900*. Frankfurt/Main; New York, 1999.

Matis, Herbert: *Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I.* Berlin, 1972

Menschenrechtsbeirat: *Haftbedingungen in Anhalteräumen der Sicherheitsbehörden*. Oktober 2009.

Moll, Martin: Militärgerichtsbarkeit Österreich (ca. 1850-1945). In: *Beiträge zur Rechtsgeschichte (BRGÖ), Band 2/2016, 6. Jahrgang*. Wien, 2016. 324-344.

Moscovici, Serge: *Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über Massenpsychologie*. München, Wien 1984.

Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW): *Österreichische Biographische Lexikon 1815–1950, Band 1, Wien 1957.*

Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW): *Österreichische Biographische Lexikon 1815–1950, Band 6, Wien 1975.*

Popitz, Heinrich: *Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik.* Tübingen, 1986.

Scheuch, Manfred: *Historischer Atlas Österreich.* Wien, 2007.

Sofsky, Wolfgang: *Traktat über die Gewalt.* Frankfurt am Main, 1996.

Tilly, Charles: Hauptformen kollektiver Aktionen in Westeuropa 1500-1975. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest. Bielefeld 1977. 153-164.*

Tilly, Richard; Hohorst, Gerd: Sozialer Protest in Deutschland im 19. Jahrhundert: Skizze eines Forschungsansatzes. In: *Jarausch Konrad (Hrsg.): Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten. Düsseldorf, 1976. 232-278.*

Tworuschka, Udo: *Religionswissenschaft. Wegbereiter und Klassiker.* Köln, 2011.

Volkman, Heinrich: Kategorien des sozialen Protests im Vormärz. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 3. Jahrgang/ Heft 2. Sozialer Protest. Bielefeld 1977. 164-189.*

Volkman, Heinrich, Bergmann Jürgen: Einleitung. In: *Volkman, Heinrich, Bergmann Jürgen (Hrsg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Einleitung. Opladen, 1984. 9-19.*

Volkmann, Heinrich: Protestträger und Protestformen in den Unruhen 1830-1832. In: *Volkmann, Heinrich; Bergmann Jürgen (Hrsg.): Sozialer Protest. Studien zu traditionellen Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung.* Opladen, 1984. 56-76.

von Trotha, Trutz: Zur Soziologie der Gewalt. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37. von Trotha Trutz (Hrsg.): Soziologie der Gewalt.* Opladen/Wiesbaden, 1997. 9-58.

## 10.2 Zeitungen

- Arbeiter-Zeitung
- Der Kampf
- Die Neue Zeit
- Illustrierte Kronen-Zeitung
- Juristische Blätter
- Neue Freie Presse
- Neues Wiener Journal
- Neues Wiener Tagblatt
- Reichspost
- Wiener Abendpost
- Wiener Zeitung

## 10.3 Gesetzestexte

Hof- und Staatshandbuch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie für das Jahr 1911, 37. Jahrgang.

Reichsgesetzblatt für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Jahrgang 1885.

Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Österreich. Jahrgang 1882.

## 10.4 Online-Quellen

Maderthaner, Wolfgang: Anarchie in Ottakring. In: *99 Dokumente - Was Österreich bedeutet*. <https://oe99.staatsarchiv.at/20-jh/anarchie-in-ottakring/> (aufgerufen am 15.02.2022).

SPÖ Wien (Hrsg.): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie.  
<http://www.dasrotewien.at/seite/schuhmeier-franz> (aufgerufen am 15.02.2022).

## 10.5 Primär Quellen

Österreichisches Staatsarchiv; Allgemeines Verwaltungsarchiv:

Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten, Teil 2 (1900-1918): 2130 Unruhen, Exzesse, Niederösterreich (1911-1916).

Ministerium des Inneren; Präsidium; Akten Teil 2 (1900-1918): 2033 Unruhen, Exzesse, in genre, Zahl 2501-6000 (1911).

Justizministerium; Allgemein; Strafsachen (Signatur VI); Allgemeine Signatur VI Akten (1849-1939); 3499 Strafsachen VI/d, Unruhen, politische Umtriebe, generell und speziell, Vz. 5, Post 70-105 (1910-1912).

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien (VGA):

Chronologisches Archiv, Lade:15, Mappe:7; Kuvert „Background 1911 (Politik).“

Chronologisches Archiv, Lade:15, Mappe:7; Kuvert „Arbeiterbewegg. 1911, Teuerungsdemonstration 17. Sept. 1911.“

## 11 Abstract

In der vorliegenden Arbeit werden die Ereignisse rund um die Wiener Teuerungsrevolte vom 17. September 1911 aufgearbeitet. Dabei handelte es sich, um eine von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisierte und zunächst friedliche Kundgebung in der Wiener Innenstadt. Nach dem offiziellen Teil kam es zu Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden. Im Zuge derer wurde das erste Mal seit 1848 auf die Wiener Bevölkerung geschossen und vier Menschen starben.

Die Arbeit rekonstruiert den Ablauf der Demonstration, um Besonderheiten hervorzuheben. Ein Schwerpunkt ist hierbei die Fragestellung, warum genau an diesem Tag die Lage dermaßen eskalierte. Spezifikums der Kundgebung waren unter anderem das hohe Aufgebot an Sicherheitskräften, insbesondere des Militärs, der Anmarsch der Demonstrierenden ohne Ordner und Rednerbühnen an verschiedenen Plätzen entlang der Wiener Ringstraße.

Daneben werden die politischen und juristischen Nachwirkungen der Exzesse behandelt. Dadurch sollen die Auswirkungen auf politische Parteien gezeigt werden. Die SozialdemokratInnen gerieten aufgrund der Exzesse in die Defensive und konnten ihre parlamentarische Arbeit zur Bekämpfung der Teuerung nicht mehr wie bisher weiterführen. Ferner war es die letzte organisierte Großkundgebung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vor den 1. Weltkrieg. Konservative Politiker gaben den SozialistInnen die Schuld an den Ausschreitungen und thematisierten es im Parlament.

Weiters wird eine Kategorisierung der Demonstration vorgenommen, um sie mit anderen Kundgebungen vergleichbar zu machen. Durch solch einen Vergleich können weitere Erkenntnisse zur Protestkultur jener Zeit gewonnen werden.